



HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

JAHRESBERICHT 2005

INHALT

Vorwort	- 3
Nachhaltige Entwicklung und Globalisierung	- 7
Kunst, Kultur und Globalisierung	- 19
Neue Weltordnung, Sicherheitspolitik und Krisenprävention	- 26
Europäische Nachbarschaftspolitik	- 38
Feminismus und Geschlechterdemokratie	- 46
Wissenspolitik	- 55
Nachwuchsförderung	- 63
Wirtschaft, Arbeit und Soziales	- 71
Zeitgeschichte	- 74
Migration, Diversity und Interkulturelles Management	- 80
Kommunalpolitik und Stadtentwicklung	- 84
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich	- 86
Grüne Akademie	- 90
Archiv Grünes Gedächtnis	- 93
Preise	- 95
Finanzen und Personal	- 97
Gremien	- 103
Adressen	- 107
Internet und Magazin	- 115
Fördern und Spenden	- 117

VORWORT

In den vergangenen Jahrzehnten ist in Deutschland eine ethnisch, religiös und kulturell vielfältige Gesellschaft entstanden. Faktisch ist die Bundesrepublik längst eine Einwanderungsgesellschaft; im öffentlichen Bewusstsein und hinsichtlich der Integration von Migrantinnen und Migranten über das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt hängen wir dieser sozialen Realität noch hinterher. Die multikulturelle Demokratie braucht zum Gelingen Weltoffenheit und Toleranz, aber auch gemeinsame Bezugspunkte wie die in unserer Verfassung verankerten Grundwerte, unser Rechtssystem und eine gemeinsame Sprache als Basis der Verständigung. Kulturelle Vielfalt ist auf solcher Grundlage eine Bereicherung. Sie darf jedoch nicht mit Werterelativismus verwechselt werden. In diesem Spannungsfeld arbeitet die Heinrich-Böll-Stiftung im In- und Ausland. Fragen der sozialen und politischen Einbürgerung, eines produktiven Umgangs mit gesellschaftlicher Vielfalt (Diversity) sowie der Dialog mit Muslimen gehören zu den Schwerpunkten unserer Arbeit. Herausragende Projekte dazu waren im Jahr 2005 der Kongress „Mythos Kreuzberg“, der Start der Website www.migration-boell.de und die Transatlantische Konferenz „Citizenship - Ethnos - Multiculturalism“.

Auch für unsere Auslandsarbeit ist die Auseinandersetzung mit kultureller und religiöser Vielfalt grundlegend. Hier geht es nahezu täglich darum, den „Dialog der Kulturen“ zu organisieren und zugleich für universelle Menschenrechte einzutreten. Das Zusammenspiel unserer Inlands- und Auslandsaktivitäten ist gerade bei Fragen politischer Kultur ein Gewinn. Das wurde zuletzt bei unseren Veranstaltungen und Diskussionsbeiträgen zum Streit um die Mohammed-Karikaturen deutlich.

Globalisierung ist ein widersprüchlicher Prozess. Er bringt Neues hervor und Traditionen werden zerstört. Zugleich entwickelt sich eine einzigartige Dynamik in der weltweiten Kommunikation und Kooperation zwischen Menschen, Institutionen und Nationen. Die Heinrich-Böll-Stiftung nimmt an der Diskussion um die neuen globalen Herausforderungen teil und versucht, Einfluss im Sinne einer ökologisch und sozial gerechteren Welt zu nehmen. Wir engagieren uns mit Veranstaltungen und Publikationen zu den Themen Landwirtschaft, globale Geschlechtergerechtigkeit und Handel

sowie zur künftigen Entwicklung. Ein Beispiel hierfür ist der EcoFair Trade Dialogue, ein mehrjähriges Projekt, in dem Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik Vorschläge für eine Reform der globalen Agrarhandelsordnung entwickeln sollen, die sich an nachhaltiger Landwirtschaft und der Sicherung kleinbäuerlicher Existenzen orientieren.

Anlässlich des 10. Jahrestags der Ermordung von über 8000 bosnischen Jungen und Männern durch serbische Truppen in der „UN-Schutzzone“ Srebrenica haben wir im vergangenen Jahr eines der umfassendsten Kooperationsprojekte in der Geschichte der Stiftung auf die Beine gestellt. Die in Zusammenarbeit mit bosnischen Partnern erstellte Fotoausstellung „Srebrenica - Erinnerung für die Zukunft“ wurde in mehreren europäischen Städten und in Washington gezeigt. Flankiert wurde die Ausstellung durch Diskussionsveranstaltungen und eine Publikation mit international renommierten Autorinnen und Autoren wie Václav Havel und Carla del Ponte. Während es in Städten wie Berlin, Brüssel und Washington auf den Podien vor allem um die Lehren und Perspektiven der internationalen Politik ging, setzten sich die Veranstaltungen in Sarajevo und Belgrad vorrangig mit den Fragen der Verantwortung für und der Aufarbeitung von Krieg und Völkermord auseinander. Ebenso brisant war unsere Veranstaltung „Die Gegenwart der Vergangenheit“ anlässlich des 90. Jahrestags des Völkermords an den Armeniern im Osmanischen Reich. Auch dort ging es um die schwierige Aufarbeitung historischen Unrechts, ohne die eine demokratische und offene Gesellschaft kaum entstehen kann.

Die Gleichheit der Geschlechter ist für die Heinrich-Böll-Stiftung ein zentrales Demokratie- und Gerechtigkeitsthema. Mit einem internationalen Kongress im September, den nahezu 1000 Frauen (und einige Männer) besucht haben, hat die Stiftung einen Diskussions- und Streitort angeboten, bei dem so wichtige politische Handlungsfelder wie Arbeitsmarkt und Globalisierung, Bio- und Wissenspolitik, Frieden und Sicherheit oder die Auswirkungen religiösen und politischen Fundamentalismus` aus geschlechterpolitischer Perspektive diskutiert wurden. Besonders erfreulich war, dass wir viele junge Frauen erreichen konnten, für die diese Themen noch neu waren.

„Politische Personalentwicklung“ war schon immer eine Stiftungsaufgabe. Angesichts des anstehenden Generationenwechsels in der Politik nimmt ihre strategische Bedeutung aber noch zu. Dabei geht es uns sowohl um die Vermittlung von handwerklichem Know-how an Ehrenamtliche und Einsteiger als auch um professionelle Beratungs- und Qualifizierungsangebote für hauptamtliche Politikerinnen und Politiker und deren Mitarbeitende. Dieses Angebot richtet sich ausdrücklich auch an politisch Aktive in Verbänden und Initiativen. Zur Verbesserung unseres Angebots und zur Erschließung neuer Teilnehmerkreise haben wir im vergangenen Jahr gemeinsam mit unseren Landesstiftungen die Gründung einer professionellen „Weiterbildungsakademie“ vereinbart. Sie soll bereits in diesen Monaten ihre Arbeit aufnehmen.

Dieser Tage ist die vierte Nummer unseres Magazins *Böll.Thema* „In Gottes Namen? Frauen und Fundamentalismus“ erschienen. Die dreimal im Jahr erscheinenden Hefte haben einen Umfang von 34 Seiten und eine Auflage von 10.000 Exemplaren. Das Magazin wendet sich primär an unser politisches Umfeld und bietet jeweils zu einem aktuellen Thema eine breit gefächerte Auswahl an Beiträgen internationaler Autorinnen und Autoren. Wir können jede dieser Ausgaben nur empfehlen!

Bis Ende 2007 soll auf einem bislang unbebauten Grundstück in der Albrechtstraße, unweit des Deutschen Theaters, ein neues Domizil der Heinrich-Böll-Stiftung entstehen. Rund 200 Büros haben im vergangenen Jahr am Architekturwettbewerb teilgenommen. Die Wahl fiel schließlich auf das Modell von e2a - eckert eckert architekten. Der Entwurf der jungen Schweizer Baumeister verbindet das, wofür die Stiftung steht: Transparenz, Ökologie und demokratische Kultur. Wir sind sicher: Der kompromisslos moderne Entwurf wird eine architektonische Landmarke in der Berliner Mitte.

Die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung wäre nicht möglich, ohne breite ehrenamtliche Unterstützung. Fachbeiräte und Fachkommissionen erweitern unseren Blickwinkel und geben uns kritischen Rat. Die Gelder des Förderkreises versetzen uns u.a. in die Lage, Projekte zu fördern, die wir nicht aus öffentlichen Mitteln finanzieren könnten. Auch unser Stipendienprogramm für Künstlerinnen und Künstler im früheren Wohnhaus der Familie Böll in Langenbroich (Eifel) wird schon heute durch private Patenschaften unterstützt. Wir würden dies

jedoch gerne ausbauen und das Programm mit Spenden langfristig sichern. Neben dem Förderkreis unterstützen viele Menschen die Stiftung ehrenamtlich durch ihre Mitarbeit in der Mitgliederversammlung, im Aufsichtsrat, im Frauenrat, in Fachbeiräten und -kommissionen. Bei ihnen allen bedanken wir uns nachdrücklich und immer wieder gerne.

Ganz besonderer Dank gilt unseren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihr engagierter und kreativer Einsatz ist das Fundament für die positive Resonanz, auf die wir mit unserer Arbeit weiterhin stoßen.

Berlin, im April 2006

Ralf Fücks Barbara Unmüßig
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

[Nachhaltige Entwicklung und Globalisierung]

Globalisierung ist ein höchst widersprüchlicher Prozess. Sie schafft einerseits Reichtum und Warenfülle, erzeugt aber zugleich in hohem Maße Verarmung und Ungleichheit. Auch ihre ökologischen Folgen sind groß - dazu zählen die globale Erwärmung, der Verlust der biologischen Vielfalt, die Verknappung der Süßwasserreserven und der dramatische Verlust fruchtbarer Böden. Einer der thematischen Schwerpunkte der Heinrich-Böll-Stiftung sind die vielfältigen Auswirkungen von Globalisierungsprozessen. Die Stiftung arbeitet daher weltweit mit Organisationen und Netzwerken zusammen, die sich für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung einsetzen. Sie stärkt zivilgesellschaftliche Initiativen und entwickelt alternative Konzepte, um soziale Spaltung, ökologische Zerstörung und kulturelle „Einebnung“ infolge von Globalisierungsprozessen zu verhindern.

Erneuerbare Energien: Internationale Konferenz und Dialog mit China

Der Aufstieg Chinas zu einer Wirtschaftsmacht ersten Ranges fasziniert und erschreckt im Westen Ökonomen, Geostrategen und nicht zuletzt auch die Ökologen. Chinas Boom ist mit durchschnittlichen Wachstumsraten von 9,4 Prozent über die letzten Jahrzehnte ohne Beispiel in der Wirtschaftsgeschichte. Der Energiebedarf des Landes ist infolge des ungebremsen Wachstums enorm, und Chinas Nachfrage auf den Weltmärkten trägt zu einem konstant hohen Ölpreis bei. Von besonderer Bedeutung war daher, dass China im November 2005 eine internationale Konferenz für erneuerbare Energien in Peking ausrichtete. Anderthalb Jahre nach der Bonner Energiekonferenz „Renewables 2004“ sollte in der Großen Halle des Volkes, am Platz des Himmlischen Friedens, eine Zwischenbilanz gezogen und die Verbreitung erneuerbarer Energien weiter forciert werden. Die Konferenz wurde von der Bundesregierung, der Europäischen Kommission und den Vereinten Nationen unterstützt. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung, die bereits 2004 in Bonn eine Schlüsselrolle bei der Beteiligung von internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gespielt hatte, war in Peking aktiv: Sie ermöglichte einen Vorbereitungsworkshop, an dem Vertreterinnen und Vertreter von

NGOs aus 52 Ländern teilnahmen. Aus diesem Workshop ging eine Erklärung hervor, die in der offiziellen Konferenz verteilt und verlesen wurde - in China keine Selbstverständlichkeit. Mit der Erklärung setzten sich die Unterzeichner u.a. für ein Ende der Subventionen für fossile und nukleare Energien und eine verstärkte Investition multilateraler Entwicklungsbanken in erneuerbare Energien ein (vollständiger Text auf www.cures-network.org). Darüber hinaus konnte der WWF China mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung im offiziellen Konferenzprogramm ein Forum zur Süd-Süd-Kooperation durchführen.

Einige Tage später war die Heinrich-Böll-Stiftung Mitveranstalterin eines hochrangigen chinesisch-europäischen Dialogs zum Thema „China und Europa: Partner in der neuen globalen Energiewirtschaft“. In einer außergewöhnlich offenen Atmosphäre diskutierten Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und NGOs gemeinsame Perspektiven für Energiesicherheit und Klimaschutz. Tatsächlich bieten Energieeffizienz und erneuerbare Energien ökonomische und ökologische Chancen für eine intensive europäisch-chinesische Partnerschaft, wie sie auf dem 8. EU-China-Gipfel Anfang September 2005 in Peking vereinbart wurde. In diesem Sinne will die Heinrich-Böll-Stiftung weiter arbeiten und mit Instituten und Akademien in China kooperieren.

Mythos Atomkraft - Risiken und Aussichten der Atomenergie

Die Atomenergie ist wieder im Gespräch. Steigende Ölpreise und ein galoppierender Klimawandel werden zu ihren Gunsten ins Feld geführt. In Deutschland bereiten die großen Stromkonzerne unverhohlen den „Ausstieg aus dem Ausstieg“ vor. In Südafrika, wo das Büro der Stiftung in Johannesburg Partner in der Auseinandersetzung um den Bau eines Kugelhaufenreaktors nach deutschen Plänen unterstützt, ist die öffentliche Diskussion besonders lebhaft. Auch in anderen Ländern wie Brasilien, China, Russland oder den USA gibt es Überlegungen, die nukleare Stromversorgung auszubauen.

Aus diesem Grund hat die Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2005 eine Reihe internationaler Experten beauftragt, sich mit den

großen Streitfragen Reaktorsicherheit, Brennstoffkreislauf, Proliferation, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz zu beschäftigen. Das Ergebnis liegt nun als Buch mit dem Titel „Mythos Atomkraft“ vor. Mit dieser umfangreichen Publikation haben Interessenten aktuelles und verständliches Informationsmaterial an der Hand, das ihnen die kritische Auseinandersetzung mit der Atomenergie ermöglicht. Das Buch gibt es auch in englischer Sprache, darüber hinaus sind auszugsweise Übersetzungen ins Portugiesische, Russische, Türkische und Ukrainische geplant.

Mythos Atomkraft. Ein Wegweiser. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin 2006, 384 Seiten, mit zahlreichen Photos, Abbildungen und Tabellen, € 6,00 ISBN 3-927760-51-X

Mythos Atomkraft. Über die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken
Felix Chr. Matthes (mit Beate Kallenbach-Herbert). Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin 2006, 40 Seiten

Mythos Atomkraft. Über die Risiken und Aussichten der Atomenergie
Gerd Rosenkranz. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2006, 40 Seiten

Informationen und Downloads unter www.boell.de/atom

Mehr Energieeffizienz in Chile

Seit Jahren schon fordern ökologische Organisationen in Chile mehr Energieeffizienz sowie den Einsatz erneuerbarer Energien. Nunmehr gibt es erste Erfolge in Form des Gesetzes für Erneuerbare Energien und des „Programa País de Eficiencia Energética“ (PPEE). Dieses Programm „Land der Energieeffizienz“ wurde vom Wirtschafts- und Energieministerium u.a. mit Chile Sustentable, einem Projektpartner der Heinrich-Böll-Stiftung, ins Leben gerufen. Die große Herausforderung besteht darin, den Energiebedarf Chiles zu geringen ökonomischen, sozialen und ökologischen Kosten zu befriedigen. Eine erhöhte Energieeffizienz dürfte dabei von zentraler Bedeutung sein. Zu diesem Thema

veranstalteten daher Chile Sustentable, das Wirtschaftsministerium und andere Organisationen im Juli 2005 in Santiago de Chile ein zweitägiges Seminar, das von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt wurde. Darin ging es primär um Vorschläge für Energieeffizienz im öffentlichen und privaten Raum und um eine bessere Beteiligung der Zivilgesellschaft an Entscheidungen über Energiefragen.

Menschenrecht auf Wasser

Ein zentrales politisches Problem der Zukunft ist der sorgsame Umgang mit Wasser. Viele Experten sehen in der immer knapper werdenden Ressource bereits den Konfliktstoff für zukünftige gewaltsame Auseinandersetzungen. Wasserpolitik ist auch ein Themenschwerpunkt der Heinrich-Böll-Stiftung. Im Jahr 2005 konzentrierte sie sich auf die Vorbereitungen zum 4. Weltwasserforum im März 2006 in Mexiko. Zwei Prioritäten hatte sich die Stiftung dabei gesetzt: die Vernetzung der internationalen und regionalen zivilgesellschaftlichen Akteure und die Förderung des Lateinamerikanischen Wassertribunals (TLA), das parallel zum Weltwasserforum tagen und über dreizehn Fälle „richten“ wird. Das TLA ist ein ethisches Tribunal, das mangels demokratischer Kontrolle und ineffizienter Rechtssysteme in Lateinamerika eine alternative „Rechtsprechung“ zu Wasserkonflikten gewährleisten will. Dabei wird es um beispielhafte Fälle wie Staudämme, Privatisierung der Trinkwasserversorgung, Verschmutzung von Gewässern, mangelnde Wasserentsorgung etc. gehen. Das Büro der Stiftung in Mexiko hatte zur Vorbereitung des „Tribunals“ zusammen mit dem in Costa Rica ansässigen Wassertribunal verschiedene Treffen mit mexikanischen und internationalen Organisationen durchgeführt. Zudem unterstützte das Büro die Reisen des Tribunals zur Kontaktaufnahme mit den Klägerorganisationen. Das Tribunal ist jedoch nur eine von zahlreichen Aktivitäten rund um das Weltwasserforum in Mexiko. Die im Jahr 2005 entstandene Koalition mexikanischer Organisationen für das Recht auf Wasser (COMDA), an deren Zustandekommen die Stiftung wesentlich beteiligt war, ist zum Beispiel Ansprechpartner für das Alternativprogramm zum Weltwasserforum. Dieses soll der Ausgangspunkt sein für die künftigen Stiftungsaktivitäten zum Recht auf Wasser.

Nobelpreisträgerin Wangari Maathai auf Stippvisite in Berlin

Die kenianische Vizeumweltministerin und Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai kam Ende Mai 2005 auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung zu einem kurzen Besuch nach Berlin. Die langjährige Partnerin der Stiftung und Trägerin des Petra-Kelly-Preises traf unter anderem den damaligen Außenminister Joschka Fischer und weitere grüne Spitzenpolitikerinnen und -politiker. Auch eine Diskussion mit Schülerinnen und Schülern eines Berliner Gymnasiums sowie ein Treffen mit Nichtregierungsorganisationen wie Transfair und Oxfam standen auf dem Programm. Wangari Maathai forderte zum Auftakt ihres Besuchs ein stärkeres finanzielles Engagement der Industrienationen bei der Umsetzung der UN-Millenniumsziele zur Halbierung der weltweiten Armut. Die Regierungen der Entwicklungsländer müssten ihrerseits Entwicklungsziele gegen Armut definieren, massiv die Korruption bekämpfen, funktionierende öffentliche Sektoren aufbauen, die Menschenrechte beachten und Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verankern, so Maathai. Weltweite Armutsbekämpfung und globaler Umwelt- und Ressourcenschutz seien die effektivsten Strategien zur Vermeidung von Krisen und Konflikten. Das Besuchsprogramm umfasste zahlreiche Veranstaltungen, bei denen u. a. die Reform der Vereinten Nationen sowie Fragen zum Zusammenhang von Umweltzerstörung, Armutsbekämpfung und Krisen- und Konfliktprävention im Mittelpunkt standen.

Menschenrechtsverletzungen in Amazonien - Der Mord an Dorothy Stang

Anfang des Jahres 2005 sorgte die Gewalt in Amazonien international für Schlagzeilen. Bezahlte Killer ermordeten Dorothy Stang, eine Nonne US-amerikanischer Herkunft, die seit über 30 Jahren in Brasilien lebte. Ihr Lebenswerk war die Unterstützung der Kleinbauern im Gebiet um den Rio Xingu. Dort versuchte die Militärregierung in den 70er Jahren ein gewaltiges Migrationsprojekt zu etablieren, die

Transamazonica. Arme Kleinbauern aus anderen Regionen Brasiliens bekamen dort Land und sollten Teil einer groß angelegten „Inwertsetzung“ Amazoniens werden. Bald scheiterten die Pläne an den schwierigen Bedingungen. Doch die Kleinbauern blieben. Und sie gründeten eines der wichtigsten sozialen Bündnisse Amazoniens: die „Bewegung für das Überleben an der Transamazonica“. Die „Überlebenden“ lernten, dass nur eine Anpassung an das Ökosystem des Regenwaldes eine nachhaltige Landwirtschaft in der Region und das Überleben ermöglichte. Auch Dorothy Stang setzte sich für die nachhaltige Entwicklung der Region ein. Zur Zeit ihrer Ermordung arbeitete sie in einem nationalen Programm, das die Ansiedlung von 600 Familien vorsah, die ökologischen Landbau betreiben wollten. Denn mittlerweile werden Initiativen nachhaltiger Nutzung auch durch internationale Kooperationen und nationale Programme unterstützt. Dorothy Stang arbeitete also nicht isoliert. Doch dies hat die Mörder keineswegs abgeschreckt. Der Mord an Dorothy Stang wirft ein Schlaglicht auf die Bedingungen, unter denen sich Reformen in Amazonien behaupten müssen. Zum einen gibt es durchaus bemerkenswerte Fortschritte in der nationalen Umweltpolitik, zum anderen bleiben die lokalen und regionalen Machtstrukturen bestehen. In weiten Teilen Amazoniens existiert ein formaler Rechtsstaat, jedoch kein staatliches Gewaltmonopol, das ihn garantieren könnte. Im Gegenteil, de facto liegt das Gewaltmonopol bei den Großgrundbesitzern und dubiosen Gestalten, die insbesondere durch Bodenspekulation, Abholzung und Drogenhandel ihr Geld verdienen.

Was kann angesichts einer solchen Situation die Heinrich-Böll-Stiftung bewirken? Im Jahr 2005 unterstützten wir unseren Partner „Rede Social“ bei der juristischen Begleitung des Prozesses gegen die Mörder von Dorothy Stang und deren Auftraggeber. Die nationale und internationale Aufmerksamkeit, die der Mord erregte, bot zumindest eine Chance, den Teufelskreis der Straflosigkeit zu durchbrechen. Tatsächlich gelang im Dezember 2005 ein Teilerfolg: Die beiden geständigen Mörder wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Aber die juristische Auseinandersetzung um die Verurteilung der Auftraggeber geht weiter.

Darüber hinaus unterstützte die Heinrich-Böll-Stiftung die Erstellung eines Reports zur Lage der Menschenrechte im Bundesstaat Pará durch *Justiça Global*, einem Projektpartner der Stiftung. Der Bericht zeichnet ein umfassendes Bild der

dortigen Menschenrechtsverletzungen und rief in Brasilien ein großes Presseecho hervor. Eine deutsche Ausgabe des Berichts ist unter dem Titel "Menschenrechtsverletzungen im Amazonas" im Verlag für Lusophonie erschienen.

Der Kampf gegen die Entwaldung Amazoniens ist immer unmittelbar mit dem Einsatz für Menschenrechte verbunden. Nicht einzelne couragierte Umweltschützer werden den Regenwald retten, sondern nur eine umfassende Koalition von Menschen, die sich für nachhaltige Entwicklung einsetzen. Aber Initiativen und Bewegungen brauchen Rechte, um agieren zu können. Deshalb hat sich ein breites Bündnis der Zivilgesellschaft unter der Devise "Im Wald gibt es Rechte" zusammengefunden, das von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt wird.

Wiederaufbauhilfe für die Opfer der Tsunami-Katastrophe

Der Tsunami am 26. Dezember 2004 in Südostasien forderte Zehntausende Menschenleben, ganze Dörfer entlang der Küstenlinien wurden weggespült. Die Flutwelle zerstörte auch die Lebensgrundlagen einiger langjähriger Projektpartner der Heinrich-Böll-Stiftung in Thailand. Die Stiftung reagierte umgehend: Finanzmittel wurden für sofortige erste Hilfe neu zugeteilt. Sie flossen in die Instandsetzung lokaler Infrastruktur im Fischereisektor; auch neue Boote und andere Werkzeuge für den Lebenserwerb wurden damit finanziert.

Dringlichkeitshilfe gab es auch für birmanische Gastarbeiter, die illegal und folglich ohne Rechte in den betroffenen Provinzen arbeiteten. Sie erhielten Unterstützung bei der Familienzusammenführung und der psychologischen Bewältigung der Traumata. Das Büro Südostasien der Stiftung hat zudem mit *Tsunami Aid Watch* (TAW) ein Monitoring-Programm eingeleitet, das mindestens bis Dezember 2007 die weitere Entwicklung des Tsunami-Wiederaufbaus beobachten wird.

Anlässlich des Jahrestages der Tsunami-Katastrophe im Dezember 2005 stellte eine von der Heinrich-Böll-Stiftung, medico international und Brot für die Welt entsandte Kommission ihren Bericht über die Verwendung und Auswirkung der internationalen Hilfe in Sri Lanka vor. Teilnehmende der so genannten „Fact Finding Mission“ (FFM) waren der Soziologe Dr. Norbert Bolz,

die Politikwissenschaftlerin und Entwicklungsexpertin Dr. Claudia von Braunmühl, die britische Entwicklungsexpertin Kath Noble, die Frauenrechtlerin Shreen Saroor und der Gewerkschaftsaktivist Linus Jayatilake (beide Sri Lanka). Nach einer 14-tägigen Erkundungsreise durch alle Landesteile und zahlreichen Gesprächen mit Überlebenden, Dorfgemeinschaften und internationalen sowie nationalen Hilfs- und anderen Nichtregierungsorganisationen zog die Kommission eine kritische Bilanz: Viele der Opfer werden im Zuge des Wiederaufbaus an den Rand gedrängt oder mit „Almosen“ abgespeist; große internationale Hilfsorganisationen dominieren den Prozess zum Nachteil von lokalen Organisationen; und nicht zuletzt verschärfen Ungleichbehandlungen zwischen Tamilen, Singhalesen und Moslems den Konflikt wieder und lassen erneute bewaffnete Auseinandersetzungen befürchten.

Der vollständige Bericht der „Fact Finding Mission“ wird Ende April 2006 veröffentlicht und kann unter www.boell.de herunter geladen werden.

Journalistentraining in Umweltangelegenheiten

In palästinensischen Medien ist die Auseinandersetzung mit Umweltfragen nicht sonderlich ausgeprägt. Zwar bietet eine führende Tageszeitung seit einiger Zeit eine regelmäßige Umwelt-Wochenendbeilage, dennoch spielt das Thema keine große Rolle in den Redaktionen. Wenn überhaupt berichtet wird, dann oft durch Fachleute oder Aktivistinnen und Aktivisten der Umweltbewegung. Die Texte sind meist wenig kreativ und leserfreundlich. Um die Qualität der Umweltberichterstattung zu verbessern, entwickelte das MAAN Development Center, eine Umweltorganisation in Ramallah und Projektpartnerin der Heinrich-Böll-Stiftung, im Jahr 2005 einen Fortbildungskurs für Journalistinnen und Journalisten. Auf dem Programm standen die Verbesserung der Ausdrucksfähigkeit, die Einführung in Recherchetechniken und die Fortbildung in umweltrelevanten Problemfeldern. In vier Podiumsdiskussionen mit Fachleuten konnten die Teilnehmenden ihre erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten erproben. Die journalistischen „Produkte“ wurden anschließend von einem erfahrenen Journalisten begutachtet und gemeinsam diskutiert. Das vom Stiftungsbüro in Ramallah unterstützte Fortbildungsprojekt hat Folgen: Die

Auseinandersetzung mit den drängenden Umweltproblemen Palästinas hat die Journalistinnen und Journalisten für weitergehende Aktivitäten motiviert. Sie wollen nun Radiospots produzieren, Plakate entwerfen, pädagogische Materialien erstellen und Schulen besuchen, um für Umweltfragen zu sensibilisieren.

WTO-Ministerkonferenz in Hongkong

Ohne einen entscheidenden Durchbruch ging im Dezember 2005 die WTO-Ministerkonferenz in Hongkong zu Ende. Immerhin gelang im letzten Moment ein längst überfälliger Teilerfolg: Die Agrarexportsubventionen der Industrieländer, die für die Entwicklungsländer besonders schädlich sind, sollen bis 2013 auslaufen und bis 2010 schon teilweise reduziert werden. Politisch von Bedeutung ist, dass sich die Entwicklungsländer in Hongkong nicht spalten ließen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung präsentierte sich in Hongkong wie schon auf der letzten WTO-Ministerkonferenz in Cancun mit einem eigenen Forum und mehreren „Dinner-Debatten“. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutierten dort u.a. über Landwirtschaft und Welthandel oder über die Auswirkungen der chinesischen Textilexporte auf Mexiko.

Die Debatte um die Sonder- und Vorzugsbehandlung von Entwicklungsländern - also die Suspendierung von bestimmten Handelsregeln - ist eines der heißen Eisen, das an die Grundfeste der WTO rührt. Die Entwicklungsländer beharren aufgrund der Historie auf dieser Sonderregelung, um die eigene Wirtschaft zu schützen. Dem steht die Strategie der USA und EU entgegen, Sonder- und Vorzugsbehandlung etwa im Agrarbereich nur dann zuzulassen, wenn im Gegenzug die Märkte der Entwicklungsländer für Industriegüter geöffnet werden. Neben der Vermittlung und Präsentation von Fragen, Argumenten und Verhandlungspositionen bot die Stiftung auch ein Blog-Tagebuch mit täglich neuen Impressionen rund um das Hongkonger Konferenzleben. Zum Nachlesen auf der neuen Globalisierungswebsite www.globalalternative.org

„ECOFAIR TRADE DIALOGUE“ DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Obwohl die neoliberale Handelsagenda der WTO bei vielen Gruppen auf Ablehnung stößt, gibt es bislang kein gemeinsames Konzept, wie die Zukunft des Weltagrarhandels aussehen könnte. Daher initiierte die Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2005 in Kooperation mit Misereor einen auf zwei Jahre angelegten „EcoFair Trade Dialogue“, moderiert vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie. Dieser internationale Expertendialog will die Diskussion um den „richtigen“ Weltagrarhandel vorantreiben. Das Ergebnis soll ein in sich stimmiges Reformkonzept sein, das die sozialen und ökologischen Herausforderungen an die Landwirtschaft des 21. Jahrhunderts aufnimmt. Durch das Projekt sollen den Forderungen auch politische Instrumente zugeordnet werden, um Politikprozesse zum Weltagrarhandel mittel- und langfristig zu beeinflussen. In regelmäßigen Treffen werden die 12 internationalen Mitglieder des Experten-Panels Forschungsfragen formulieren und Reformvorschläge entwickeln. Anfang 2007 schließlich ist die Vorstellung des Reformvorschlags in Berlin vorgesehen.

„McPlanet.com“ - Konsum. Globalisierung. Umwelt

Weniger Konzernmacht - mehr Konsumentenpower! Mit diesem Aufruf endete in Hamburg „McPlanet.com“, der gemeinsame Kongress von Attac, BUND und Greenpeace in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie. 1500 überwiegend junge Menschen diskutierten vom 3.-5. Juni 2005 in sieben Panels und rund 80 Foren, Workshops und Philosophischen Salons über Konsum zwischen Freiheit und Verführung sowie die Grenzen des globalen Handels. Beim Late-Night-Talk im vollbesetzten Audimax der Universität Hamburg ging es z.B. darum: „Was wäre, wenn alle Chinesen ... - Gerechtigkeit auf einem begrenzten Planeten“. Momentan ist der Ressourcenverbrauch pro Kopf in Deutschland allerdings noch viermal, in den USA neunmal höher als in China. Doch auch bei der geschätzten Anzahl von 140 Millionen Chinesen, die momentan zur globalen Konsumentenklasse gezählt werden, hat bisher ein Großteil der Gesellschaft noch lange keinen westlichen Standard erreicht. Sara Larrain (Chile), im Vorstand des International Forum on

Globalisation aktiv und langjährige Projektpartnerin der Heinrich-Böll-Stiftung, sieht in China vor allem den Abnehmer von Rohstoffen. Ob Holz, Soja oder Erze - die Exporte von Lateinamerika nach China z.B. seien in den Jahren 2001-2004 um 163 % gestiegen. Die Rohstoffgewinnung habe gravierende Auswirkungen auf die Bevölkerung in den Herkunftsregionen. Harte Worte fand Wolfgang Sachs vom Wuppertal-Institut, der die chinesische Wirtschaft als imperialistisch bezeichnete. Er machte zwar deutlich, dass die aktuelle Zerstörung der Biosphäre eine „Spätfolge des europäischen Kolonialismus“ sei, dennoch wollte er die Länder des Südens nicht ausschließlich als Opfer sehen. Ailun Yang von Greenpeace China betrachtete ihr Land zwar auch mit kritischem Blick, doch zeige schon die Existenz ihrer Organisation, dass es auch ein anderes China gebe. Für die wirtschaftliche Entwicklung machte Yang vor allem den Westen verantwortlich. Die „Was wäre, wenn...“-Frage müsse auf der Nachfrageseite gestellt werden, nicht auf der Produzentenseite. Zu guter letzt kam denn auch die Gegenfrage auf: „Was wäre, wenn alle Europäer anders leben würden, weniger ressourcenaufwendig als bisher?“. Zusammen mit den Chinesen aktiv zu werden, egal ob bei der Förderung erneuerbarer Energien, bei Bildungsprogrammen oder gar der Organisation der Olympischen Spiele als „kritische und grüne Olympiade“, das war schließlich das erklärte Ziel am Ende der Veranstaltung.

GLOBALE UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG

Anlässlich des fünfjährigen Bestehens von „Global Compact“ veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung am 13. Juni 2005 gemeinsam mit Oxfam eine Diskussion zur Frage der sozialen und ökologischen Verantwortung von Unternehmen. Die damalige Verbraucherschutzministerin Renate Künast forderte, Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsstandards müssten in der Welthandelsorganisation WTO als „harte“ Kriterien betrachtet werden. Nur so werde „Corporate Social Responsibility“ auch ins Kerngeschäft der Firmen vordringen. Zudem müssten sich auch die Konsumentinnen und Konsumenten bei ihren Kaufentscheidungen verantwortungsvoller zeigen.

Mit dem DGB und dem Berliner Büro der OECD bilanzierte die Heinrich-Böll-Stiftung in einem eintägigen Workshop Ende Juni die Erfahrungen mit den entsprechenden OECD-Richtlinien. Im

Kern ging es bei beiden Veranstaltungen darum, wie das Verhalten internationaler Konzerne bezüglich der Anwendung von Sozial- und Umweltstandards kontrolliert werden kann. Während der Global Compact der UN ein Instrumentarium der Selbstverpflichtung und des Erfahrungsaustauschs anbietet, sind die OECD-Richtlinien mit einem Sanktionsmechanismus versehen, der allerdings selten zum Einsatz kommt. Bei der Diskussion der Chancen und Grenzen der vorhandenen Instrumente wurde deutlich, dass es zwar gute Ansätze gibt, diese aber noch nicht ausreichen, um eine wirksame Kontrolle durchzusetzen.

[Global Compact ist eine Initiative des UN-Generalsekretärs Kofi Annan, in der internationale Firmen sich verpflichten, Sozial- und Umweltstandards für ihre weltweiten Produktionsketten einzuhalten]

[Kunst, Kultur und Globalisierung]

Die Entstehung und Vermittlung literarischer und anderer künstlerischer Werke zu fördern - auch das sieht die Heinrich-Böll-Stiftung als einen elementaren Bestandteil ihrer politischen Bildungsarbeit an. Ein weiteres zentrales Thema der Stiftungsarbeit sind die kulturellen Folgen der Globalisierung: Zerstört der Globalisierungsprozess die kulturelle Vielfalt oder bringt er im Gegenteil neue kulturelle Identitäten und Mischformen hervor, mit positiven Auswirkungen auf die Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten?

„Identität vs. Globalisierung?“ - Internationale Kulturkonferenz

Mit der internationalen Konferenz „Identität vs. Globalisierung?“ vom 20.-22. Januar 2005 in Berlin setzte die Heinrich-Böll-Stiftung einen kulturpolitischen Impuls zum Abschluss der gleichnamigen Ausstellung, die vom 22. Oktober 2004-30. Januar 2005 im Ethnologischen Museum in Berlin gezeigt wurde. Die Ausstellung umfasste Werke von Künstlerinnen und Künstlern aus 10 südostasiatischen Ländern und zählte am Ende mehr als 17.000 Besucherinnen und Besucher. Ein großer Erfolg für die Stiftung, die erstmalig eine Kunstaussstellung kuratierte. Ein umfassendes Begleitprogramm bot zudem die Gelegenheit, sich mit den vielfältigen Dimensionen der kulturellen Globalisierung auseinanderzusetzen. Die Schlusskonferenz machte deutlich, dass schlichte Zuordnungen die komplexen Zusammenhänge von Wirtschaft, Politik, Religion und Alltagsleben nicht erklären können. Kultur, Tradition und Religion werden allzu oft als statisch und unveränderlich interpretiert. Jede Kultur ist jedoch mehr oder minder dynamisch und passt sich an veränderte Bedingungen an. Verschiedene Traditionen, Stile und Ästhetiken verwandeln und vermischen sich zu neuen Formen. Diese „Hybridisierung“ ist kein neues Phänomen, die Entwicklung von Kultur ist ohne sie nicht denkbar. Die Konferenz beschäftigte sich aber nicht nur abstrakt mit den verschiedenen Phänomenen der Homogenisierung und Hybridisierung von Kultur; es gab auch

Filme, Dia-Shows, Lesungen und eine Ausstellung mit Fotos aus dem Libanon.

Living Globality - ein deutsch-arabisches Kulturprojekt

Mit „Living Globality“, einem im Jahr 2005 initiierten Medien- und Kulturprojekt, will die Heinrich-Böll-Stiftung Journalisten, Wissenschaftler und Künstler aus Europa und den arabischen Ländern rund ums Mittelmeer ins Gespräch bringen und vernetzen. Dabei sollen - unter den Bedingungen einer globalisierten Welt - neue Möglichkeiten des Gedankenaustauschs und der Kooperation an Schnittstellen von Kunst, Medien und Zivilgesellschaft eröffnet werden. Das Projekt startete im Sommer 2005. Vier arabische Kulturjournalisten aus Beirut, Ramallah, Kairo und Casablanca hatten die Gelegenheit, einen Monat Deutschland kennen zu lernen. Im Austausch besuchten vier deutsche Journalistinnen und Journalisten im Herbst die Herkunftsländer ihrer arabischen Kollegen. Der Gegenbesuch erfolgte in Kooperation mit den Goethe-Instituten in den jeweiligen Ländern.

Der Aufenthalt in Deutschland vermittelte den Teilnehmenden einen Einblick in die Rolle und Funktion von Medien und Kunst in der Gesellschaft sowie in die Debatten in der deutschen Öffentlichkeit. Darüber hinaus lernten die arabischen Gäste viele Kolleginnen und Kollegen verschiedener Tageszeitungen, Radio- und TV-Sender sowie aus kulturellen Einrichtungen kennen. Teil des Programms waren zudem Besuche mehrerer Gedenkstätten und Museen, ein Coaching zu den Anforderungen interkultureller Kommunikation sowie, als Abschluss des einmonatigen Aufenthaltes, eine Fachtagung der Heinrich-Böll-Stiftung zur Rolle von „Kunst und Medien in einer globalisierten Welt“. Die während des Aufenthaltes vermittelten Gesprächstermine boten eine erste Kontaktmöglichkeit für künftige Kooperationen mit deutschen Medien und Medien-Projekten, die arabischsprachige Programme und Artikel produzieren und als Brücke zwischen Deutschland und der arabischen Welt fungieren.

Kunst - Macht- Politik

Für die Heinrich-Böll-Stiftung war es so etwas wie ein Experiment: Vom 23.-24. September 2005 veranstaltete sie in

der Berliner „Arena“ einen großen Kongress unter dem Titel „Kunst - Macht - Politik. Eine Erkundung des Wirklichkeitsbezugs aktueller Künste“, um der angeblichen Repolitisierung unterschiedlicher Kunstformen auf die Spur zu kommen. Dabei wurde über Kunst nicht nur gesprochen. Sieben namhafte Kuratorinnen und Kuratoren - Dirk Dotzert, Julia Gerlach, Ulrike Kremeier, Olaf Kretschmar, Vera Tollmann, Andreas Broeckmann und Dr. Thomas Wohlfahrt - sorgten für ein vielseitiges Kunstprogramm, eine begleitende Ausstellung und die Gestaltung einiger Panels.

Den Einstieg ins Programm verschaffte Dr. Wolfgang Ullrich mit einem Vortrag über die politische Instrumentalisierung zeitgenössischer Kunstwerke. Er verwies auf Guido Westerwelles Vorliebe für die gestählten Körper von Norbert Bisky und die frühen Selbstdarstellungen von Andrea Nahles vor wilden roten Rhomben ... Gleich, ob es Naivität oder die hohe Kunst der Selbstinszenierung sei - auf jeden Fall schmückte man sich gerne mit zeitgenössischer Kunst und Kennerschaft in der Hoffnung, die der zeitgenössischen Kunst zugeschriebenen Merkmale wie Offenheit, Unkonventionalität und Ideenreichtum übertrügen sich auf die eigene Person.

Die Diskussion über die Kriterien einer zeitgemäßen Kunstförderung bzw. Kulturpolitik konnte leider die alten Gräben zwischen freier und etablierter Kunstszenen nicht überbrücken. Geht es ums Geld und um Konkurrenz bei der Förderung, wird nicht mehr fein differenziert, sondern eher grob auf vermeintliche künstlerische und qualitative Differenzen verwiesen.

Glanzpunkt des Kongresses aber war das Kunstprogramm. Das Forum „Skandal und Aufmerksamkeit“ z.B. stellte künstlerische Interventionen mit hohem Unterhaltungswert vor. Eine poetische Arbeit von MxHz/Guy van Belle im Forum über künstlerische Selbstorganisation hieß „Thoughts go by air“: ein Ballon, gesteuert durch die Bewegungen der Betrachtenden. Den Abschluss des Kongresses bildete eine Performance von „Two Fish“, die unsere alltäglichen Überlebenskünste und Selbstillusionen dezent spiegelte.

Deutsch-israelische Literaturtage im März 2005

„Die Vergangenheit ignoriert dich nicht“ – mit dieser Feststellung gab der israelische Schriftsteller Amos Oz den Deutsch-Israelischen Literaturtagen in Berlin das Motto vor. Die Heinrich-Böll-Stiftung und das Forum Goethe Institut hatten im März 2005 im Anschluss an die Leipziger Buchmesse israelische und deutsche Autorinnen und Autoren zur Begegnung nach Berlin eingeladen, darunter Amos Oz, Amir Gutfreund, Sayed Kashua, Marina Grosler, Dorit Rabinyan, Etgar Keret, Maxim Biller, Thomas Brussig, Katharina Hacker und Julia Schoch. 40 Jahre nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel versuchten die Autoren auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung eine Bilanz der deutsch-israelischen Beziehungen zu ziehen.

Amos Oz machte gleich zu Anfang klar, dass das deutsch-israelische Verhältnis nicht durch Antisemitismus beeinträchtigt sei, sondern durch die unrealistische „Sentimentalität der Deutschen, die davon ausgehen, dass Menschen, die gelitten haben, automatisch zu Engeln“ würden.

Amir Gutfreund bedauerte hingegen, dass die Europäer und auch die Deutschen oft mit Häme auf die besondere Situation Israels reagierten: „Was aus Europa kommt, ist der alte Antisemitismus.“

Es ging aber auch um die Shoah in der Literatur der zweiten und dritten Generation. Maxim Biller störte, dass sie nur in der ernstesten Literatur akzeptiert sei. Er las aus seinen ironischen Kurzgeschichten und griff nicht nur anti-, sondern auch philosemitische Klischees auf.

Katharina Hacker, die in ihrem Buch *Eine Art Liebe* die Geschichte eines verfolgten Juden erzählt, plädierte für ihren Versuch einer Art Einfühlung, um sich der Shoa zu nähern. Die Geschichte sei ihr in Jerusalem von einem dort lebenden Rechtsanwalt anvertraut worden: „Ich schenke Dir diese Geschichte – schreib Du sie auf!“ hatte er gesagt. Auf diese Weise, als Kunstwerk, kann Erinnerung lebendig bleiben, wenn die Generation der Überlebenden verstorben ist.

Literatur ist Seismograph und Brennspeigel der Beziehungen, betonte Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Angesichts der Historisierung der Judenvernichtung durch die Nazis, aber auch der wachsenden Kritik an der israelischen Besatzungspolitik müsse der Austausch weiter befördert werden. Die Comic-Produktion „Shoes“ der deutschen Zeichnerin Elke Steiner und des israelischen Autoren Etgar Keret sowie der

Film „Walk on Water“ von Eytan Fox vervollständigen das Programm.

Der Briefwechsel zwischen Heinrich Böll und Lew Kopelew

Heinrich Böll und der russische Literaturwissenschaftler und Dissident Lew Kopelew waren eng befreundet. Sie trafen sich vermutlich zum ersten Mal auf einer Reise Bölls in die Sowjetunion im Jahre 1962. Beide waren passionierte Briefschreiber, und so gibt es eine Fülle von überlieferten Briefen, Postkarten und Telegrammen (rund 300 Schriftstücke), schwerpunktmäßig aus der Zeit von 1962 bis 1980, dem Jahr der Ausreise Kopelews in die Bundesrepublik Deutschland. Die Dokumente liegen vor allem im Kölner Heinrich-Böll-Archiv und im Archiv der Osteuropa-Forschungsstelle der Bremer Universität.

Briefe ermöglichen ebenso wie Tagebücher die Innensicht auf gesellschaftlich-kulturelle Entwicklungen und eröffnen neue Betrachtungsmöglichkeiten der Zeitgeschichte. Die Heinrich-Böll-Stiftung möchte mit der Herausgabe dieses Briefwechsels einen Beitrag zur Erschließung zeitgeschichtlicher Quellen leisten. Gerade der Korrespondenz Böll-Kopelew kommt ein ganz besonderer Stellenwert zu: Heinrich Böll ist der Namensgeber der Stiftung, dessen Werk und Ideen sie sich verpflichtet fühlt, Lew Kopelew gehört zu den Initiatoren der Stiftung.

Der Briefwechsel gibt Aufschluss über die Rezeption von Heinrich Böll in der Sowjetunion sowie über eine Vielzahl von bedeutenden zeitgeschichtlichen Zusammenhängen. Als Quellenmaterial gerade zur sowjetischen Dissidenzgeschichte ist das Material überaus bedeutsam. Vor allem die Beziehung von Teilen der sowjetischen Dissidenten, für die Lew Kopelew eine wichtige Integrationsfigur war, zu unabhängig denkenden westlichen Intellektuellen, wie Heinrich Böll sie in herausragender Weise verkörperte, ist äußerst interessant.

In Kooperation vor allem mit den Erben und dem Heinrich-Böll-Archiv wird die Herausgabe der Briefe von Elsbeth Zylla besorgt, Germanistin und unter anderem profunde Kennerin der Freiheitsbewegungen in Mittel- und Osteuropa. Geplant ist eine kommentierte Leseausgabe, die voraussichtlich 2008, möglichst zeitgleich mit einer russischen Ausgabe, erscheinen soll.

HEINRICH BÖLL UND CHINA - AUSSTELLUNG UND SYMPOSIUM IN SHANGHAI

Anlässlich des 20. Todestages von Heinrich Böll fanden Mitte November 2005 eine Ausstellung zu Leben und Werk sowie ein dreitägiges Symposium in Shanghai statt. Heinrich Bölls Werke wurden besonders nach der Kulturrevolution zahlreich übersetzt und gelesen, weil die „Trümmerliteratur“ der Nachkriegszeit in Deutschland sehr große Assoziationsmöglichkeiten mit der in China nach der Kulturrevolution verbreiteten „Narbenliteratur“ bot. Das Symposium widmete sich u.a. der Frage, in welcher Hinsicht Heinrich Bölls Werke und insbesondere seine sozialkritische Haltung für die heutige chinesische Gesellschaft von Bedeutung sind. Die Überwindung der „inneren Diktatur“ (1981) des einzelnen und der Kampf gegen die Bevormundung durch die Mächtigen prägte Heinrich Bölls Begriff von Humanität und Sozialkritik. Heinrich Bölls „Frankfurter Vorlesungen“ (1964) sind ein wichtiger programmatischer Text, in dem er seine „Ästhetik des Humanen“ entwickelt hat. Mit diesem Denken engagierte sich Heinrich Böll sein ganzes Leben lang für gesellschaftliche Bewegungen gegen den Krieg, für den Dialog zwischen Nord und Süd, für Frauen und die ökologische Bewegung. Diese Themen besitzen auch heute insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Globalisierung Gültigkeit über die Grenzen von Raum und Zeit hinaus. Nachdem Kultur in der heutigen chinesischen Gesellschaft vorwiegend als kommerzielles Produkt betrachtet und die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen in diesem Zusammenhang eher vernachlässigt werden, gelang es mit der Veranstaltung in Shanghai, einige neue Sichtweisen zu ermöglichen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung auf der Frankfurter Buchmesse

Im Oktober 2005 war die Heinrich-Böll-Stiftung zum ersten Mal mit einem Stand auf der Frankfurter Buchmesse vertreten. Vor allem an den Publikumstagen war der Andrang groß und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Berlin, Köln und Frankfurt bekamen viel Gelegenheit, die Stiftung den Besuchern vorzustellen. Kompetente Unterstützung fanden sie dabei durch einige Stipendiatinnen und Stipendiaten, die Interessenten

Auskunft über die Arbeit des Studienwerks geben konnten. Mit am Stand war zeitweise auch Adania Shibli, Schriftstellerin und Stipendiatin im Böll-Haus Langenbroich.

Auch im Herbst 2006 wird die Stiftung wieder mit einem Stand auf der Buchmesse vertreten sein, diesmal zusätzlich mit eigenen Veranstaltungen zum Schwerpunkt Indien.

[NEUE WELTORDNUNG, SICHERHEITSPOLITIK UND KRISENPRÄVENTION]

Die außen- und sicherheitspolitische Agenda hat sich seit dem Ende der Block-Konfrontation stark verändert. Neue Konzepte für eine weltweite Risikoprävention, Krisenintervention und Ordnungspolitik ersetzen zunehmend die traditionellen Parameter der Abschreckung und Eindämmung. Die Anschläge vom 11. September 2001 haben diese Entwicklung nochmals beschleunigt. In diesem Zusammenhang spielt die Frage nach der Zukunft des Völkerrechts weiterhin eine wichtige Rolle, ein Thema, das die Heinrich-Böll-Stiftung auch im Jahr 2005 beschäftigte. Die Stiftung setzte sich zudem mit den Beitrittsambitionen der Türkei und dem Völkermord in Geschichte und Gegenwart auseinander.

UN-Reform und Völkerrecht

Vom 14. bis 16. September 2005 trafen sich mehr als 150 Staats- und Regierungschefs auf einem Sondergipfel im Rahmen der 60. Generalversammlung der Vereinten Nationen, um die institutionelle und inhaltliche Weiterentwicklung der Vereinten Nationen umfassend zu diskutieren. Die hohen Erwartungen an den Gipfel wurden vom Ergebnis größtenteils enttäuscht. Das Schlussdokument wurde als „vage“ und „verwässert“ bezeichnet. Generalsekretär Kofi Annan nannte es sogar eine „echte Schande“, dass die Nichtverbreitung von Atomwaffen nicht einmal erwähnt wurde. Eine umfassende Reform der Vereinten Nationen bleibt also auf der Tagesordnung der Weltpolitik.

Die Zukunft des Völkerrechts und die UN-Reform sind seit Mitte 2003 Arbeitsschwerpunkte der Heinrich-Böll-Stiftung. Das Büro Istanbul führte im Juni 2005 eine Veranstaltung zum Thema „UN-Reform und Türkei“ durch, an der Ludger Vollmer als Mitglied des Arbeitskreises Völkerrecht der Heinrich-Böll-Stiftung teilnahm. Im September 2005 fand in Washington eine Diskussion unter dem Titel „Sovereignty and Human Rights“ statt. Im Oktober stellte Birgit Laubach als Mitautorin auf einer Veranstaltung des Prager Büros das Völkerrechts-Memorandum der Heinrich-Böll-Stiftung vor und diskutierte mit tschechischen Experten. Das Memorandum unternimmt den Versuch zu skizzieren,

wie eine globale Ordnung aussehen könnte, in der Freiheit, Sicherheit und Stabilität sich gegenseitig stützen und in der neu aufkommende Konflikte bearbeitet werden können, ohne erneut in eine globale Konfrontation zu führen.

Auf der gleichen Veranstaltung präsentierte Bardo Fassbender seine Studie „UN-Reform und kollektive Sicherheit“ und berichtete von seinen Eindrücken vom Verlauf und Scheitern des Sondergipfels in New York. Er äußerte sich skeptisch, was die Auseinandersetzungen um die Reform des UN-Sicherheitsrates anging. Es sei nicht auszuschließen, so Fassbender, dass die Auseinandersetzungen die Vereinten Nationen in eine ernsthafte Krise führen und die Legitimität des Sicherheitsrates (weiter) geschwächt werden könnten.

In Deutschland war die Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit der *European Law Student Association* an einer Ringvorlesung zum Völkerstrafrecht an der Universität Göttingen beteiligt und organisierte gemeinsam mit der Landesstiftung Baden-Württemberg Ende Juni 2005 die Veranstaltung „Auf dem Weg zu einer gerechteren Weltordnung“ in Heidelberg. Ein zentrales Projekt der Stiftung aber ist das Webdossier „Völkerrecht“ (www.boell.de/voelkerrecht), das es seit Ende 2005 auch in einer englischen Version (www.boell.de/un) gibt. Es soll die bisherigen internationalen und regionalen Diskussionsprozesse, offizielle UN-Berichte und von der Heinrich-Böll-Stiftung in Auftrag gegebene Studien einer breiten internationalen Öffentlichkeit zugänglich machen. Damit will die Stiftung auf regionaler Ebene demokratische Strukturen stärken und die Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure im UN-Reformprozess fördern.

UN-Reform und kollektive Sicherheit. Von Bardo Fassbender. Berlin 2005

UN-Reform und Millenniumsziele 2005. Von Jens Martens. Berlin 2005

Die Reform der UN - Chancen auf eine Erweiterung zivilgesellschaftlicher Beteiligung. Von Julia Leininger. Berlin?? 2005.

Die Zukunft des Völkerrechts in einer globalisierten Welt

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung im Nomos Verlag

**„SREBRENICA - ERINNERUNG FÜR DIE ZUKUNFT“ - EINE
FOTOAUSSTELLUNG**

Im Juli 1995 wurden in der UN-Schutzzone in Srebrenica rund 8000 bosnische Jungen und Männer durch serbische Truppen ermordet. Eine Vielzahl von Frauen wurden vergewaltigt und 25.000 Menschen gewaltsam deportiert. Srebrenica steht für das dunkelste Kapitel europäischer Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg und das bittere Versagen der Europäer wie der Internationalen Staatengemeinschaft.

Mit der Fotoausstellung „Srebrenica - Erinnerung für die Zukunft“ anlässlich des 10. Jahrestages des Massakers stellte die Heinrich-Böll-Stiftung eines ihrer bislang umfassendsten Kooperationsprojekte auf die Beine. Die Ausstellung wurde mittlerweile in zahlreichen europäischen Städten, darunter auch Sarajevo und Belgrad, sowie in Washington mit großer öffentlicher Resonanz gezeigt. Allein in Belgrad nahmen etwa 400 Personen an der Ausstellungseröffnung teil, die von einem Bündnis der wichtigsten Menschenrechtsgruppen in Serbien getragen wurde. In Berlin gewann die Ausstellung zusätzlich politische Brisanz, als zeitgleich ein Video publik wurde, das Exekutionen von Gefangenen durch serbische Soldaten zeigte.

Flankiert wurde die Ausstellung von Podiumsdiskussionen, Tagungen und einem gleichnamigen Buch, das in Englisch, Französisch, Deutsch, Bosnisch, Kroatisch und Serbisch erschienen ist. Autorinnen und Autoren aus elf Ländern reflektieren darin über die Ereignisse von damals und die Lektionen für die heutige Politik. Während die Begleitveranstaltungen in Berlin, Brüssel und Washington die Ereignisse in Srebrenica vor allem aus der Perspektive der internationalen Politik aufzeigten, setzten sich die Veranstaltungen in Sarajevo und Belgrad vorrangig mit der Frage der gesellschaftlichen Verantwortung und der Bedeutung der Aufarbeitung von Krieg und Genozid für die demokratische und rechtsstaatliche Transformation in den Nachkriegsgesellschaften Südosteuropas auseinander. Bedauerlicherweise war die Heinrich-Böll-Stiftung aber an vielen Orten die einzige Institution, die diesen Jahrestag zum Anlass für einen Rückblick und eine Diskussion über die heutige Lage im ehemaligen Jugoslawien nahm.

[Srebrenica - Erinnerung für die Zukunft.

Mit Beiträgen u.a. von Vaclav Havel, Madeleine Albright, Marieluise Beck, Chris Keulemans, Slavenka Draculic und Susan Sontag. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin 2005, 192 Seiten, Broschur, € 6,00 ISBN 3-927760-50-1]

Verbrechen gegen die Menschheit - Ursachen, Formen und Prävention von Völkermord

Mit dem Thema Völkermord befasste sich vom 3.-5. November 2005 auch eine internationale Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung im Abgeordnetenhaus von Berlin. 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gehören Völkermord und gewaltsame Auseinandersetzungen aus nationalen, ethnischen, rassistischen oder religiösen Gründen immer noch zur politischen Gegenwart. Die Weltöffentlichkeit sieht zu, sei es in Ruanda oder Bosnien oder bei der Zerstörung Grosnys durch die russische Armee. Die Konferenz, in Kooperation mit der Peter-Weiss-Stiftung und dem European Network of Genocide Scholars, versuchte die Ursachenforschung, die juristischen Folgen und die Frage nach Instrumenten und Methoden der Prävention zu verbinden. Mit Zygmunt Bauman, emeritierter Professor der Soziologie aus London, und Henry Huttenbach, Professor der Geschichte aus New York, vereinte die Konferenz die beiden führenden Forscher unserer Zeit zu diesem Thema. Die Frage nach ideologischen Hintergründen und der Rolle von Welterklärungsmodellen, die zu Vernichtungsideologien werden, war ebenso Gegenstand der Erörterungen wie die Frage nach den nationalen und kollektiven Erzählungen. Dabei zeichneten sich auch neue Strömungen der Genozidforschung ab, die z.B. nach interkulturellen und supranationalen Standards der juristischen Bearbeitung fragen.

Buchvorstellung mit Joschka Fischer: Bericht zur Lage der Welt 2005

Die Berichte zur Lage der Welt des renommierten Worldwatch Institute sind seit fast 20 Jahren richtungsweisend in der Diskussion um eine nachhaltige Entwicklung. Seit 2003 wird die deutsche Ausgabe des Berichts vom Worldwatch Institute in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch herausgeben. Joschka Fischer, Außenminister der rot-grünen Bundesregierung, stellte das Buch am 27. April 2005 im

Auswärtigen Amt in Berlin vor. Der Bericht kritisiert den vorherrschenden, militärisch verengten Sicherheitsbegriff nach dem 11. September 2001. Er stellt die Bedrohung durch terroristische Anschläge in den Kontext anderer Bedrohungen globaler Sicherheit: Klimawandel, Bevölkerungsexplosion, Waffenhandel und Umweltzerstörung. Zudem beschreibt der Bericht neue Kooperationsmechanismen für ein erweitertes globales Sicherheitssystem.

Fischer sagte in seiner Rede, dass in Zeiten der Globalisierung Demokratie, Menschenrechte und Ökologie längst keine „weichen Fragen“ mehr seien. Weil die Menschheit wachse (aber nicht die Bodenschätze dieser Erde), seien die Staaten zur Kooperation verurteilt.

„Sicherheit darf nicht exklusiv als Sicherheit der reichen Welt und nicht vorrangig militärisch definiert werden“ meinte Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Eine vorausschauende Sicherheitspolitik müsse sich um Bildung und Arbeit für Milliarden junge Menschen in der „Dritten Welt“ kümmern, den Kampf gegen Hunger und Epidemien aufnehmen und alles daran setzen, den Klimawandel zu begrenzen. „Eine vorausschauende Sicherheitspolitik muss zudem konsequent für Menschenrechte und Demokratie eintreten. Armutsbekämpfung, Umweltschutz, Demokratie - das sind die großen Drei einer vorausschauenden Sicherheitspolitik“, betonte Fücks bei der Vorstellung des Berichts.

Am Abend veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit Germanwatch in der Reihe "Nachhalten" die Podiumsdiskussion „Mars, Venus ... und die Erde - Ein transatlantischer Dialog zum Bericht zur Lage der Welt 2005“ - u.a. mit Christopher Flavin, Präsident des Worldwatch Institutes, Washington, und Angelika Beer, MdEP Bündnis 90/Die Grünen. Anfang Juni tourte schließlich Michael Renner, Mitautor des Berichts, mit dem Buch quer durch Deutschland. In Zusammenarbeit mit den Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung stellte er es der Öffentlichkeit vor.

[Zur Lage der Welt 2005 - Globale Sicherheit neu denken

Hrsg. vom Worldwatch Institute in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch im Verlag Westfälisches Dampfboot
Münster 2005, 352 Seiten, € 19,90 ISBN 3-89691-614-9]

From Gaza to Nowhere - eine Tagung

Großes Interesse fand Ende Oktober 2005 die internationale Tagung „From Gaza to Nowhere“ in Berlin, mit der die Heinrich-Böll-Stiftung der Frage nach den Perspektiven des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses nachging. Im Vordergrund der Debatten standen sowohl die innergesellschaftlichen Entwicklungen in Israel und Palästina als auch das internationale Engagement im Rahmen der Road-Map des sogenannten „Nahost-Quartetts“; nicht zu vergessen die Chancen alternativer zivilgesellschaftlicher Anstöße wie z.B. der „Genfer Initiative“.

Die Analyse der innenpolitischen Entwicklungen zeigte, dass in Israel die Akzeptanz für unilaterale Politik weiter gestiegen ist, zumal politische Alternativentwürfe nicht zur Debatte stehen, denn auch die politische Linke ist über die Frage des weiteren Vorgehens tief gespalten. Die Siedlerbewegung, ein Haupthindernis in der Friedensfrage, hat durch den Rückzug eher Sympathien gewonnen, als verloren. Auf palästinensischer Seite ist der Rückzug mit wenigen Hoffnungen verbunden, zumal andere israelische Siedlungen ausgebaut werden. Andererseits ist in den Palästinenser-Gebieten ein Ende von Korruption und Misswirtschaft nicht in Sicht. Die zukünftige innenpolitische wie außenpolitische Ausrichtung wusste niemand auf der Tagung mit Sicherheit einzuschätzen. Gegenüber Israel habe die Hamas jedenfalls durch ihre Rhetorik und ihr Handeln nicht unwesentlich zur Verschärfung des Konflikts beigetragen.

Hoffnung indes gibt immer noch die „Genfer Initiative“ und ihre detaillierten Entwürfe zur Regelung des Konflikts. Sie gilt als eines der viel versprechendsten zivilgesellschaftlichen israelisch-palästinensischen Projekte und war vermutlich einer der Gründe, die die offizielle israelische Politik überhaupt zum Handeln in der Frage des Rückzugs bewegt hat. Allerdings ist ihre Bedeutung und Unterstützung in beiden Gesellschaften wieder zurückgegangen. Die inhaltliche Bedeutung der Genfer Initiative bei zukünftigen Verhandlungen und Friedensregelungen bleibt jedoch bestehen, deshalb ist es wichtig, weiter zu wirken und von außen internationale Unterstützung zu leisten.

Das Fazit der Tagung war aber mit Blick auf die Vergangenheit und auf die künftige Entwicklung des Nahost-Konflikts wenig optimistisch. Es blieb jedoch die Hoffnung auf positive

Entwicklungen und auf die Wiederbelebung und Verstärkung internationaler Initiativen zur Lösung des Konflikts und zur Stabilisierung der gesamten Region.

[Von Gaza nach Genf

Die Genfer Friedensinitiative von Israelis und Palästinensern

Reiner Bernstein in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung im Wochenschau Verlag. Schwalbach/Ts. 2005, 184 Seiten, Broschur, 19,80 Euro ISBN 3-89974236-2]

Frauen als Schlichterinnen von Konflikten - Die International Women Commission (IWC)

Seit 2002 unterstützt das Regionalbüro Brüssel der Heinrich-Böll-Stiftung israelische und palästinensische Frauen bei ihren Bemühungen zur Beilegung des Konflikts im Nahen Osten. Es geht vor allem darum, Entscheidungsträger zu überzeugen, dass Frauen in den Friedensprozess einbezogen werden müssen. In den zurückliegenden drei Jahren sind verschiedene Delegationen in Brüssel mit hohen EU-Funktionären zusammengekommen, u.a. mit Romano Prodi, dem damaligen Präsidenten der Europäischen Kommission. Im Juli 2005 gelang dann ein großer Sprung: Die International Women Commission (IWC) wurde gegründet - initiiert und koordiniert vom Regionalbüro Brüssel, mit finanzieller Unterstützung der belgischen Regierung. Zuvor hatte der UN-Sicherheitsrat Frauen empfangen, die über die Situation von Frauen und deren Friedensaktivitäten im Nahost-Konflikt berichteten. Sie baten den Sicherheitsrat, Instrumente bereitzustellen, mit denen Frauen zum Friedensprozess beitragen können. Die Generaldirektorin von UNIFEM, Naoleen Heyzer, akzeptierte auf Bitte des Brüsseler Regionalbüros die Initiative und lud im Juli 2005 zur Bildung der IWC nach Istanbul ein. Die Teilnehmerinnen einigten sich in zwei arbeitsintensiven Tagen auf eine Grundcharta und gründeten die IWC. Im September 2005 wurde die Kommission in Israel und Palästina vorgestellt, im November 2005 in Brüssel.

Für die 2005 anvisierte Wahl eines neuen Parlaments benötigte Palästina ein neues Wahlrecht. Muwatin, das palästinensische Institut für Demokratiestudien, führte mit Unterstützung des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah bereits seit mehreren Jahren vergleichende Studien über unterschiedliche Wahlrechtssysteme durch. Aus vielen Diskussionen und Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft entstand schließlich ein Gesetzentwurf, der eine Kombination von Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht vorsah. Da die Wahlen im Sommer stattfinden sollten, spitzten sich nach monatelangen Auseinandersetzungen im Parlament und seinen Ausschüssen in der ersten Jahreshälfte die Debatten zu. Das Stiftungsbüro in Ramallah wurde von Parlamentariern um Unterstützung gebeten: Es mangle insbesondere an Kenntnissen über Funktionsweise und politische Implikationen eines Verhältniswahlrechts sowie an gesetzgeberischen Erfahrungen. Auf Einladung des Büros reiste ein deutscher Landeswahlleiter nach Palästina, um in Workshops für unterschiedliche Zielgruppen in Ramallah und Jerusalem über die deutschen Erfahrungen mit einem gemischten Wahlsystem zu informieren. Schnell wurde deutlich, dass ein Wahlsystem nicht nur ein Zählsystem für Wählerstimmen darstellt, sondern in vielfältiger Weise die politische (Parteien)Landschaft und Kultur prägt. Allerdings zeigten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier erwartungsgemäß weniger Interesse an der Demokratietheorie als an der Frage, welches System am besten ihre Wiederwahlchancen verbessert. Intensiv diskutiert wurde vor allem auch der Zusammenhang zwischen einem Verhältniswahlrecht, das die Aufstellung einer Liste erfordert, und den Erfordernissen einer innerparteilichen Demokratie. Da insbesondere letztere in einem Land gewöhnungsbedürftig ist, in dem z.B. Yassir Arafat allein entschied, wer als Vertreter seiner Fatah kandidieren durfte, bot die Einführung eines Verhältniswahlsystems viel politischen Zündstoff. Ergebnis der Debatten war ein klassischer Kompromiss: Zur Hälfte sollte das Parlament durch ein proportionales Wahlrecht, zur anderen Hälfte per Mehrheitswahlrecht gewählt werden - und sicherheitshalber wurde die Parlamentswahl erst einmal verschoben. Sie fand schließlich im Januar 2006 statt.

Iran nach den Wahlen - Zurück in die Zukunft?

Mit großer Mehrheit wurde der Teheraner Bürgermeister Mahmud Ahmadinedschad im Juli 2005 zum neuen iranischen Präsidenten gewählt. Der international wenig bekannte konservativ-religiöse Hardliner hatte sich im Iran einen Namen als Anwalt und Förderer marginalisierter Bevölkerungsschichten gemacht und fand mit seinem Programm vor allem in dieser Gruppe eine breite Zustimmung. Für die Reformbewegung im Iran endeten die Wahlen mit einem Desaster, denn ihr Kandidat Mostafa Moin landete auf einem der letzten Plätze. Die nun endgültig beendete Reformperiode hat zwar Entfaltungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft geschaffen, aber nicht zu einer Demokratisierung der politischen Machtverhältnisse oder zu einer grundlegenden Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung geführt. Im Gegenteil: Die iranische Gesellschaft ist in eine kleine, modern denkende, sozial und ökonomisch aufstrebende Mittelschicht und eine von wachsender Arbeitslosigkeit und Armut betroffene Masse gespalten.

Unmittelbar nach den Wahlen im Iran veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung in ihrer Reihe „Debatten zur Internationalen Politik“ eine Podiumsdiskussion über die politische und gesellschaftliche Dynamik und die Perspektiven der zukünftigen Entwicklung im Iran. Die Podiumsgäste Farah Karimi, Abgeordnete der Grünen im niederländischen Parlament, der Publizist Bahman Nirumand und der Journalist Rudolf Chimelli ließen wenig Zweifel daran, dass sich die Politik Ahmadinedschads im wesentlichen auf ökonomische Reformen und Umverteilung sowie auf eine konservativ-religiöse Wende in der gesellschaftliche Entwicklung konzentrieren wird. Er werde auch weiterhin nicht davor zurückscheuen, außenpolitische Streitpunkte wie das umstrittene Atomprogramm für innenpolitische Rhetorik und Propaganda zu benutzen. Einigkeit bestand darin, dass die Verhandlungen und Gespräche mit der internationalen Gemeinschaft, im besonderen mit den USA und der EU, in Zukunft schwieriger werden dürften.

[IRAN-REPORT. Mit dem monatlich erscheinenden iran-report von Bahman Nirumand stellt die Heinrich-Böll-Stiftung eine Zusammenfassung relevanter Ereignisse im Iran zur Verfügung. Der iran-report wird auf Wunsch per E-

Mail verschickt, er kann aber auch unter www.boell.de/presse herunter geladen werden.]

Auf dem Weg zu einem zivilgesellschaftlichen Dialog in Südasien - die „Dehli-Lahore-Talks“

Südasien zählt noch immer zu den unsichersten und konfliktreichsten Regionen der Welt. Neben dem nicht enden wollenden Tamilenkonflikt auf Sri Lanka, dem erstarkenden Fundamentalismus in Bangladesch und den subnationalen Konflikten in Indien sind es vor allem Pakistan und Afghanistan, die zum Sinnbild von „zerrissenen Nationen“ und drohendem Staatsverfall geworden sind. Auch der indisch-pakistanische Konflikt um die Krisenregion Kaschmir dauert mittlerweile seit mehr als einem halben Jahrhundert an und zeugt von den schwelenden politischen und kulturellen Gegensätzen der Region. Das Länderbüro Pakistan/Afghanistan der Heinrich-Böll-Stiftung möchte mit diesem neuen Arbeitsschwerpunkt der Herausforderung für Frieden und Sicherheit in der Region gerecht werden. Den Auftakt für eine Reihe von Veranstaltungen und Initiativen bildete ein „Runder Tisch“ im August 2005 in Lahore, an dem Friedensaktivisten und Wissenschaftler aus Pakistan, Afghanistan und Indien den Weg zu einem gesellschaftlichen Dialog für Frieden und Sicherheit ausloteten. Im Vordergrund der Vorträge und Diskussionen standen die Rolle der Frauen, der Jugendlichen und der Medien in den Konflikten, die historischen Wurzeln der Spannungen und die bedrohlichen Auswirkungen des religiösen Fundamentalismus. Der Runde Tisch lieferte so die Grundlage zur Identifizierung der wichtigsten Anknüpfungspunkte, die in den so genannten „Delhi-Lahore-Talks“ eine Fortsetzung finden sollen.

Statebuilding und Demokratieförderung in fragilen Staaten am Beispiel Afghanistan

In Afghanistan engagiert sich die Heinrich-Böll-Stiftung vor allem für die Demokratie in den „traditionellen“ Gesellschaften der paschtunischen Provinzen im Südosten des Landes. Hier liegt die Macht weniger bei der Zentralregierung in Kabul als bei den Stammesführern. Das von der Stiftung

geförderte *Tribal Liaison Office*-Projekt (TLO-Projekt) versucht, dialogbereite Stammesführer in den demokratischen Wiederaufbauprozess Afghanistans zu integrieren und ihre jeweiligen Stammesgebiete für Reformen zu öffnen. Mit diesem Projekt betrat die Stiftung in einem auch regionalpolitisch höchst brisanten Gebiet Neuland. Eine ständige konzeptionelle und selbstkritische Begleitung und Beratung des Projekts ist daher erforderlich. Den Rahmen hierfür bietet seit Anfang 2005 die stiftungsinterne Projektgruppe „Statebuilding und Demokratieförderung in fragilen Staaten“. Bereits etabliert hat sich hingegen das Fachgespräch zur Demokratieentwicklung in Afghanistan, das 2005 bereits zum 5. Mal auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung stattfand. Thema des diesjährigen Gesprächs war die Frage der Einbindung traditioneller Strukturen in den Demokratisierungsprozess in Afghanistan. Ist es ein innovativer Weg der Demokratieförderung oder eine Schwächung staatlicher Institutionen? Und kann und darf eine Stiftung, die in vielen Ländern ein pluralistisches Parteiensystem, die Partizipation von Frauen, unabhängige Medien und zivilgesellschaftliche Initiativen fördert, ausgerechnet in Afghanistan mit wertkonservativen, traditionellen und patriarchalen Stammesstrukturen zusammenarbeiten? Verfestigt sie mit der damit einhergehenden Aufwertung der dialogbereiten Stammesführer nicht gerade ihr Patriarchat und unterminiert zudem die Entwicklung des für Afghanistan notwendigen staatlichen Strukturaufbaus? Trotz dieser Ambivalenzen wurde das TLO-Projekt insgesamt positiv bewertet und die Stiftung ermuntert, das Projekt fortsetzen. Die Stiftung wird das TLO-Projekt also auch in den nächsten Jahren unterstützen und so wichtige Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit traditionellen und religiösen Führern in fragilen Staaten sammeln.

Protokoll des Gesprächs unter
http://www.boell.de/downloads/asien/afgh_protokoll16-3.pdf

Kenia auf der Suche nach einer neuen Verfassung

Mit einer Wahlniederlage endete im Dezember 2002 die 40-jährige, autoritäre Regierungszeit der Partei „Kenias Afrikanische Nationalunion“ (KANU). Als Gewinner gingen die

unter der Nationalen Regenbogen-Koalition (NARC) zusammengeschlossenen Oppositionsparteien hervor. NARC war mit einem ambitionierten Reformprogramm an die Macht gekommen, das u.a. wirtschaftliche und soziale Reformen, Rechtsstaatlichkeit, Bekämpfung von Korruption und vor allem einen schnellen Abschluss des Verfassungsreformprozesses versprach. Dieser ist allerdings bislang noch nicht beendet. Mit dem Regierungswechsel musste auch die künftige Rolle der Zivilgesellschaft neu definiert werden. Viele Mitglieder der neuen Regierung hatten ihr zuvor angehört. Die Herausforderung für die Zivilgesellschaft Kenias bestand nun darin, ihre Befangenheit gegenüber einstigen Mitstreitern in der Opposition zu überwinden und ihre Rolle als politisches Korrektiv für eine verantwortungsbewusste Regierungsführung einzunehmen. Eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung empfahl die Bildung eines Think Tank zur politischen Beobachtung und zur Entwicklung neuer Ideen. So entstand *Sayari* (Suaheli für „Planet“), eine von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte Initiative, die sich mit sozialen, politischen und wirtschaftlichen Problemlagen befasst und hierzu alternative Lösungsansätze entwickelt. Besondere Dringlichkeit kommt dabei einem zügigen Abschluss des Verfassungsreformprozesses zu. Im Jahr 2005 war *Sayari* mit Expertenanalysen, Runden Tischen und öffentlichen Foren an einem Verfassungsentwurf beteiligt, in den sämtliche Forderungen der Zivilgesellschaft Eingang fanden. Mit Unterstützung der Stiftung konnten sich auch Frauenorganisationen wie FIDA Kenya und die Women Political Alliance of Kenya (WPAK) an der Verfassungsdiskussion beteiligen. Jedoch wurde der Verfassungsentwurf beim Referendum im November 2005 abgelehnt, u.a. wegen der umstrittenen großen Machtfülle die dem Präsidenten eingeräumt werden sollte. Angeführt wurde die Ablehnungsfront durch das Orange Democratic Movement, ein Zusammenschluss der Liberal Democratic Party (LDP) mit fortschrittlichen KANU-Mitgliedern und Vertretern der Zivilgesellschaft. Die LDP, wichtigste Partei innerhalb des Regierungsbündnisses, musste daraufhin die Koalition verlassen, was der Koalitionsregierung praktisch ein Ende setzte.

Angesichts der politischen Polarisierung nach dem Referendum und der Notwendigkeit, den Verfassungsreformprozess wiederaufzunehmen, mobilisierte *Sayari* eine Gruppe unabhängiger Akteure, um neue Vorschläge zu erarbeiten.

[Europäische Nachbarschaftspolitik]

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der Heinrich-Böll-Stiftung ist die europäische Integration und Verfassungsdiskussion. Durch ihre Bildungsarbeit will die Stiftung eine informierte Öffentlichkeit schaffen, die sich aktiv in die Diskussion um die Zukunft Europas einmischt. Sie kooperiert dabei mit Nichtregierungsorganisationen und politischen Akteuren, mit Expertinnen und Experten aus „Think Tanks“, Universitäten und grünen Netzwerken. Insbesondere das Stiftungsbüro in Brüssel beobachtet die Arbeit der Europäischen Institutionen und bietet selbst Veranstaltungen an.

Außenpolitische Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung

Mit der im letzten Jahr vollzogenen Ost- und Süderweiterung stößt Europa geographisch und kulturell an neue Grenzen. Über die unmittelbare Nachbarschaft hinaus wird die Erweiterung die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Teilen der Welt verändern. Die gegenseitige politische und wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen der EU und ihren Nachbarn ist bereits Realität. Auch wenn noch weitere Staaten der EU beitreten werden, so wird doch heute deutlich, dass das Instrument des EU-Beitritts an seine Grenzen stößt. Die Debatte um die „Finalität“ Europas bekommt eine neue Aktualität; andere, abgestufte Formen der Integration und Kooperation müssen die Erweiterung ergänzen.

Die neue EU-Nachbarschaftsstrategie war Thema der mittlerweile 6. Außenpolitischen Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung, die vom 2.-3. Juni 2005 in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften stattfand. Anhand einer Reihe von Fragen versuchten Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Politik die europäischen Instrumente der politischen und finanziellen Zusammenarbeit zu sichten. Dabei ging es u.a. um mögliche Alternativen zu einer Vollmitgliedschaft: z.B. Beitritt zum Binnenmarkt oder zur Wirtschafts- und Währungsunion oder Teilhabe an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Diskutiert wurde

auch die Frage, was die Kriterien für eine differenzierte Nachbarschaftspolitik sein könnten. Wer kann auf eine Vollmitgliedschaft hoffen und wer nicht? Auch der Umgang der EU mit autoritären und korrupten Regimes in der Nachbarschaft, z.B. mit Belarus oder entsprechenden Staaten jenseits des Mittelmeers, war ein Thema.

Bei der Außen- und Sicherheitspolitik der EU stellt sich die Frage, ob die bestehenden regionalen und transatlantischen Sicherheitsarrangements ausreichend sind und inwieweit das Instrumentarium der GASP weiterentwickelt werden muss.

Sowohl die Nachbarn im Süden als auch im Osten gehören zu den wichtigsten Energieexporteuren in die EU. Eine strategische Energiepartnerschaft als Kernstück der EU-Nachbarschaftspolitik muss neben Fragen der Versorgungssicherheit auch Belange von Umwelt, Natur- und Klimaschutz berücksichtigen.

Unter den Referentinnen und Referenten, die die EU, ihre Nachbarschaftsländer sowie USA und Russland repräsentierten, waren Jossi Beilin, israelischer Minister a.D., Klaus Scharioth, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, und Oksana Antonenko, International Institute for Strategic Studies, London.

Mit dieser Veranstaltung knüpfte die Heinrich-Böll-Stiftung an ihre 2. Außenpolitische Jahrestagung im Jahr 2000 an, die sich mit den „Grenzen Europas“ beschäftigte, sowie an die Konferenz „Jenseits von Irak“, die im Mai 2004 Reformvorschläge für die Transformation des Nahen und Mittleren Ostens – darunter der Nachbarn der EU im Mittelmeerraum – diskutierte.

Die Außenpolitische Jahrestagung 2005 „Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union“ wurde auf CD ROM dokumentiert. Diese kann unter aussenpolitik@boell.de bestellt werden.

EU-Projekt „Nachbarschaften in Europa“

Die Folgen der EU-Erweiterung und die neue Europäische Nachbarschaftsstrategie standen auch im Zentrum des Projektes „Nachbarschaften in Europa: In neuen Grenzen mit gemeinsamen Perspektiven“. Auf über 23 Podiumsdiskussionen, Tagungen und

Kongressen konnten sich Bürgerinnen und Bürger aus Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien und der Slowakei über die Folgen der Erweiterung der Europäischen Union informieren, u.a. zu den Themen „Minderheitenpolitik in der EU der 25“, „Zur Situation der Sinti und Roma in den Visegrád-Staaten“, „Perspektiven demokratischer Entwicklungen in Weißrussland“ und „Kroatien und die EU: Zukunftsmodell für den Balkan?“

Das Projekt „Nachbarschaften in Europa“, das auf dem Stiftungsprojekt „Flüsse verbinden europäische Regionen“ aus dem Jahr 2004 aufbaut, wird aus Mitteln der Europäischen Kommission gefördert und ist Bestandteil des PRINCE-Informationsprogramms der europäischen Bürger "Erweiterung 2004". Getragen wird es von der Grünen Bildungswerkstatt Österreich, der Heinrich-Böll-Stiftung und den acht Landesstiftungen in Hessen, NRW, Thüringen, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Sachsen) sowie den Auslandsbüros der Stiftung in Warschau und Prag.

[Eine Online-Präsentation des Projektes „Nachbarschaften in Europa“ findet sich unter www.boell.de, auch die Dokumentation des Gesamtprojekts auf CD-ROM sowie Publikationen zu ausgewählten Themen sind über die Stiftung erhältlich.]

Die Ukraine nach der „orangenen“ Revolution

Kurz nach der so genannten „orangenen“ Revolution organisierte die Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem German Marshall Fund of the United States in Kiew eine Veranstaltung zur europäischen Perspektive der Ukraine. Im informellen Rahmen diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der EU, der NATO, westlicher Think Tanks und Stiftungen sowie der demokratischen politischen Kräfte in der Ukraine darüber, wie die mittelfristige europäische Perspektive der Ukraine aussehen könnte und welche Schritte kurzfristig dafür notwendig wären. Einigkeit bestand darüber, dass sich die Ukraine nach der orangenen Revolution stärker nach Westen orientieren wird und dass das Instrumentarium der Europäischen Nachbarschaftspolitik nur ein erstes Angebot zur Integration der Ukraine in die euroatlantischen Strukturen sein kann. Konsens gab es auch darüber, dass die inneren Reformen der Ukraine unter der neuen demokratischen Regierung Vorrang haben

und sich an deren Erfolg die „EU-Fähigkeit“ des Landes messen lassen muss.

Diese und eine frühere Veranstaltung aus dem Jahre 2004, noch vor dem ersten Durchgang der ukrainischen Präsidentschaftswahlen, sind in dem Buch *Ukraine after the Orange Revolution* dokumentiert. Das Buch kann unter www.boell.de/de/05_world/3391.html kostenfrei herunter geladen werden.

[Aktueller Buchtitel: Mykola Rjabtschuk, Die reale und die imaginierte Ukraine. Erschienen im Suhrkamp Verlag in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung, Frankfurt a.M. 2005, 176 Seiten, € 9,-]

Internationale Konferenz: Russland und Europa - Russland in Europa?

Die Auflösung des sowjetischen Imperiums und die Erweiterung der Europäischen Union haben die politische Landkarte in Europa radikal verändert. Heute besteht das politische Europa fast nur noch aus der EU, einigen weiteren Staaten, die erklärt haben, Mitglied der EU werden zu wollen, und eben Russland, von dem nicht klar ist, wie weit es sich als europäische Macht versteht. Wie kann dieses Verhältnis dauerhaft friedlich gestaltet werden? Geht es um Partnerschaft in einem „gemeinsamen europäischen Haus“ oder um eine spannungsreiche Neuauflage der „friedlichen Koexistenz“?

Einen Tag nach dem EU-Russland-Gipfel in Moskau analysierten Fachleute aus Deutschland, Polen, der Ukraine, Russland, den USA und Georgien auf einer internationalen Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin die Beziehungen Russlands zum Westen und der EU. 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und 15 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion ist das Verhältnis Russlands zum Westen und im besonderen zur Europäischen Union seltsam unbestimmt. Es schwanke, so die Analyse, zwischen Zusammenarbeit in vielen praktischen politischen Fragen und teils untergründigem, teils heftigem Dissens, wenn es um für die europäische Politik wichtige Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Freiheit gehe. Das brutale russische Vorgehen in Tschetschenien stoße in Europa zwar auf Kritik, bleibe aber folgenlos für die politischen Beziehungen. Auch das Unbehagen über die Einschränkung grundlegender

Freiheitsrechte in Russland (Wahlen, Antiterrorgesetz, Gesetz über Richterwahl, Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure, Kontrolle der Medien, Druck auf Nichtregierungsorganisationen) wachse. Die staatlich inszenierte Zerschlagung des Jukos-Konzerns und der Prozess gegen Michail Chodorkowskij schürten Irritationen über die mangelnde Rechtssicherheit und die ökonomische Rolle staatlicher Akteure in Russland. Umgekehrt würde in Russland das „Normative Imperium“ EU mit seinem Engagement für eine demokratische Entwicklung in der Ukraine von großen Teilen der politischen Elite als Bedrohung der eigenen Interessen empfunden. Es falle daher schwer, die widersprüchlichen Entwicklungen in Russland auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen: Handelt es sich um den mühsamen Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft unter schwierigen Bedingungen, oder sind wir Zeugen einer autoritären Rückwendung? Die auf der Konferenz angestoßene Diskussion wird im Jahr 2006 mit Veranstaltungen in Warschau und Moskau fortgesetzt.

Die Gegenwart der Vergangenheit - Zum 90. Jahrestag der Vertreibung und Vernichtung der Armenier

Geschichte ist ein Politikum: Mit Geschichte wird Politik gemacht, und die Interpretation der Geschichte hat eine weit reichende Bedeutung für das politische Selbstverständnis einer Gesellschaft. Für kaum einen geschichtspolitischen Konflikt gilt das heute so sehr wie für die Auseinandersetzung um die Vertreibung und Ausrottung eines Großteils der armenischen Bevölkerung im Osmanischen Reich im Schatten des Ersten Weltkriegs. In der Forschung ist heute weitgehend anerkannt, dass in den Jahren 1915 bis 1917 über eine Million Armenier in der Türkei bei der planmäßigen Vertreibung und Vernichtung durch nationaltürkische Kräfte ums Leben kamen. Die Heinrich-Böll-Stiftung nahm den 90. Jahrestag der Vertreibung der Armenier zum Anlass, um mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Politik über die armenische Tragödie und deren aktuelle politische Bedeutung zu diskutieren. Zum Auftakt der Tagung gab es Ralph Giordanos bahnbrechenden Film „Die armenische Frage existiert nicht mehr“. Der Filmtitel ist ein Zitat des damaligen Innenministers und Drahtziehers Talaat

Pascha, der nach dem Ersten Weltkrieg von einem osmanischen Sondergericht wegen seiner Rolle bei der „Ausrottung eines ganzen Volkes“, wie es in der Anklageschrift hieß, zum Tode verurteilt wurde. Er konnte mit Hilfe des deutschen Militärs nach Deutschland fliehen und wurde 1921 in Berlin von einem armenischen Studenten erschossen, dessen Familie in den „Säuberungen“ umgekommen war. Der Film vermittelt eine Ahnung von den Ausmaßen und der Brutalität dieser Ereignisse, die das Vorspiel für die folgenden „ethnischen Säuberungen“ und Genozide im Europa des 20. Jahrhunderts waren. Die anschließende Diskussion befasste sich vor allem mit dem aktuellen Bundestagsbeschluss zu diesem ersten „modernen Völkermord“ auf europäischem Boden. Bei der späteren Diskussion um den Stand der historischen Aufarbeitung in Armenien und in der Türkei ging es insbesondere um die Frage, wie groß die Diskrepanz hinsichtlich des Forschungsstandes in beiden Ländern noch immer ist. Was das türkisch-armenische Verhältnis heute angehe, so stelle sich u.a. die Frage nach den Aussichten auf eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden Staaten. In der türkischen Öffentlichkeit sei zwar in den letzten Jahren die Bereitschaft gewachsen, sich mit diesem Kapitel der Geschichte auseinanderzusetzen. Es werden Aufsätze und Bücher veröffentlicht, die sich der historischen Wahrheit annähern. Gleichzeitig verweigere sich jedoch die Türkei als Rechtsnachfolgerin des Osmanischen Reiches bis heute einer angemessenen Aufarbeitung. Wer in der Türkei die offiziellen Sprachregelungen durchbreche, müsse mit einer Anklage wegen Verunglimpfung der Republik rechnen, wie zuletzt Orhan Parmuk. Aber auch für Deutschland gebe es Anlass, sich einer Aufarbeitung zu stellen. Neuere Veröffentlichungen haben herausgearbeitet, dass die Deportation und Vernichtung der Armenier unter den Augen deutscher Offiziere stattgefunden hat, dass die politische und militärische Führung des Deutschen Reiches von Anfang an über die Verfolgung der Armenier informiert war und sie aus strategischem Kalkül gedeckt hat.

Seit dem Beginn der Verhandlungen um den Türkei-Beitritt zur EU hat die Debatte eine neue Aktualität erfahren. Mit der Tagung wollte die Heinrich-Böll-Stiftung einen kleinen Beitrag zur Versöhnung der Völker in einem gemeinsamen Europa leisten, da der Weg

dahin nur über die offene Aufarbeitung der Geschichte führt, die diese Völker heute noch trennt.

Die Entwicklung des ländlichen Raums in der Türkei

In der Türkei arbeiten heute rund ein Drittel der Beschäftigten in der Landwirtschaft, viele davon in Familienbetrieben ohne eigenes Einkommen. Die Arbeitsintensität im Agrarsektor ist hoch, die Betriebe sind überwiegend klein und weit verstreut. Landwirtschaftliche Institutionen sind nur unzureichend vorhanden. Im Zuge des EU-Beitrittsprozesses wird der Agrarsektor mit enormen Veränderungen konfrontiert sein. Die Türkei muss sich gut auf die erforderlichen Strukturreformen vorbereiten, nicht zuletzt um hohe soziale und wirtschaftliche Folgekosten zu vermeiden. Bisher löst die Unsicherheit hinsichtlich der Zukunft des landwirtschaftlichen Sektors bei der Bevölkerung große Ängste aus und die Skepsis gegenüber dem EU-Beitritt ist mit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen im Oktober 2005 eher gewachsen. Umgekehrt muss auch die Agrarpolitik der EU reformiert werden. Der Beitritt einiger neuer Mitgliedsstaaten mit einem hohen Anteil des primären Sektors am Bruttosozialprodukt war für die EU mit enormen Kosten verbunden. Gleichzeitig forderte die letzte Erweiterungsrunde, längst überfällige Reformen endlich anzugehen. Die Beitrittsperspektive der Türkei wird daher in der EU nicht nur als potentielle Belastung, sondern auch als Motor für weitere, dringend erforderliche Reformen der europäischen Landwirtschaftspolitik gewertet. Vor diesem Hintergrund organisierte das Landesbüro der Heinrich-Böll-Stiftung im November 2005 die Konferenz „Türkei - EU - Landwirtschaftspolitik“ in Istanbul. Die Teilnahme von rund 200 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie die Intensität der Debatte zeugten von einem starken Interesse an diesem Thema. Während der Konferenz wurde mit Blick auf die Erfahrungen in Polen deutlich, dass eine Agrarreform, um die Belange der Bevölkerung zu berücksichtigen, eine gut organisierte und informierte Zivilgesellschaft erfordert. Auch

könnten europäische Förderinstrumente nur dann genutzt werden, wenn sich lokale Initiativen mit eigenen Projekten herausbilden. Immer wieder wurde von den Teilnehmenden betont, dass die Türkei eigene Vorstellungen über die Zukunft einer kohärenten Landwirtschaftspolitik entwickeln und auch gegenüber der Europäischen Union einfordern müsse. Damit verbindet sich für manchen auch die Hoffnung, die Türkei könnte möglicherweise sogar eine Lokomotivfunktion übernehmen, wenn es um die Durchsetzung einer sinnvollen europäischen Landwirtschaftspolitik, basierend auf einem Konzept für ländliche Entwicklung, geht. Der gegenseitige Austausch von Informationen und Ansätzen ist hierfür unabdingbar, das Istanbuler Büro der Stiftung will dafür auch weiterhin ein Forum schaffen.

[Feminismus und Geschlechterdemokratie]

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Politik und Gesellschaft sind zentrale Anliegen der Heinrich-Böll-Stiftung. Über ihre Auslandbüros unterstützt sie weltweit frauenpolitische Netzwerke und Organisationen. Zudem berät sie Organisationen und Institutionen bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming und Geschlechterdemokratie. Geschlechterdemokratie ist bereits seit vielen Jahren ein zentrales Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung - schon bei der Planung von Projekten und Programmen wird die Geschlechterperspektive berücksichtigt.

Femme Globale - Geschlechterperspektiven im 21. Jahrhundert

Globale Geschlechtergerechtigkeit - ist das reine Utopie? Vor über einem Jahrzehnt wurde auf der UN-Frauenkonferenz in Peking ein umfassender Handlungskatalog für die internationalen Frauenrechte vorgelegt. Die Plattform von Peking galt als ein Meilenstein in der Geschichte der Frauenbewegung. Doch die Bilanz zehn Jahre nach Peking ist alles andere als zufrieden stellend. Politisch-religiöse Fundamentalismen und die Beschneidung von Frauenrechten lassen gar einen Rückschlag fürchten. Die Heinrich-Böll-Stiftung nahm dies zum Anlass, in Kooperation mit dem Zentrum für Transdisziplinäre Geschlechterstudien der Humboldt-Universität zu Berlin den internationalen Kongress "Femme Globale - Geschlechterperspektiven im 21. Jahrhundert" im September 2005 in Berlin zu veranstalten, um die neuen frauenpolitischen Themen und Herausforderungen zu diskutieren. Insgesamt nahmen rund 1.000 Frauen und Männer aus ca. 30 Ländern an den acht Plenarveranstaltungen und 36 Workshops teil.

Das Themenspektrum reichte von "Gender Mainstreaming" über „Fundamentalismen und Frauenrechte“ bis zu „Biopolitik“, die Reform der Vereinten Nationen oder die Zukunft der Wasserversorgung. Auch das Feministische Institut der Heinrich-Böll-Stiftung war mit zwei Workshops und einem Plenarvortrag am Kongress beteiligt, die sich mit einem der aktuellen Schwerpunkte des Instituts beschäftigten: die Friedens- und Sicherheitspolitik aus feministischer Perspektive sowie die Umsetzung der UN-Resolution 1325. (Diese Resolution regelt verbindlich, dass Frauen u.a. in UN-Missionen, bei Verhandlungen und Übereinkünften zur

Herstellung oder Sicherung von Frieden angemessen zu beteiligen sind.)

Bei der Auftaktdebatte zu Gender Mainstreaming waren sich die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer trotz großer Ernüchterung über die in den letzten zehn Jahren erzielten Fortschritte in der Frauenpolitik einig, dass es nicht um ein Entweder-Oder von Gender Mainstreaming gehe, sondern um eine strategisch orientierte Nutzung und Mischung institutioneller und gesellschaftspolitischer Prozesse.

Auf die größten Widerstände treffen Frauenrechtlerinnen nach wie vor in islamischen Ländern. Diese hatten auch schon in Peking angekündigt, verschiedene Forderungspunkte nicht umzusetzen. "In diesen Ländern", so Barbara Unmüßig von der Heinrich-Böll-Stiftung, "ist die Bearbeitung der Geschlechterfrage auf einem ganz anderen Niveau. Da geht es zunächst darum, überhaupt erst die politische Teilhabe von Frauen zu erstreiten."

Der Workshop zum Thema „Reproduktive Rechte - reproduktive Freiheit“ machte deutlich, wie unterschiedlich die Probleme schwarzer Frauen in Brasilien sind, die ihre reproduktive Freiheit durch Sterilisierungsprogramme beschränkt sehen, und die indischer Frauen, die gegen die vorgeburtliche Geschlechtsauswahl kämpfen.

Zahlreiche unabhängige Organisationen nutzten den Kongress, um Workshops und ein kulturelles Rahmenprogramm anzubieten, so z.B. die Straßentheatergruppe "Piquets" aus Berlin. Darüber hinaus zeigte die Organisation *Brot für die Welt* eine interaktive Ausstellung zu häuslicher Gewalt.

Mit diesem internationalen Kongress hat sich die Frauen- und Genderbewegung auf jeden Fall zurückgemeldet - auch wenn weiterhin viel zu tun bleibt.

[„Geschlechterpolitik und Geschlechtergerechtigkeit können unter den heutigen Bedingungen ökonomischer und kultureller Globalisierung nur noch transnational verstanden und analysiert werden“ Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung bei der Eröffnungsrede zum Kongress.]

[Ende Mai 2006 erscheint ein Positionspapier des Feministischen Instituts: „Frieden und Sicherheit für alle! Eine feministische Kritik der neuen Sicherheitspolitik“]

Gendersensible Haushalte und Politik im öffentlichen Sektor

In Zeiten knapper Kassen werden allerorts auch die Budgets für öffentliche Ausgaben gesenkt. Die Auswirkungen der Einsparungen auf Frauen und Männer können - direkt oder indirekt - sehr unterschiedlich sein. Um geschlechtsspezifische Nachteile auszuschließen, müssen politische Entscheidungen auf ihre Wirkungen für die Gleichstellung der Geschlechter hin überprüft werden. Seit Jahren beschäftigen sich weltweit bereits viele Initiativen und Einrichtungen mit der Analyse öffentlicher Haushalte unter Genderaspekten, in Deutschland ist das so genannte "Gender Budgeting" ein vergleichsweise junges Politikfeld. So hatte z.B. die rot-grüne Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung Gender Budgeting als Teil der Haushaltspolitik festgeschrieben und eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt. Für einen nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch zu Fragen des Gender Budgeting veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung vom 7.-8. April 2005 in Köln die Tagung "Geld Macht Politik". Es ging um das Veränderungspotential und die Erfolge von Gender Budgeting bzw. gendersensibler Politik in der öffentlichen Verwaltung und darum, Rahmenbedingungen zu identifizieren, die weitere Impulse für Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in Deutschland geben können. Es zeigte sich, dass gerade die Länder des Südens hier sehr fortschrittliche Ansätze verfolgen.

Ein Beispiel: die geschlechtergerechte Umstrukturierung der Stadtverwaltung von San Salvador. Das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Mexiko startete zusammen mit der Stadtregierung von San Salvador dieses Pilotprojekt im Jahr 2002. Anfangs war nur geplant, den Frauenanteil in der Verwaltung drastisch zu erhöhen. Inzwischen werden Genderkriterien aber sogar in die Ausschreibungen und Arbeitsplatzbeschreibungen der Stadtverwaltung aufgenommen und individuelle Haltungen und Ansprüche der Beschäftigten offen diskutiert. Auch eine Normierung zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz wurde eingeführt, und - der wohl wichtigste Aspekt - die Stadtregierung ist inzwischen davon überzeugt, dass eine geschlechtersensible Politik nicht nur den Frauen, sondern

auch der Stadtverwaltung selbst zugute kommt. Mittlerweile ist in vier Jahren der Frauenanteil in leitenden Positionen von 12 auf 48 % gestiegen. Auch der Frauenanteil in den so genannten klassischen Männerberufen (z.B. Städtisches Sicherheitskorps, Bau und Dienstleistungen) hat sich um 25 bis 35 % erhöht. Geschlechterspezifische Aspekte sind nunmehr in 90 %(!) der operativen Planungsunterlagen der Stadtregierung zu finden. Für Julia Evelyn Martínez, Genderbeauftragte des United Nations Development Program (UNDP) ist das Projekt „schlicht das, was wir im UN-Jargon 'best practice' nennen“. Sie bot ihre Unterstützung zur nationalen und internationalen Verbreitung des Projektansatzes an.

Nicht nur die UN-Vertreterin ist vom Erfolg der Maßnahme überzeugt, inzwischen arbeiten auch viele Organisationen wie z.B. das Verbraucherschutzzentrum in El Salvador, die renommierte Menschenrechtsorganisation Centro PRO Derechos Humanos Augustín Juárez in Mexiko oder kubanische NGOs nach dem von der Heinrich-Böll-Stiftung entwickelten partizipativen Ansatz der Organisationsentwicklung aus geschlechterdemokratischer Perspektive.

Die Arbeit des Feministischen Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung

Das Feministische Institut (FI) versteht sich als Brücke zwischen feministischer Theorie und Praxis. Es greift Alltagserfahrungen von Frauen und feministische Erkenntnisse auf, stellt sie öffentlich zur Diskussion und fördert den Austausch zwischen feministischer Forschung und praktischer Politik. Eine der größeren Veranstaltungen im Jahr 2005 war die „Werkstatt zur Zukunft feministischer Politiken im 21. Jahrhundert“ im Februar. Über 40 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik diskutierten u.a. über Gesellschaftsentwürfe, Männerpolitiken, geschlechtsbezogene Arbeitsteilungen und neue Geschlechterverträge. Der 20. Green Ladies Lunch im Juni vertiefte die Fragestellungen und Ergebnisse mit Anregungen von Prof. Tina Thürmer-Rohr (Berlin), Prof. Fatou Sow (Senegal), Dr. Nada Sofronic (Bosnien-Herzegowina) und Jutta Sommerbauer (Österreich). Es sei angesichts der „globalisierten Welt“ wichtig – so der Tenor –, das Trennende anzuerkennen und die besonderen

regionalen Fragestellungen und Handlungskonzepte zu akzeptieren. Im Vergleich könne man voneinander lernen und allgemeingültige Bedrohungen und Herausforderungen identifizieren und den gemeinsamen Aktionsspielraum neu vermessen. Zentrale Anknüpfungspunkte müssten aber die ökonomischen Bedingungen und die daraus abgeleiteten Fragen von Teilhabe- und Verteilungsgerechtigkeit sein.

Auf zwei weiteren Ladies Lunchs ging es um „Prostitution in Europa - Nationale Gesetze und europapolitische Perspektiven“ und „Grüne in der Opposition - Was heißt das für die Frauenpolitik? - Ein Blick zurück nach vorn“.

Das Feministische Institut (FI) setzte auch die Arbeit am Schwerpunktthema „Friedens-, Sicherheitspolitik und zivile Konfliktprävention aus feministischer Perspektive“ fort. Gemeinsam mit der ehrenamtlichen interdisziplinären Arbeitsgruppe „Gender in der Friedens- und Sicherheitspolitik“ führte das FI Fachgespräche zu den geschlechterpolitischen Erfordernissen der UN-Reform und der Europäischen Sicherheitsstrategie durch. Die umfangreichen Diskussionsprozesse fanden ihren Niederschlag in dem gemeinsam erarbeiteten Positionspapier „Sicherheit für alle! Eine feministische Kritik der neuen Sicherheitspolitik“, das auf der Konferenz „Femme Globale“ im September 2005 vorgestellt wurde.

Das FI und der Frauensicherheitsrat (FSR) luden im Herbst 2005 in Kooperation mit dem NRO-Frauenforum zum „Ersten Europäischen Vernetzungstreffen zur Umsetzung der UN-Resolution 1325“ ein, das vom Bundesministerium für Frauen gefördert wurde. Der Zusammenschluss von über 30 Frauen in einem europäischen Netzwerk zielt auf eine Zusammenarbeit zur Entwicklung von Konzepten für eine gendersensible europäische Sicherheitspolitik.

GLOW, das zweisprachige Internetportal des Feministischen Instituts, hat sich als virtueller Ort der Kommunikation, Vernetzung und Informationsbeschaffung für Feministinnen und geschlechterpolitisch Interessierte etabliert. Es dokumentiert umfassend die Arbeit des Institut und bietet aktuelle Veranstaltungshinweise sowie einen Rückblick auf bereits Vergangenes.

[www.glow-boell.de]

Interaktiv lernen in Palästina - Online-Kurs „Gender Democracy“

In den palästinensischen Gebieten, wo aufgrund der Reisebeschränkungen durch die israelische Besatzungsmacht der regelmäßige Besuch einer Universität oft schwierig ist, sind interaktive Online-Kurse ein populäres Medium. Das Büro Ramallah der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte im Jahr 2005 das Institute for Development Studies (Institut für Entwicklungsstudien) in Gaza bei der Konzeption zweier Online-Kurse im Rahmen eines Postgraduierten-Studienganges der Mediterranean Virtual University (MVU). Während es beim ersten Kurs um das Thema „Entwicklung und Nachhaltigkeit“ geht, widmet sich der zweite - zum ersten Mal in dieser Form und in arabischer Sprache - dem Thema „Gender und Entwicklung in der komplexen politischen Realität Palästinas“. Aus sozial- und politikwissenschaftlicher Sicht können die Studierenden, aber auch interessierte Laien aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, analytische und konzeptionelle Fähigkeiten entwickeln, um sich mit geschlechterdemokratischen Ansätzen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auseinandersetzen zu können - und letztlich diese Ansätze auch anzuwenden. Zur Zeit läuft eine viermonatige Erprobungsphase, die der kritischen Prüfung und eventuellen Veränderung des Lehrangebots dienen soll. Danach können die Studierenden bei erfolgreicher Absolvierung des Kurses auch die begehrten „Credits“ erwerben.

Die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat sich seit vielen Jahren dem politischen Ziel der „Geschlechterdemokratie“ verschrieben. Als „Gemeinschaftsaufgabe“ ist sie Teil des Organisationsleitbildes der Stiftung und damit Aufgabe aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Demokratie wird hier in einem erweiterten Sinne verstanden und bedeutet das Eintreten für und die Anerkennung von gleichen Rechten und Chancen für

alle Menschen, gleich welchen Geschlechts und gleich welcher sexuellen Orientierung. Im Vordergrund stehen die gerechte Verteilung der politischen Partizipationschancen zwischen allen Geschlechtern sowie der gleiche Zugang zu und geschlechtergerechte Verteilung von gesellschaftlichen Ressourcen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden bei der Umsetzung der Gemeinschaftsaufgabe durch Gender-Training, gezielte Gender-Beratung sowie gender-orientierte Projektplanung unterstützt. Das Trainings- und Beratungsteam der Stiftung bietet auch extern seine Dienste an.

Im August 2005 z.B. endete die in Kooperation mit den Länderstiftungen durchgeführte 5. Weiterbildungsreihe „Gender-Kompetenz durch Gender-Training und Gender-Beratung“ in Mecklenburg-Vorpommern. Die Teilnehmenden lernten in insgesamt 17 arbeitsintensiven Tagen die Methoden und Instrumente von Gender-Training und Gender-Beratung kennen. Anfang 2007 wird die Weiterbildungsreihe in einer modifizierten Form wieder angeboten. Diesmal mit dem Blick auf Gender Mainstreaming in der beruflichen Praxis, abgestimmt auf die jeweiligen Berufe und Themen der Teilnehmenden.

In der Beratung und Begleitung von anderen Organisationen bei der Einführung von Gender Mainstreaming konzentriert sich die Stiftung zunehmend auf die Konzeption und Durchführung von sogenannten „Inhouse-Qualifizierungsmaßnahmen“ für Führungskräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Hier hat die Stiftung bereits im Rahmen der Weiterbildungsreihe „Gender-Kompetenz durch Gender-Training und Gender-Beratung“ viel Know-how entwickeln und Erfahrungen sammeln können. Im Jahr 2005 führte sie z.B. ein Qualifizierungsprojekt mit einer großen Krankenkasse durch. In einer berufsbegleitenden Schulung lernten Lehrkräfte, gender-orientiert in ihrem Fachgebiet zu unterrichten und Gender-Projekte qualifiziert zu beraten.

Seit Oktober 2005 begleitet die Stabsstelle Geschlechterdemokratie zudem ein Projekt zur Umsetzung von Gender Mainstreaming an der Universität Bremen. Zum Thema „Vereinbarkeit von Arbeit und Kind(ern) bei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“ werden in drei Pilotbereichen durch Workshops sowie Gruppen- und Einzelgespräche Probleme identifiziert und Lösungsvorschläge erarbeitet. Die Universität Bremen sieht in der

„Vereinbarkeit“ eine wichtige Voraussetzung für die Förderung und Gewinnung von exzellentem wissenschaftlichen Nachwuchs und damit eine Möglichkeit, die Position der Universität im Wettbewerb als Forschungsuniversität zu stärken.

[Mehr Qualität durch Gender-Kompetenz

Ein Wegweiser für Training und Beratung im Gender Mainstreaming

Von Angelika Blickhäuser und Henning von Barga. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung im Ulrike Helmer Verlag
Königstein/Ts. 2006, 200 Seiten, € 15,00]

[Gender-Mainstreaming-Praxis

Arbeitshilfen zur Anwendung der Analysekategorie „Gender“ in Gender-Mainstreaming-Prozessen

Von Angelika Blickhäuser und Henning von Barga
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2005, 80 Seiten
Schriften zur Geschlechterdemokratie Nr. 12]

Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse

Fachtagungen der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Netzwerk Forum Männer beleuchten seit vielen Jahren geschlechterpolitisch relevante Themen aus einem männerspezifischen Blickwinkel. Oft sind es „Tabu“-Themen, die später im politischen Raum aufgegriffen werden. Die Stiftung ist mit diesem Angebot eine der ganz wenigen Anlaufstellen für Männer, die sich für Geschlechterdemokratie engagieren wollen. Im Mai 2005 widmete sich die Stiftung mit der Tagung „Geschlecht oder gesund? Männer und Gesundheit“ einem Thema, das im Gegensatz zu anderen Ländern bei uns erst langsam zum Gegenstand der Forschung wird. Dabei ging es nicht nur um medizinische Unterschiede zwischen Männern und Frauen, um so genannte „Männerkrankheiten“ oder „Frauenkrankheiten“, denn oft genug erschöpfen sich die Diskussionen auf einige medizinische Fakten und die Annahme, Männer gingen seltener zum Arzt. Die Tagung hinterfragte Gemeinplätze und thematisierte die derzeitige Forschung zum

Gesundheitsverhalten von Männern. Die zentrale Frage lautete, welche Angebote das Gesundheitssystem für Männer bereit hält und wie sie sich dort aufgehoben fühlen. Der Diplom-Psychologe Matthias Weikert hob hervor, dass viele Männer sich irrtümlich für gesundheitlich hielten, weil sie sich eine körperliche Stärke und Widerstandskraft zuschrieben, die sie vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen schütze. Doch eigentlich seien sie das schwache Geschlecht, fand der Mediziner Professor Dr. Günther Jacobi, denn: sie sind häufiger krank, arbeitsunfähig und suchtgefährdet. Außerdem ernährten sie sich schlechter. Eine Bewusstseinsänderung stehe erst am Anfang, so die einhellige Meinung. Positive Beispiele zeigten, dass es (meist in anderen Ländern) bereits eine Praxis der Männergesundheitsförderung gibt, die Nachahmung und Ausbau verdient.

Leider wird die Bedeutung von Migration und Männlichkeiten in öffentlichen Debatten bislang kaum wahrgenommen, höchstens im Rahmen negativer Medienberichte über Ehrenmorde, Jugendkriminalität oder Parallelgesellschaften. Die Tagung „Migration und Männlichkeiten“ im Dezember 2005 hatte sich zur Aufgabe gestellt, die Migration einmal mit der Geschlechterfrage zu verbinden. Ümit Gürkan Buyurucu beschrieb die türkische patriarchale Gesellschaft als ein System, in der der Mann die Zukunft der Gesellschaft darstelle. Mit seinen Privilegien sei er der Herr des Systems, mit seiner Kühnheit und Tapferkeit gar die Ehre der Familie.

Margret Spohn von der Münchner Stelle für interkulturelle Zusammenarbeit beschrieb den Zwiespalt, in den viele Männer gerieten: Mit der Migration nach Deutschland sähen sich die Männer mit den hier geltenden Werten und Normen konfrontiert, gleichzeitig wirkten aber auch noch die Werte und Normen aus der Türkei. Die Migration führe bei ihnen auf die Dauer zu einer nicht weiter reflektierten Anpassung der eigenen Verhaltensweisen an das Umfeld und die Ansprüche der Kinder. Die Dokumentation der Tagung erscheint Anfang Juni 2006.

[**Männer und Arbeit.** Dokumentation einer Fachtagung des Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse und der Heinrich-Böll-Stiftung am 12./13. November 2004. Berlin 2005, 82 Seiten. Schriften zur Geschlechterdemokratie Nr. 11]

[Wissenspolitik]

Die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung zur Wissenspolitik orientiert sich am aktuellen Wandel der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Wissen, insbesondere wissenschaftliches Wissen, wird zur Schlüsselressource für ökonomischen Erfolg, Bildung zur Bedingung für die Teilhabe am sozialen Leben. Mit zunehmender Brisanz stellt sich auch die Frage nach den Grenzen des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts, insbesondere die Frage nach den Möglichkeiten der Kontrolle bzw. Regulierung der Biotechnologien.

Der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft II

Im November 2005 ging nach vier Jahren intensiver Verhandlungen der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) in Tunis zu Ende. Der erste Teil des Gipfels hatte bereits im Dezember 2003 in Genf stattgefunden. Die Heinrich-Böll-Stiftung hatte sich von Anfang an mit ihren Partnerorganisationen aus arabischen und afrikanischen Ländern wie auch aus Deutschland an diesem mehrjährigen Prozess beteiligt. Die besondere Faszination des WSIS lag zum einen im Gegenstand der Verhandlungen: den Normen, Werten und Prinzipien des Informationszeitalters; zum anderen in der Neuartigkeit und Kreativität des Verhandlungsprozesses. Erstmals waren offiziell auch nicht-staatliche Akteure aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft eingebunden. Tatsächlich war der WSIS ein Experimentierfeld für neue Politikkonzepte, ein Bazar für neue Ideen und kreative Projekte: Am Rand der Gipfelkonferenzen fanden unzählige Seminare, Vorträge und Präsentationen wissenschaftlicher, kommerzieller und zivilgesellschaftlicher Projekte und Anwendungen statt.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hatte schon in der ersten Phase des WSIS mit der *Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft* (übersetzt in 4 Sprachen) eine Grundlage für die Auseinandersetzung mit den Gipfelthemen geschaffen. In der zweiten Phase unterstützte sie Projektpartner durch Vernetzung und Qualifizierung. In Ramallah und Beirut initiierten die Stiftungsbüros z.B. in enger Kooperation mit dem Arab NGO Network for Development (ANND) und *Sisterhood is*

Global (SIGI/Jordan) den „Arab Caucus“, einen Zusammenschluss von 39 Nichtregierungsorganisationen aus der Region Naher und Mittlerer Osten und Nordafrika (MENA). Der Arab Caucus wurde aufgrund der Ereignisse auf dem Tunis-Gipfel besonders herausgefordert. Massive Polizeieinsätze und politische Zensur durch das tunesische Regime hatten die Arbeit der internationalen Zivilgesellschaft erheblich behindert. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung und ihre Partnerorganisationen wurden Opfer und Zeugen der Repressionen, indem ihre Veranstaltung (außerhalb des Gipfelgeländes) massiv durch Polizeikräfte beeinträchtigt wurde. Der erste Workshop der Stiftung, der sich mit Zensur, rechtlichen Einschränkungen der Meinungsfreiheit und der Privatsphäre im arabischen Raum befassen sollte, musste aus Protest abgesagt werden, weil Referenten an der Teilnahme gehindert wurden. Ein zweiter Workshop stellte der internationalen Öffentlichkeit mehrere Projekte vor, in denen Informations- und Kommunikationstechnologien erheblich zur Verbesserung der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen beigetragen haben. Interessante Diskussionen fanden auch auf den beiden international besetzten Panels der Veranstaltung „Towards a sustainable and inclusive Knowledge Society - How to get there from WSIS?“ statt, auf der die neue Publikation *Visions in Process II - The World Summit on the Information Society* der Heinrich-Böll-Stiftung vorgestellt wurde.

[„Es ist unabdingbar, allen Menschen den Zugang zu alten und neuen Medien zu ermöglichen. Öffentliche Orte und die Vermittlung von Medienkompetenz tragen dazu bei, dass alle Menschen in die Lage versetzt werden, sich in der Vielfalt medialer Angebote zu orientieren, ihre Inhalte zu bewerten, eigene Inhalte zu produzieren und für die persönliche Lebensführung sinnvoll zu nutzen.“ Aus der Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft]

[Visions in Process II

World Summit on the Information Society Geneva 2003 - Tunis 2005. Heinrich Böll Foundation (ed.) Berlin 2005, 128 pages

Ausführliche Informationen zum WSIS: www.worldsummit2005.org]

Das Programm „Wissenspolitik“ der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Einsicht in die strategische Bedeutung und die Tragweite der Auseinandersetzungen um Patente und Urheberrechte verbindet mittlerweile Protest- und Basisbewegungen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie wirtschaftliche Interessenverbände im weltweiten Kampf gegen die Privatisierung- und Kommerzialisierung öffentlicher Güter. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung hat ein Programm entwickelt, das sich in enger Zusammenarbeit mit den Büros in Moskau, Johannesburg, Mexiko, Rio und, ab 2006, auch Peking und Neu Delhi mit globaler Wissenspolitik beschäftigt. Denn derzeit werden die Weichen für die zukünftige Entwicklung gestellt. Dazu gehören auch weltweite menschenrechtliche und bioethische Standards, die selbst von global agierenden Unternehmen eingefordert werden.

Das Stiftungsbüro in Mexiko zum Beispiel veröffentlichte 2005 mit „Un Mundo Patentado?“ (Eine Patentierte Welt?) einen Sammelband zum Thema Patente. Die Konzeption des Buches geht zurück auf eine Konferenz im Oktober 2005 in Mexiko, mit der das internationale Programm Wissenspolitik außerhalb Europas gestartet wurde. Die 17 Autorinnen und Autoren - darunter der alternative Nobelpreisträger Pat Mooney, James Boyle, einer der führenden Theoretiker der Debatte über die *Commons* und Mitgründer der *Creative Commons*, oder Richard Stallman, „Vater“ der Freien Software-Bewegung - begaben sich auf die Suche nach einem gemeinsamen strategischen Nenner für die gesellschaftlichen Debatten um Gentechnik in Landwirtschaft und Humanmedizin sowie den Zugang zu Wissen und Informationen. Sie verwiesen unter anderem auf die Notwendigkeit der Verteidigung der *Commons*, der Gemeingüter, und des öffentlichen Zugangs zu Ressourcen und Wissensallmenden. Das Buch leitete in Lateinamerika eine öffentliche Debatte ein, die - gerade wegen ihrer globalen Dimension - vor allem eines zeigte: wie wichtig es ist, verschiedene soziale Bewegungen und relativ isolierte Fachdebatten zusammenzuführen.

„Eine Patentierte Welt“ wurde bislang in 15 Städten Lateinamerikas vorgestellt. Die Heinrich-Böll-Stiftung fand dabei Unterstützung durch zahlreichen Organisationen und Netzwerke aus El Salvador, Nicaragua, Costa Rica, Mexiko, Uruguay, Argentinien, Venezuela, der Dominikanischen Republik und Kuba.

Die erste Auflage war bald vergriffen. Inzwischen liegt die Gesamtauflage bei 4500 Exemplaren. Aber das Buch ist auch im Internet als Download zu haben. Mittlerweile hat das Büro Johannesburg mit „A Patented World?“ auch eine englische Version des Buches produziert, die um einige Beiträge mit spezifischem Bezug zu Afrika ergänzt wurde. Damit kann das Programm Wissenspolitik sich nun auch an der gerade entstehenden Debatte über die *Africa Commons* und vielleicht auch über die *Asia Commons* beteiligen.

Die spanische Ausgabe zirkuliert inzwischen frei im Netz. Dies entspricht genau dem Geist der Fachdebatte, die vor über einem Jahr begann und von der Stiftung weiter gefördert wird: "Las ideas crecen compartiéndolas y no patentándolas - Patente lassen Ideen nicht wachsen, freier Austausch schon."

[Un Mundo Patentado? La Privacion de la Vida y del Conocimiento, 236p., El Salvador 2005]

"Das Buch zu lesen heißt, in einen erhellenden, informativen, bildenden, ermutigenden - wenn auch manchmal entmutigenden - doch in jedem Fall inspirierenden Prozess einzutreten. Es steckt voller diskutierenswerter Thesen ... und es ist irgendwie erdrückend ... denn es beschreibt uns exakt, dass die Analyse dieser Prozesse keine abstrakte akademische Übung ist. Die Autorinnen und Autoren vertreten vielmehr die These, dass es um eine Frage der Souveränität des Lebens geht. Wenn wir diese Fragen nicht aufgreifen, werden wir uns allmählich aber unvermeidlich unserer kollektiven und individuellen Rechte beraubt sehen, wenn wir sie hingegen aufgreifen, gibt es eine Chance zu lernen, wie wir die Entscheidungshoheit über jeden einzelnen unserer alltäglichen Lebensbereiche gewinnen."

Ernesto Sutter, Leiter des Masterstudiengangs für Öffentliche Gesundheit an der Zentralamerikanischen Universität in El Salvador zum Buch

Fachtagung: Patented New World? - Geistiges Eigentum versus Entwicklung und Menschenrechte im Nord-Süd-Konflikt

Mit der Privatisierung öffentlichen Wissens und den Folgen für die Beziehungen zwischen den Ländern des Nordens und des Südens setzte sich auch die internationale Fachtagung der Heinrich-Böll-Stiftung und des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL) Anfang Juni 2005 auseinander. Wer verfolgt in den vielfältigen internationalen bilateralen und multilateralen Verhandlungen zum Thema „Geistiges Eigentum“ welche Interessen? Inwieweit kollidieren „Geistige Eigentumsrechte“ mit dem Schutz der Menschenrechte? Das gegenwärtige System sieht vor, Forschung und Innovation mittels Patenten zu refinanzieren und damit u.a. zu neuen Medikamenten zu kommen. Im Verlauf der Fachtagung blieben jedoch erhebliche Zweifel, inwiefern durch Patente der eigentliche Zweck von Forschung und Entwicklung – nämlich die Steigerung der allgemeinen Wohlfahrt – zu erreichen ist. Dass akuter Handlungs- und Reformbedarf besteht, blieb am Ende unbestritten.

SCHULE UND HOCHSCHULE: DEMOKRATIE LERNEN DURCH HANDELN – EINE VERANSTALTUNG ÜBER UND MIT JUGENDBETEILIGUNG

In den letzten Jahren ist viel von Staats- und Parteienverdrossenheit die Rede. Besonders Jugendlichen wird ein Desinteresse am Staat und seinen demokratischen Institutionen unterstellt. Über die Frage, wie Demokratie denn gelernt werden kann, wird hingegen kaum diskutiert. Das 10. Gespräch über Bildung der Heinrich-Böll-Stiftung im November 2005 wollte dem abhelfen. Es ging der Frage nach, wie Kinder und Jugendliche zu Partizipation ermutigt werden können. Denn – das zeigten die Beiträge der Konferenz deutlich – das bloße Erlernen der demokratischen Institutionen hilft ebenso wenig weiter wie die Simulation demokratischer Verfahren. Nur wenn Schule den Raum dafür bietet, im Kleinen real zu erfahren, was im Großen das Leben bestimmt, können Kinder und Jugendliche einen Bezug zu Demokratie entwickeln.

Die Bildungsforscher Wolfgang Edelstein und Gerd de Haan stellten das Programm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung „Demokratie lernen und

leben" vor, das sich als Antwort auf die Entwicklung rechter Strukturen in Deutschland versteht. Anders als es die öffentliche Meinung vermuten lässt, seien Kinder und Jugendliche keine „Egotaktiker“, sondern durchaus interessiert an ihrem gesellschaftlichen Umfeld. Sie engagierten sich, sofern sie es als sinnstiftend erfahren.

Wie so ein Engagement aussehen kann, zeigten die Ergebnisse eines Projektes dreier Berliner Schulen, bei dem es um konsensuale Ideenentwicklung und Konfliktlösung ging. Stolz und selbstsicher präsentierten die Schülerinnen und Schüler ihre Projekte. Sie hatten gelernt, ihre Meinungen und Wünsche vor den Lehrkräften zu vertreten. Sie schufen sich u.a. ein Traumhaus, schrieben oder inszenierten ein Theaterstück und gaben sich selbst verbindliche Umgangsregeln. Deutlich zeigten sie: Die grundlegende Motivation für ihre Beteiligung war neben dem Spaß die Erfahrung, ernst genommen zu werden und mitgestalten zu können. Das zeigte sich auch bei der Präsentation kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte.

So war die Leitfrage des abschließenden Podiums „Kann man Demokratie lernen?“ nur noch rein rhetorischer Natur. Abschließend ging es noch um die Frage nach günstigen Rahmenbedingungen. Dabei bestand Konsens darin, dass Demokratiepädagogik an der Alltagskultur und Lebenswelt der Jugendlichen ansetzen müsse, um erfolgreich zu sein. Jugendliche müssten demokratische Verfahren erleben können, dafür seien entsprechende Angebote von Verbänden und Vereinen eine gute Möglichkeit.

[Die Konferenz ist auf www.boell.de/de/04_thema/3811.html ausführlich dokumentiert]

Studien- und Hochschulfinanzierung in der Wissensgesellschaft

Als im Januar 2005 die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts den Weg für die Einführung von Studiengebühren freimachte, gewann die Debatte um die Finanzierung von Studium und Hochschule an Schwung. Die Heinrich-Böll-Stiftung war gut präpariert, hatte sie doch bereits 2004 ihr Konzept für die „Studien- und

Hochschulfinanzierung in der Wissensgesellschaft" der Öffentlichkeit vorgestellt. Unmittelbar nach der Gerichtsentscheidung lud die Heinrich-Böll-Stiftung zu einer Diskussionsveranstaltung in die Humboldt-Universität ein. Der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister Jürgen Zöllner, die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Krista Sager, und Reinhard Bütikofer, der Parteichef der Grünen, diskutierten darüber, wie unter den neuen Bedingungen ein fairer Wettbewerb zwischen den Hochschulen und den Bundesländern ermöglicht werden kann, ohne die Mobilität der Studierenden zu gefährden. Zöllner plädierte für ein Studienkontenmodell und einen Vorteilsausgleich zwischen den Ländern. Auch Sager und Bütikofer setzten auf Studienkonten und Gutscheine, so wie es auch das Konzept der Heinrich-Böll-Stiftung vorsieht. Danach werden Steuermittel nicht mehr den Hochschulen anvertraut, sondern den Studierenden, die sie in Form von Gutscheinen an die Hochschulen bringen. Der Vorteil beider Vorschläge: sie kommen ohne Studiengebühren aus, halten am Prinzip der staatlich finanzierten Hochschulen und am privat finanzierten Lebensunterhalt fest und setzen auf marktähnliche Anreize, deren Steuerungswirkung auch von den Befürwortern von Studiengebühren sehr hoch erachtet wird. Darüber hinaus liegt der Vorteil des Gutscheinmodells darin, dass es für die Länder einen Anreiz schafft, Studienplätze aus- statt wie heute üblich abzubauen. Denn diejenigen Länder, an deren Hochschulen Studienplätze über den eigenen Bedarf hinaus angeboten werden, erhalten dafür von jenen einen Ausgleich, die Studienplätze abbauen und ihre Abiturienten in andere Bundesländer „exportieren“. Damit lohnt es sich für die Länder wieder, Studienplätze auszubauen.

In den Wochen nach dem Urteil des Verfassungsgerichts zeigte sich, dass sich die Einführung von Gebühren schwieriger gestaltet, als in vielen Ländern gedacht. Problematisch wird insbesondere die Finanzierung des Lebensunterhalts. Die Stiftung widmete diesem Thema eine Beilage in der *tageszeitung*: „Lohnt sich studieren noch?“ Die Autoren kamen zu dem Schluss: ja, es lohnt sich - individuell und für die Gesellschaft. Denn Fundamente für den künftigen Wohlstand würden im Bildungssystem gelegt. Bildung sei zugleich der Schlüssel für soziale Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Der Zugang zu den Hochschulen sollte daher möglichst weit offen stehen.

Einen weiteren Impuls erhielt die Debatte um die Studienfinanzierung durch Angebote der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und von Privatbanken, Studierenden zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts Kredite zu gewähren – und zwar ohne Risikoprüfung und zu vergleichsweise günstigen Konditionen. Diese Kredite entzündeten eine Diskussion über Verschuldungsrisiken und ihre abschreckende Wirkung auf Studierwillige. Sie eröffnete aber auch die Perspektive einer elternunabhängigen Finanzierung für Studierende. Denn wenn allen Studierenden die Finanzierung durch Kredite offen stünde, so könnte das langfristig dazu führen, die Unterhaltspflicht ihrer Eltern abzulösen. In eine ähnliche Richtung weisen auch die Überlegungen der Heinrich-Böll-Stiftung: Studierende sollen als Erwachsene ernst genommen und nicht – wie auch beim BAföG – in Abhängigkeit vom Einkommen ihrer Eltern alimentiert werden. Für die Zukunft stellt sich die Stiftung die Aufgabe, Finanzierungsmodelle für Bildung und Weiterbildung zu entwickeln, die allen offen stehen – nicht nur Studierenden.

[**Studien- und Hochschulfinanzierung in der Wissensgesellschaft.** Von Herbert Hönigsberger und Bernd Kuckert. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2004, 64 Seiten. Download unter www.boell.de/de/04_thema/2432.html]

Die Artikel der taz-Beilage „Lohnt sich studieren noch?“ finden sich unter www.boell.de/de/04_thema/3666.html]

[Nachwuchsförderung]

STUDIENWERK

Die Heinrich-Böll-Stiftung fördert Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen und Nationalitäten, die hervorragende wissenschaftliche Leistungen erbringen, Verantwortung übernehmen und sich gesellschaftspolitisch engagieren. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat 2005 ein Leitbild zur Nachwuchsförderung entwickelt und das Auswahlverfahren entsprechend angepasst. Neu eingeführt wurden Einzelgespräche und Gruppendiskussionen mit den Bewerberinnen und Bewerbern. Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung bietet neben der materiellen Förderung seinen Stipendiatinnen und Stipendiaten vor allem ideelle Unterstützung, Begleitung sowie Vernetzungsmöglichkeiten. Es fördert ihre gesellschaftspolitische Auseinandersetzung ebenso wie ihre wissenschaftliche Qualifizierung und unterstützt sie bei der Vorbereitung auf den späteren Beruf. Ziel der Förderung ist neben der wissenschaftlichen Qualifizierung vor allem zukünftige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu gewinnen, die sich aktiv für Demokratie, Ökologie, Solidarität und Gewaltfreiheit einsetzen und Verantwortung übernehmen. Die Stiftung ermuntert ihre Stipendiatinnen und Stipendiaten, sich auch nach Beendigung ihrer Förderung in Wissenschaft, Politik, Medien, Wirtschaft und Gesellschaft entsprechend zu engagieren.

Förderschwerpunkte 2005 und Finanzierung

Im Jahr 2005 konnten insgesamt 616 Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden. 474 Stipendien wurden aus den Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, 139 aus den Mitteln des Auswärtigen Amtes (Internationales Programm) und 3 aus Drittmitteln (Britta-Lohan-Gedächtnisstiftung und Geschwister-Weck-Stiftung) finanziert. Die Dauer der Förderung variiert im Regelfall zwischen 1 ½ und 3 Jahren. Neben den Förderschwerpunkten in den Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Kunst- und Kulturwissenschaften baut die Stiftung ihre Förderung in bisher unterrepräsentierten Fachdisziplinen wie Wirtschafts-, Rechts-, Technik-, Medien- und Naturwissenschaften weiter aus. Besondere Zielgruppen der Förderung sind Frauen und Männer mit

Migrationshintergrund. Das Studienwerk fördert zudem auch ausländische Studierende und Graduierte aus aller Welt, die in Deutschland ihr Studium aufgenommen haben oder promovieren wollen; der regionale Schwerpunkt ist Osteuropa. In Russland führt das Studienwerk gemeinsam mit dem Moskauer Büro und russischen Partnerorganisationen ein Surplace-Stipendienprogramm zur Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor Ort durch.

Fächerverteilung

	Prozent
1 Kunst, Kunstwissenschaften	9
Sprach- und	
2 Kulturwissenschaften	20
3 Rechtswissenschaften	8
4 Wirtschaftswissenschaften	2
5 Sozialwissenschaften	39
Mathematik,	
6 Naturwissenschaften	7
7 Medizin	4
Agrar-, Forst- und	
8 Ernährungswissenschaften	3
9 Ingenieurwissenschaften	8

Ideelle Förderung

Im Rahmen der ideellen Förderung bietet das Studienwerk seinen Stipendiatinnen und Stipendiaten ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm. Eigene Gestaltungsmöglichkeiten auszuloten, neue Denkräume zu öffnen, über Politik zu streiten und internationalen Austausch zu fördern - dies sind die zentralen Anliegen der ideellen Nachwuchsförderung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Die jährlich stattfindende Sommerakademie - der Campus - in Bad Bevensen trägt diesem Anspruch besonders Rechnung. „Globalisierung“ lautete das diesjährige Rahmenthema der einwöchigen Veranstaltung, an der 120 Stipendiatinnen und Stipendiaten teilnahmen. Den Höhepunkt der Debatte bildete eine von Teilnehmenden moderierte Fish-Bowl-Diskussion mit Stiftungsvorstand Barbara Unmüßig und Manfred Treber von GermanWatch zu „KYOTO plus: Klimaschutz heute“, in der Fragen zu den Erfolgen bzw. Misserfolgen der Klimaschutzpolitik, der besonderen Rolle der USA, aber auch zu

den Einflussmöglichkeiten von Nichtregierungsorganisationen diskutiert wurden. Auch der musische Teil darf während des Campus nicht fehlen: Zur Eröffnung präsentierte die Stipendiatin Agnes Krumwiede am Klavier Werke von Clementi, Hindemith, Debussy und Liszt in der Klosterkirche von Bad Bevensen.

Insgesamt sieben von Stipendiaten selbst organisierte Arbeitsgruppen haben auch im Jahr 2005 zu den Schwerpunkten der Stiftung gearbeitet. Die AG „Politische Ökologie“ beschäftigte sich während des Campus mit rechtlichen und politischen Fragen bei globalen Auseinandersetzungen um Wasser und Ernährung. Ein anderes Beispiel: Die AG „Internationale Zusammenarbeit“ unternahm eine Studienreise nach Genf, um dort Gespräche mit Vertretern verschiedener internationaler Organisationen (WHO, UNAIDS, EHAIA) zum Thema AIDS zu führen.

Im April und Oktober 2005 fanden jeweils Einführungsseminare für die neu in die Förderung aufgenommenen Stipendiatinnen und Stipendiaten in Werftpfuhl bei Berlin statt. Dort konnten die „Neuen“ Tuchfühlung mit der Stiftung aufnehmen und die anderen Mitstipendiatinnen und -stipendiaten kennen lernen.

Eine Kooperation zwischen Studienwerk und Landesstiftungen ermöglicht Stipendiatinnen und Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung seit 2005 die Teilnahme an Workshops der Reihe „PolitikManagement“. Die Reihe bietet praxiserprobte Konzepte für jene an, die ihre politische Arbeit professionalisieren wollen. Aufgebaut im Modulsystem vermitteln die Workshops das notwendige Know-how, um erfolgreich Politik zu gestalten.

Promotionsförderung

Das Studienwerk fördert derzeit fünf Promotionskollegs. Neu im Jahr 2005 hinzugekommen sind die Kollegs zu „Exklusionsrisiken und Inklusionsstrategien im erweiterten Europa“, „Ökologie und Fairness im Welthandelsregime“ sowie „Überwindung von Diktaturen und Aufbau von Zivilgesellschaften im Ost-West-Vergleich“ in Zusammenarbeit mit der Universität Bremen, dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und der Universität Wien. Die Promotionskollegs greifen innovative wissenschaftliche Fragen auf und verbinden diese mit gesellschaftspolitischen

Problemstellungen. Sie bieten den Promovierenden Qualifikation in der Promotionsphase und tragen dazu bei, diese zu verkürzen.

Das jährlich stattfindende Promovierendenforum bietet Doktorandinnen und Doktoranden die Chance, ein kommunikatives Netzwerk untereinander zu entwickeln und sich gegenseitig ihre Forschungsergebnisse zu präsentieren. In der Reihe „Wissenschaft in Diskussion“ stellten herausragende, von der Stiftung geförderte Promovierende und Ehemalige ihre ethnographischen Forschungsarbeiten zu „Aids in Afrika“ vor.

Internationaler Austausch

Internationale Begegnungsräume zu schaffen und den wissenschaftlichen Austausch zu fördern ist ein vorrangiges Ziel der Stiftung. Das Studienwerk unterstützt Stipendiatinnen und Stipendiaten, die im Ausland studieren, forschen oder ein Praktikum absolvieren wollen, oder lädt Studierende aus den Surplace-Programmen nach Deutschland ein. Besonders beliebt sind mehrmonatige Praktika in den Auslandsbüros der Stiftung. Für insgesamt 148 Stipendiatinnen und Stipendiaten konnte 2005 ein Auslandsaufenthalt ermöglicht werden; die beliebtesten Länder sind nach wie vor Großbritannien, Frankreich und USA, gefolgt von Mittel-/Osteuropa bzw. den GUS-Staaten.

Nicht mehr fehlen dürfen im Programm des Studienwerks die Studienreisen. Die Teilnehmenden zweier Reisen nach Brüssel besuchten EU-Institutionen, trafen sich mit Europa-Abgeordneten und Kommissionsmitgliedern und nahmen an einer Parlamentssitzung teil. Auch Treffen mit Nichtregierungsorganisationen und Lobbygruppen standen auf dem Programm. Neu im Angebot war eine von den Stipendiaten Alphan Tuncer und Mieste Hotopp-Riecke vorbereitete und geleitete Studienreise nach Istanbul mit dem Themenschwerpunkt EU-Türkei-Beziehungen. Ein dreitägiges Seminar zur politischen Geschichte und zum sozio-kulturellen und ökonomischen System der Türkei bereitete die Teilnehmenden auf ihre Reise vor.

Das Studienwerk koordinierte auch im Jahr 2005 wieder das Internationale Bundestagspraktikanten-Programm gemeinsam mit wechselnden Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung. Graduierte aus aller Welt, die eine internationale Karriere auf Regierungsebene bzw. im öffentlichen Sektor anstreben,

arbeiten in diesem „Internship-Programm“ für einige Zeit im Büro eines bzw. einer deutschen Bundestagsabgeordneten.

[MS: Foto Stutterheim

BU: Prof. Dr. Kerstin Stutterheim, ehemalige Promotionsstipendiatin, ist seit 2002 Vertrauensdozentin der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie promovierte über "Okkulte Weltvorstellungen im Hintergrund dokumentarischer Filme des ‚Dritten Reichs‘" und ist seit Oktober 2001 Professorin an der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt.

Vernetzung und Alumni-Arbeit

Das Studienwerk befördert den Ausbau eines internationalen Kooperationsnetzwerks und sucht den regelmäßigen Kontakt zu seinen 1400 ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten. Seit 2005 können sich die Ehemaligen auch über den Zugang zum studienwerksinternen Intranet miteinander vernetzen. Zwei Alumni-Treffen fanden 2005 statt, eines davon Anfang Juli in Köln, wo sich die Teilnehmenden auf einer Podiumsdiskussion – unter ihnen die drei Ehemaligen Dr. Alexandra Lübcke, Dragoslav Dedovic und Dr. Gisela Holfter – mit der Frage „Bücher verändern die Welt?“ auseinandersetzten. Weitere Programmpunkte der zweitägigen Veranstaltung waren der gemeinsame Besuch im Verlag Kiepenheuer und Witsch, die Lesungen von zwei Gästen aus dem Haus Langenbroich – Adania Shibli und Francisco Diáz Solar – sowie ein Konzert mit peruanischer Charango-Musik, präsentiert von Julio Mendivil, ebenfalls ein ehemaliger Promotionsstipendiat des Studienwerks. Das zweite Treffen fand im November 2005 in Berlin zum Thema „Neue Demokratiebewegungen“ statt. Der Vertrauensdozent Timm Beichelt, Professor für Europa-Studien an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/O., führte in das Thema ein und referierte über die ‚fünfte‘ Welle der Demokratisierung am Beispiel von Serbien, Georgien und der Ukraine. Der Leiter des Büros in Indien, Clemens Spieß, schloss sich mit seinem Vortrag an und zeigte die Schwierigkeiten und Besonderheiten von Demokratisierungsprozessen im Kontext ethnisch-kultureller Heterogenität auf, die für Länder Südasiens typisch ist. Musikalischer Höhepunkt des

Abends war ein Violoncello-Konzert mit Martin Seemann, der zwischen 1993 und 1995 mit einem Stipendium gefördert worden war. Seemann bewies, dass er nicht nur die klassischen Werke spielen kann - er präsentierte ein Stück für Cello von Bach auf einem historischen Instrument aus dem 18. Jahrhundert -, sondern auch moderne Stücke wie jenes des japanischen Komponisten Toshiro Mayuzumi zu interpretieren weiß.

Insgesamt engagieren sich etwa 250 Vertrauensdozentinnen und -dozenten sowie Mitglieder der Auswahlkommissionen für das Studienwerk, führen Gespräche mit den Bewerberinnen und Bewerbern, schreiben Gutachten, initiieren Treffen mit Stipendiatinnen und Stipendiaten und stehen für Fachreferate zur Verfügung, darunter viele Ehemalige. Sehr gut besucht war die Tagung der Vertrauensdozentinnen und -dozenten im September 2005. Die Tagung beschäftigte sich u.a. mit Instrumenten der Nachwuchsförderung im internationalen Vergleich und mit Bewertungskriterien von „Leistung“ und Spitzenförderung.

Verhältnis Studierende/Promovierende:

Studierende insgesamt: 390

(davon 138 Neuaufnahmen in 2005)

Promovierende insgesamt: 226

(davon 48 Neuaufnahmen 2005)

Verhältnis Männer / Frauen unter den 2005 geförderten Stipendiaten und Stipendiatinnen:

204 Männer 33 %

412 Frauen 67 %

Stipendienprogramme der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland

Südkaucasus

Die südkaucasischen Gesellschaften leiden massiv unter der Abwanderung gut ausgebildeter junger Leute. Insbesondere der akademische Nachwuchs findet unter den schwierigen postsowjetischen Bedingungen keine angemessenen

Arbeitsmöglichkeiten. An den Universitäten dominieren die alten Autoritäten, die in den 90er Jahren vielfach bruchlos vom Marxismus-Leninismus zum Nationalismus wechselten. Historiker sehen oft ihre „patriotische Aufgabe“ darin, in den südkaukasischen Territorialkonflikten jeweils den Standpunkt der eigenen Seite historisch zu untermauern. Soziologie als kritische Gesellschaftswissenschaft ist neu; interdisziplinäre Ansätze und qualitative Methoden sind erst in Ansätzen vertreten. Zudem führen die fortdauernden Konflikte um Berg-Karabach, um Abchasien und Südossetien dazu, dass jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über keinerlei Kontakte zu ihren Kollegen aus den verfeindeten Nachbarländern verfügen. Gerade von den Ideen und dem Engagement dieser jungen Nachwuchskräfte hängt jedoch die Modernisierung der südkaukasischen Gesellschaften ab.

Seit 2003 führt das Büro Südkaukasus der Heinrich-Böll-Stiftung in Tiflis (Georgien) ein regionales Surplace-Stipendienprogramm für jährlich 25 junge Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus allen südkaukasischen Regionen durch. In ihren Forschungsprojekten beschäftigen sie sich mit Zeitgeschichte, Soziologie und Urbanistik. Das Büro Südkaukasus und ein internationales Netzwerk von Mentorinnen und Mentoren unterstützen sie dabei, trotz der widrigen Bedingungen ein tragfähiges Netzwerk untereinander aufzubauen und Beiträge zur inhaltlichen und methodischen Erneuerung der Sozialwissenschaften zu leisten. Jährlich werden vier Arbeitstagungen organisiert, darunter eine einwöchige Sommerschule. Besonderes Gewicht wird auf die Entwicklung von grenzüberschreitenden „Follow-up-Projekten“ gelegt: so z.B. ein Forschungsprojekt armenischer und aserbaidchanischer ehemaliger Stipendiatinnen und Stipendiaten über tabuisierte Bereiche der gemeinsamen Geschichte, um daraus Vorschläge für Unterrichtsmaterialien an Schulen zu erarbeiten.

Die besten Forschungsarbeiten werden jährlich in einem Sammelband in russischer Sprache publiziert.

Stipendienprogramm für in Mittelamerika

Auch das Regionalbüro in Mexiko schreibt jährlich Stipendien für den akademischen Nachwuchs in der Region aus. So konnten 2005 dreizehn Studierende aus Guatemala, Nicaragua, El Salvador und der Dominikanischen Republik aufgenommen werden. Die Qualität der Ausbildung in Mittelamerika ist zumeist gering, durch ein Stipendium bekommen die Studierenden die Möglichkeit, an renommierten Forschungseinrichtungen Mexikos ihren Master zu absolvieren. Zu den Angeboten zählen u.a. Sozial-, Kommunikations- und Wirtschaftswissenschaften, Anthropologie, Umwelt, Internationale Beziehungen oder Studien für ländliche und städtische Entwicklung an öffentlichen und privaten Universitäten Mexikos.

Seit 1997 existiert dieses kleine, aber äußerst erfolgreiche Programm. Insgesamt 71 Personen (45 Frauen, 26 Männer) nutzten bislang die Chance und nahezu 100 Prozent von ihnen schlossen ihr Studium erfolgreich ab - mit im Schnitt 9,2 von 10 zu erreichenden Punkten.

Im vergangenen Jahr hat das Programm vor allem durch die Kooperation mit dem Internationalen Bildungsinstitut der Ford-Stiftung und mit LaSUR, einem internationalen Forschungsprojekt der Schweizer Regierung, an Attraktivität gewonnen. Die Kooperation mit LaSUR ermöglichte es einigen Stipendiatinnen und Stipendiaten, neben ihrer individuellen Forschungstätigkeit in ein internationales Nord-Süd-Forschungsprogramm eingebunden zu sein. In der Regel kehren die Stipendiatinnen und Stipendiaten zurück in ihre Heimatländer, wo kritisch-konstruktives Denken dringend gebraucht wird.

[Wirtschaft, Arbeit und Soziales]

Es sind vor allem zwei tief greifende Veränderungen, die das bisherige Sozialgefüge untergraben: der globale Wettbewerb und der demographische Wandel. Wenn sich aber die gesellschaftlichen und ökonomischen Fundamente verschieben, muss auch der Sozialstaat umgebaut werden. Dabei werden Fragen der Generationen- wie der Chancengerechtigkeit und der sozialen Teilhabe einen neuen Stellenwert bekommen. Mit ihnen befasst sich die Heinrich-Böll-Stiftung in einer Reihe von Projekten und Veranstaltungen.

Den Anfang machte im Februar eine Veranstaltung zum Thema „Demographischer Wandel“. Die Journalistin und Autorin Elisabeth Niejahr stellte ihr neues Buch *Alt sind nur die anderen. So werden wir leben, lieben und arbeiten* vor. In der anschließenden Podiumsdiskussion gelang es, von Katastrophenszenarien Abstand zu nehmen und stattdessen eine dringend notwendige positive Sichtweise auf die Herausforderungen des demographischen Wandels zu vermitteln.

Eine Veranstaltung im März beschäftigte sich mit Überlegungen zur Kinderbetreuung und zu sozialen Dienstleistungen, die in Deutschland nicht ausreichend angeboten werden. Im Juni kam auf einer Kooperationsveranstaltung mit dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) die Idee der Langzeitkonten auf den Prüfstand. Langzeitkonten sind Arbeitszeitkonten, die nicht innerhalb eines Kalenderjahres abgerechnet werden, sondern auf denen mehrjährig Arbeitszeitguthaben angesammelt werden. Die Konten können neben der „Währung“ *Zeit* auch über *Geld* geführt werden. Für eine moderne und zukunftsweisende Arbeitsmarktpolitik ist der Vorschlag von großer Relevanz, lassen sich doch mit dem angesammelten Guthaben spätere Phasen der Erwerbslosigkeit sinnvoll überbrücken, z.B. mit Qualifizierung.

Die Arbeit der von der Heinrich-Böll-Stiftung eingesetzten Fachkommission Wirtschaftspolitik fand zu einem Teil Niederschlag in den beiden Publikationen *Ressourcenleichter Wirtschaften, Materialeffizienz steigern - Triebkräfte für den Wirtschaftsaufschwung* und *Werteorientierung und Unternehmertum. Überlegungen zu einer grünen Wirtschaftspolitik*.

[Werteorientierung und Unternehmertum

Überlegungen zu einer grünen Wirtschaftspolitik

Gerhard Schick und Elmar Sing. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin 2005, 28 Seiten

Ressourcenleichter wirtschaften, Materialeffizienz steigern - Triebkräfte für den Wirtschaftsaufschwung

Studie von Christoph Erdmenger, Hartmut Fischer und Götz von Stumpfeldt. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin 2005, 20 Seiten, mit Abbildungen und Tabellen]

Im Oktober hatte die Stiftung zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Antworten auf die Krise der Erwerbsarbeit“ mit Prof. Frithjof Bergmann (MIT), Prof. Götz Werner (DM-Markt) und Prof. Günter Faltn (FU Berlin) geladen. Sie diskutierten über das Modell eines Grundeinkommens, das eine adäquate Antwort auf die schwierige Einkommenssituation der Unterschichten sein könnte. Und was ist mit Lohnsubventionsmodellen? Ein Workshop mit Fachleuten diskutierte und prüfte dieses Modell auf seine Möglichkeiten hin. Doch nach Meinung der Teilnehmenden sind sie aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive kaum sinnvoll, da die Kosten pro zusätzlich geschaffenem Arbeitsplatz zu hoch seien. Allerdings wäre es aus sozialpolitischer Sicht vorteilhaft, wenn eine partielle Steuerfinanzierung der Sozialversicherungen vorgesehen wäre und so zu einer gerechteren Finanzierung der Sozialversicherungen führen würde. Ein solches Modell ist das von der grünen Bundestagsfraktion entwickelte „Progressionsmodell“. Es sieht die Einführung von progressiv ansteigenden Sozialversicherungsbeiträgen - ähnlich wie bei der Einkommensteuer - vor. Damit würden die unteren Einkommensgruppen deutlich entlastet werden.

Ein weiterer Workshop widmete sich den Überlegungen zur Teilhabegesellschaft der amerikanischen Professoren Bruce Ackermann und Anne Alstott. Ihr Modell sieht vor, dass der Staat für alle Jugendlichen ein Konto einrichtet und jährlich einen bestimmten Betrag auf dieses Konto einzahlt. Mit Abschluss der Berufsausbildung oder des Abiturs sollen die Jugendlichen dann frei über den angesparten Betrag verfügen können. Die Heinrich-Böll-Stiftung gab bei Claus Offe, Gerd Grözinger und Michael Maschke eine Studie in Auftrag, um die Umsetzungsmöglichkeiten dieses Konzepts unter hiesigen

Verhältnissen zu untersuchen. Alle Jugendlichen würden demnach 60.000 Euro Startkapital erhalten, mit dem sie z.B. ein Studium oder eine Ausbildung zum Handwerksmeister finanzieren könnten. Allerdings scheint Kritikern dieses Modells der Finanzbedarf viel zu hoch. Ihrer Meinung nach könnte die benötigte Summe viel sinnvoller zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung eingesetzt werden.

Die Jahrestagung von *Unternehmensgrün* fand am 12. November 2005 in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung statt. Dabei ging es um Fragen rund um die „grüne Wirtschaft“. Wie unterscheidet sie sich vom klassischen Wirtschaften? Welche Kriterien sollten ökologisch orientierte Unternehmen erfüllen? Und wie weit zahlt sich ökologisches Wirtschaften aus? Es stellte sich heraus, dass die „grüne Wirtschaft“ kaum mehr durch die Ökolandwirtschaft und Ökoläden definiert werden kann. In nahezu allen Bereichen fänden sich mittlerweile Ansätze grüner Ideen: von der Abfallwirtschaft bis hin zur Windkraftbranche.

Mit einer Podiumsdiskussion zur Frage „Nie wieder Vollbeschäftigung?“ blickte die Stiftung zum Jahresende noch einmal auf die Krise der Erwerbsgesellschaft. Der Soziologe und Autor Wolfgang Engler vertrat die These, dass Vollbeschäftigung nicht mehr erreichbar wäre und sich die Politik deswegen primär um die Sicherung der Einkommen kümmern müsse. Das stieß auf Widerspruch. Markus Kurth, Sozialpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, plädierte für eine umfassende Beschäftigungspolitik, die makroökonomische Erfordernisse unbedingt mitberücksichtigen müsse. Karoline Beck vom Bundesverband Junger Unternehmer vertrat die Auffassung, dass das Ziel der Vollbeschäftigung auch heute möglich sei und keinesfalls aufgegeben werden dürfe.

Die Debatte zur Krise der Erwerbsgesellschaft wird fortgesetzt.

[Zeitgeschichte]

Die Art der Interpretation historischer Ereignisse kann für die politische Auseinandersetzung von großer Bedeutung sein. Gerade kollektive bzw. nationale Identitäten gründen auf solchen Geschichtsdeutungen. Diese kritisch zu hinterfragen, darum bemüht sich die Heinrich-Böll-Stiftung regelmäßig in Veranstaltungen und Publikationen zur Erinnerungskultur und Gedächtnispolitik. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit und den Folgen anderer totalitärer Systeme.

Reihe „Zeitgeschichte auf der Galerie“

Die Reihe „Zeitgeschichte auf der Galerie“ der Heinrich-Böll-Stiftung beschäftigte sich im Jahr 2005 mit einigen Aspekten der NS-Forschung, die auch in der Medienöffentlichkeit einige Aufmerksamkeit erfahren haben. So stellte der Politologe und Historiker Götz Aly sein Buch *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus* vor. Im anschließenden Podiumsgespräch verteidigte er vehement seine These einer sozialpolitischen Bestechungs- und Gefälligkeitsdiktatur gegen den Vorwurf eines verengten Ökonomismus. Seine Aussage, der Nationalsozialismus habe sich durch einen rassistischen Wohlfahrtsstaat konsolidiert, genoss an diesem Abend jedoch große Zustimmung.

Mit der Diskussion zu dem viel besprochenen Dokumentarfilm „2 oder 3 Dinge, die ich von ihm weiß“ von Malte Ludin versuchte die Reihe einen neuen Zugang zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Ludins Film über seinen Vater Hanns Elard Ludin, der wegen seiner Beteiligung an der Ermordung der slowakischen Juden 1947 in der Tschechoslowakei hingerichtet wurde, seziert die Verdrängungen innerhalb der Familie. In der Gesprächsrunde ging es in Anwesenheit des Regisseurs um die Funktion des kollektiven und individuellen Gedächtnisses und um die Frage, wie generationelle und Milieuprägungen die Bearbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit beeinflussen.

Ein weiterer aktueller Beitrag zur Täterforschung war die Präsentation des Buches von Harald Welzer: *Täter. Wie aus normalen Menschen Massenmörder werden*. Darin untersucht er Täter unterschiedlicher Genozide in ihren jeweiligen sozialen und situativen Kontexten. Mit seiner richtungsweisenden Studie eröffnet Welzer eine Perspektive auf die Täter, die auf

beunruhigende Weise erhellt, wie wenig Vertrauen in die Stabilität moralischer Überzeugungen gesetzt werden kann.

Die Brückenfunktion der in Deutschland lebenden Juden im Verhältnis zwischen Deutschland und Israel

Bei den Feierlichkeiten zu 40 Jahre deutsch-israelischer Beziehungen im vergangenen Jahr wurde stets die gegenseitige Annäherung und ein wachsendes Vertrauen Israels gegenüber der Bundesrepublik betont. Die Rolle der jüdischen Gemeinde in Deutschland blieb dabei nahezu unbeachtet. Eine Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung, in Kooperation mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland, wollte dem Abhilfe schaffen. Die Idee ging zurück auf einen Zeitungsartikel von Salomon Korn, dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats, in dem er eine Neudefinition des Selbstverständnisses der in Deutschland lebenden Juden forderte. Bisher kam den Juden im Nachkriegsdeutschland eine diffuse Brückenfunktion im deutsch-israelischen Verhältnis zu. Während das offizielle Israel bis in die 90er Jahre hinein eine nicht unumstrittene Position zu den jüdischen Gemeinden hatte, war Israel für die in Deutschland lebenden Juden ein zentraler Bezugspunkt ihrer Identität. Der Zuwachs der jüdischen Gemeinden in Deutschland durch die Zuwanderungen aus der ehemaligen Sowjetunion hat nicht nur das Gewicht, sondern auch die Bedingungen jüdischen Lebens in Deutschland verändert. Die Tagung im November versuchte eine Antwort auf die gegenseitigen Einschätzungen, Erwartungen, Hoffnungen und Missverständnisse im deutsch-jüdisch-israelischen Verhältnis zu finden. Eine erste Bestandsaufnahme zeigte, dass die zugeschriebene Brückenfunktion offenbar eine von allen Seiten gepflegte Illusion war. Weder bei der Aufnahme der deutsch-israelischen Beziehungen noch in den späteren Jahren kam den deutschen Juden eine entscheidende Rolle zu. Dies zumindest legte der Publizist Micha Brumlik anhand zeitgeschichtlicher Fakten dar. Auch die Lebensbeschreibungen der ersten Nachkriegsgeneration stützten diese These.

Auf dem Abschlusspodium diskutierten Kiv Kaufmann, als Repräsentant der eingewanderten Juden, Charlotte Knobloch, als Überlebende des Holocaust, und Micha Brumlik, als Nachkriegskind, über ihre individuellen Wahrnehmungen Israels. Allesamt betonten sie, dass sie sich als deutsche Staatsbürger verstünden, die - in unterschiedlicher Ausprägung - ein eher

distanziertes Verhältnis zu Israel hätten, bei aller politischen Loyalität, versteht sich.

Religion und Politik im öffentlichen Raum: Deutschland und die USA im Vergleich

In den USA ist ein Streit um religiös argumentierende Politik und das Verhältnis von Politik und Religion entbrannt. Die liberale Öffentlichkeit fühlt sich herausgefordert durch die zunehmenden politischen Interventionen der „religiösen Rechten“. In Deutschland treten die christlichen Kirchen wieder verstärkt als Träger gesellschaftlicher Werte und als Maßstab für ethisches Handeln in das gesellschaftliche und politische Bewusstsein. Die Träger anderer religiöser Gemeinschaften fordern die strukturelle Gleichbehandlung ihrer Organisationen mit den christlichen Großkirchen. Der bisher funktionierende Kompromiss zwischen Staat und Religion wird dadurch erneut öffentlich verhandelt. Sowohl die USA als auch Deutschland stehen vor der Herausforderung, mit einer wachsenden Vielfalt von Überzeugungen und Lebensstilen sowie mit Migrantinnen und Migranten unterschiedlicher kultureller Prägung umzugehen. Wie wird das Dilemma zwischen dem demokratischen Anspruch auf kulturelle Vielfalt, ethisch-religiösem Pluralismus und einem kirchlich-religiösen „Alleinvertretungsanspruch“ in moralischen Fragen in beiden Nationen gelöst? Welche Rolle kann und soll Politik dabei spielen? Die Tagung „Religion und Politik im öffentlichen Raum: Deutschland und die USA im Vergleich“ versuchte diesen Fragen nachzugehen. Die Teilnehmer warfen einen Blick auf den besonderen Einfluss der christlichen Rechten in den USA. Clyde Wilcox von der Georgetown University vertrat die Ansicht, die Neokonservativen benutzten zwar die Rhetoriken und die Interventionen der Evangelisten, um ihre politischen Ziele durchzusetzen, die religiöse Rechte selbst sei aber von der politischen Macht noch weit entfernt. Josef Braml, Stiftung Wissenschaft und Politik, hingegen sieht einen vermehrten Einfluss christlicher Organisationen auf die politische Agenda in den USA; deshalb sei mit ihnen als politische Kraft zu rechnen. Die Frage nach der Integration und der Wahrnehmung religiöser Minderheiten in beiden Gesellschaften stellte sich am Beispiel der Muslime und der jüdischen Gemeinden. Die USA, die Integration als identitätsstiftendes Element ihrer Nation sehen, haben religiöse Minderheiten mehr oder weniger

problemlos integriert und auch Raum für Wandlungsprozesse gelassen. Dies gilt auch für die Muslime. Währenddessen versucht man nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen (west)europäischen Ländern, eine neue Grundlage für das Zusammenleben von islamischen Gemeinden und christlichen Mehrheitsgesellschaften zu schaffen. Eine Sonderrolle haben dabei die jüdischen Gemeinden in Deutschland, die aufgrund des Holocaust erst in letzter Zeit den Status einer Minderheit für sich selbst akzeptiert haben. Diese sehen sich nicht nur bewusst als Teil der deutschen Gesellschaft, sondern auch die Diversität in den eigenen Reihen wird programmatisch gefördert. Dazu gehört auch die Ablehnung einer idealisierten Symbiose des deutsch-jüdischen Verhältnisses vor dem Holocaust und die Forderung an die deutsche Gesellschaft, eine wirkliche Partizipation von Minderheitengruppen zuzulassen.

Ein Ziel der Veranstaltung war eine Differenzierung in der gegenseitigen Wahrnehmung. Dies ist, wie die Diskussion bewies, gelungen, wozu besonders die amerikanischen Gäste beitrugen. Sowohl, was die Rolle des Staates angeht, wie auch, was die Durchschlagskraft extrem religiöser Positionen angeht, können beide Kulturen viel voneinander lernen.

Politik und Religion - Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit der deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft und der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 21.-23. Januar 2005

Heinrich Bölls Haltung zur katholischen Kirche und zu Parteien, die sich mit dem großen C schmücken, war bekanntlich ambivalent. Doch auf die Frage, was er vom Christentum halte, antwortete er, dass die Vorstellung einer Welt ohne Christentum für ihn gespenstisch sei, „weil es in der christlichen Welt Raum gibt für die, denen keine heidnische Welt je Raum gab: für Krüppel und Kranke, Alte und Schwache“. Gibt es vielleicht sogar Verbindungslinien zwischen dem Christentum und der Demokratie, in der ja die Menschenwürde einen besonderen Schutz genießt? Dieser Frage widmeten sich im Januar des vergangenen Jahres rund vierzig Wissenschaftler und Politiker auf der Fachtagung „Christentum und demokratischer Verfassungsstaat“. Eröffnet wurde die Veranstaltung, die in Schloss Eichholz bei Brühl stattfand, mit einem Vortrag von Prof. Dr. Hans Maier, früherer bayerischer Kultusminister und ehemaliger Präsident des Zentralkomitees der Katholiken. Maier

machte deutlich, wie sehr die Trennung von Politik und Religion als einer Trennung von Herrschaft und Heil sich dem Christentum verdankt, ebenso wie die Sichtweise auf den Einzelnen als Menschen, der in seiner Würde unbedingt anzuerkennen ist und dem die Gemeinschaft Fürsorgepflicht schuldet. Dieser Sichtweise wurde in der Grundaussage nicht prinzipiell widersprochen, aber es gab erhebliche Relativierungen bzgl. der These, wonach der demokratische Verfassungsstaat wesentlich ein Erbe des Christentums sei. So betonte Henning Ottmann, Professor für Politikwissenschaft in München, den Beitrag, den die griechische Philosophie und die Praxis antiker Stadtstaaten für die Demokratie geleistet haben. Andere warfen die Frage auf, wieso es so lange gedauert habe, bis die Impulse des Christentums politisch wirkmächtig geworden seien. Welche Bedeutung dem Christentum heute für die Politik zukommt, machte u.a. eine Kontroverse über die Frage der Verfügbarkeit menschlichen Lebens deutlich. Während der Rechtswissenschaftler Gerd Roellecke unter den säkularen Vorzeichen der Moderne für ein Entscheidungsrecht der Politik plädierte, Anfang und Ende menschlichen Lebens bestimmen zu können (mit entsprechenden Folgerungen für die Biopolitik), sah die Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Tine Stein im Schutz auch des ungeborenen menschlichen Lebens eine Konsequenz aus dem Prinzip der Unantastbarkeit der Menschenwürde, das sie als säkularisierte Vorstellung der Gottebenbildlichkeit des Menschen ausmachte. Auch die zusehends multireligiöse Wirklichkeit in Europa war Gegenstand einer Diskussion, auf der Katajun Amirpur, Islamwissenschaftlerin aus Köln, an die islamischen Wurzeln Europas erinnerte. Ohnehin könne und dürfe, so Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, unter den Vorzeichen der Religionsfreiheit eine tragfähige politische Gemeinschaft sich nicht auf eine gemeinsame religiöse Identität stützen müssen, vielmehr erwachse das einigende Band neben der geteilten Erfahrung von Totalitarismus und Krieg auch aus der europäischen Praxis - quasi im Wege einer Selbsterschaffung Europas.

Blick zurück nach vorn: 25 Jahre Grün

Nicht ohne Melancholie, nicht ohne Erinnerung an die gute alte Gründerzeit sei es den Grünen gelungen, das 25jährige Jubiläum ihrer Gründung zu begehen. Das attestierte der Berliner

Tagesspiegel dem Kongress, den die Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit ihrer Landesstiftung Baden-Württemberg Ende Januar 2005 in der Berliner Kulturbrauerei ausgerichtet hatte. Eine Gedenkfeier sollte es nicht werden, vielmehr ein Anlass, die Wandlungen grüner Politik in diesem Vierteljahrhundert zu reflektieren und über Perspektiven der Grünen in den kommenden Jahren zu diskutieren. Dazu waren nicht nur Vertreterinnen und Vertreter der Grünen eingeladen, man hörte auch sehr aufmerksam alten Wegbegleitern wie dem inzwischen verstorbenen Carl Amery oder Wilhelm Knabe zu. Auch ausländische Gäste und Kritiker anderer Parteien kamen zu Wort, und die Grüne Jugend konnte eine „neue Generation der Grünen“ beschwören.

Die Abschlussdiskussion zur Frage „Wohin zeigt der grüne Kompass - wie links, wie liberal, wie konservativ, wie revolutionär sind die Grünen?“ bestritten Krista Sager, Jürgen Trittin, Winfried Kretschmann, Manuela Rottmann und Ralf Fücks unter der Leitung von Vera Gaserow. Winfried Kretschmann, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im baden-württembergischen Landtag, erinnerte noch einmal an die Leistung der jungen Partei:

„Wir wollten als Anti-AKW-, als Friedens- und Antiwetterrüstungspartei in den Bundestag, um dieses inhaltliche Kartell der anderen drei Parteien aufzuknacken. Und dass wir das aufgeknackt haben, das war das eigentlich historisch Neue.“ Die Bundestagsabgeordnete Krista Sager betonte den Lernprozess der grünen Partei: „In unserem Programm von 1980 lief Migration unter ‚soziale Randgruppen‘. In unserem neuen Programm ist Migration unter ‚Demokratie‘, denn die Gestaltung einer anderen, einer gemeinsamen Gesellschaft wird auch in Zukunft ein Thema für uns sein.“ Für eine Kritik an der bedenkenlosen Fortschrittsgläubigkeit damals wie heute - dafür stünden alle Flügel der Partei. Doch wofür müssten die Grünen in der Zukunft stehen? Für eine „reflexive Modernisierung“, empfahl Ralf Fücks, Vorstand der Stiftung, und die Bejahung „nachhaltigen Wachstums“.

[Migration, Diversity und Interkulturelle Demokratie]

Mehr oder weniger alle europäischen Einwanderungsgesellschaften sind mit den Herausforderungen der Integration, mit Konflikten und Problemen, die im Gefolge des raschen Anstiegs der Zuwanderung seit den 60er Jahren entstanden sind, konfrontiert. Vielfalt birgt viele Chancen, erzeugt aber auch häufig Missverständnisse und Auseinandersetzungen. Die Heinrich-Böll-Stiftung setzt sich für eine demokratische Einwanderungsgesellschaft ein. Sie beschäftigt sich mit Fragen der Integration von Migrantinnen und Migranten, der gesellschaftlichen Vielfalt (Diversity) und des Multikulturalismus als gesellschaftliche Realität.

Mythos Kreuzberg - Bilanz eines Multikulturellen Experiments

Ob als Hochburg der links-alternativen Szene oder als Klein-Istanbul - der Berliner Stadtteil Kreuzberg ist weit über die Grenzen Deutschlands bekannt. Er gilt als Ort besonderer Vitalität und soziokultureller Vielfalt; manche sehen in Kreuzberg aber auch ein Beispiel für das „Scheitern der multikulturellen Illusion“. Mit dem Kongress „Mythos Kreuzberg“ vom 26.-28. Mai 2005 in Berlin wollte die Heinrich-Böll-Stiftung genauer hinsehen und die Bilanz eines multikulturellen Experiments ziehen. Martin Düspohl vom Kreuzberg-Museum klärte darüber auf, dass es ein solches Experiment gar nicht gegeben habe. Die Vielfalt sei ein Ergebnis städtebaulichen Irrtums: Zum Abbruch bestimmte Häuser seien zur Zwischennutzung freigegeben worden. Die, die neu zuzogen, waren Gastarbeiter und junge Leute aus Westdeutschland, die das antiautoritäre Lebensgefühl der Mauerstadt genießen wollten. Die Diskussionen gingen allerdings schnell über die Stadtteilgrenzen hinaus. Einigkeit bestand darüber, dass in Deutschland ein klares Bekenntnis zum Einwanderungsland fehle. Und auch, dass es klar formulierte Bedingungen geben müsse, die an eine Zuwanderung geknüpft werden. Die Einwanderer müssten dann wiederum auch das Gefühl vermittelt bekommen, willkommen zu sein. In dieser Hinsicht sei allerdings bislang viel versäumt worden - auch in Sachen Sprache, einer wichtigen Voraussetzung für die Chancengleichheit von Migrantinnen und Migranten. Thomas Kessler, Migrationsdelegierter des Schweizer Kantons Basel, sah den Staat in der Pflicht zu helfen, Probleme bei der

Eingliederung zu beheben. Schließlich würden sich die Investitionen in den schnellen Spracherwerb zum Beispiel binnen kürzester Zeit über höhere Steuereinnahmen und niedrigere Sozialausgaben amortisieren.

[„Eine positive Einstellung gegenüber kultureller Vielfalt und eine verbindliche Haltung gegenüber den Grundwerten und Regeln der Demokratie sind für uns kein Gegensatz. Sie bilden gemeinsam das Fundament einer multikulturellen Republik. Es geht um Chancengleichheit und um die politische, ökonomische und soziale Teilhabe aller Mitglieder der Gesellschaft. Wie gut das gelingt, ist mitentscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik.“ Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung]

www.migration-boell.de

Die neue Website zu Migration, Integration und Diversity ging Anfang September 2005 kurz vor den Bundestagswahlen online. Sie präsentiert ein vielfältiges Angebot an Informationen, Analysen und Meinungen zu den Themen Zuwanderung, soziale und politische Integration sowie zu einem produktiven Umgang mit kultureller Vielfalt in Institutionen und Bildung. Prominente internationale Fachleute und Institutionen wie der British Council oder das Bündnis für Demokratie und Toleranz konnten für Beiträge und Kooperationen gewonnen werden. Natürlich kommen auch Migrantinnen und Migranten selbst zu Wort. Zu aktuellen politischen Ereignissen – wie im Jahr 2005 z.B. der Anschlag auf die Londoner Busse und U-Bahn, die Unruhen in französischen Vorstädten oder aktuell der Karikaturenstreit – bietet die Website Themenpakete an, die verschiedene Perspektiven bündeln. Die Website soll Hintergrundwissen vermitteln und Forum für einen konstruktiven Austausch sein. Alle auf diesem Gebiet engagierten Menschen sind eingeladen, daran mitzuwirken und diese Plattform aktiv mitzugestalten.

„Grün trifft Grün“

Die 2004 gestartete Dialogreihe „Grün trifft Grün“ setzte sich im Jahr 2005 fort. Eine Veranstaltung im März befasste sich mit der „Muslimischen Selbstorganisation“ und stellte hinsichtlich des notwendigen Dialogs über Fragen des Zusammenlebens und der Integration den Ruf nach einem muslimischen „Ansprechpartner“ in den Vordergrund. Eine zweite Veranstaltung im Herbst beschäftigte sich mit dem

Selbstverständnis muslimischer Organisationen in Deutschland. Mit dieser Dialogreihe möchte die Stiftung in Kooperation mit dem Büro der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und der neu gegründeten Muslimischen Akademie in Deutschland einen Beitrag zum politischen Dialog mit Musliminnen und Muslimen in Deutschland leisten. Dabei geht es um Themen wie politische Partizipation, demokratische Repräsentanz oder Geschlechterverhältnisse. Gäste bzw. Teilnehmer und Teilnehmerinnen kommen aus der muslimischen „Community“, zivilgesellschaftlichen Gruppen, Wissenschaft und (grüner) Politik.

„Citizenship - Ethnos - Multiculturalism“

Anfang November veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit der University of Toronto und der kanadischen Botschaft die Konferenz „Citizenship - Ethnos - Multiculturalism“ in Berlin. Die Konferenz war die Fortführung eines gleichnamigen Kongresses im Jahr 2003 in Toronto. Während in Toronto die europäischen Migrations- und Integrationsmodelle im Mittelpunkt der Debatte standen, wurden auf der Berliner Konferenz die nordamerikanischen Modelle zu „Citizenship“ und „Multiculturalism“ vorgestellt. Neben einer Reihe renommierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie Aristide Zolberg, Himani Bannerji, Peggy Levitt, Catherine Audard, Jytte Klausen, Jocelyne Cesari waren auch Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Institutionen wie dem National Council of La Raza oder UK New Citizen an der Konferenz beteiligt. Die Eröffnung bestritt Marieluise Beck als Migrationsbeauftragte der Bundesregierung.

„Vielfalt in der Einheit“ - Vortrag von Amitai Etzioni

„Diversity Within Unity“ lautete der Titel einer Veranstaltung mit dem amerikanischen Philosophen Amitai Etzioni, die im August 2005 stattfand. In seinem Vortrag setzte sich Etzioni mit der Frage auseinander, wie sich die Anerkennung von Vielfalt mit dem notwendigen Zusammenhalt der Gesellschaft vereinbaren lässt. Etzioni: „Es gibt bestimmte elementare Werte in jeder Gesellschaft, und jeder, der Teil dieser Gemeinschaft werden will, muss ihre Grundwerte akzeptieren. Diese Grundwerte müssen sich nicht ändern. Auf der anderen Seite, wenn Leute sich unseren Gemeinschaften anschließen und bereit sind, unseren Respekt vor den demokratischen Rechten

und unsere Achtung vor den Gesetzen (auch davor, dass sie veränderbar sind) zu teilen, dann sollte es uns nichts ausmachen, dass sie manchmal andere Eßgewohnheiten haben, andere Lieder singen, zu anderen Göttern beten und sich noch einem anderen Land, dem Herkunftsland, nah und verpflichtet fühlen. So kommt die Mischung zustande. Es gibt trotzdem eine Einheit, und die ist unverzichtbar für jede Gemeinschaft. Und ich denke, es versteht sich von selbst, dass praktisch jeder eine Nation als eine Gemeinschaft versteht, die sich zu einem Staat zusammenschließt und darin investiert. Es handelt sich nicht einfach bloß um eine Bürokratie oder eine Verwaltungsstruktur. Es handelt sich um ein bestimmtes Ensemble von Werten und Loyalitäten, die wir herausbilden. Es ist im Endeffekt eine Form einer sehr ausgedehnten Familie.

Wir hoffen ja auf Veränderungen, und eines Tages mag es eine europäische Gemeinschaft, einen europäischen Staat geben; ich hoffe sogar auf einen Weltstaat. Zur Zeit aber ist ein Teil unserer Loyalitäten, sind Engagement und Identität in unsere jeweiligen nationalen Gemeinschaften eingeschlossen. Ich weiß, dass uns das manchmal Unbehagen bereitet, aber das schafft keine einzige Tatsache aus der Welt. Deshalb: Wenn Menschen zu uns kommen, müssen wir sie und uns fragen, ob sie herkommen, um ein besseres Leben zu führen, und ob wir sie für unsere Wirtschaft brauchen und ob sie bereit sind, die Tatsache zu akzeptieren, dass wir von jedem auf der Welt die Anerkennung der Menschenrechte erwarten.

Um es ganz klar zu sagen: Ich finde es sehr merkwürdig, wenn Menschen im allgemeinen auf den Menschenrechten beharren, wenn es aber um Afghanistan oder den Iran geht, dann relativieren sie diese Rechte. Zwangsehen zum Beispiel sollten nirgendwo toleriert werden.

Ich glaube wirklich fest an die Menschenrechte, den demokratischen Lebensstil, den Respekt vor dem Gesetz – dies sind elementare Werte, an denen sich jeder zu orientieren hat. Und wer das nicht tut, nicht tun will, der muss nicht zu uns kommen. Wenn wir diesen Grundsatz formuliert haben, dann können wir auch sagen: Wir werden eure besonderen Gemeinschaften respektieren.“

[Dokumentationen der einzelnen Veranstaltungen sowie Vortragsmanuskripte sind auf der Website www.migration-boell.de zu finden.]

[Kommunalpolitik und Stadtentwicklung]

Unsere Zukunft hängt entscheidend von der Entwicklung der Städte ab. Sie sind Motor der Wirtschaft, der sozialen Integration und des geistigen und kulturellen Fortschritts. Allerdings stehen im Moment einigen wenigen prosperierenden Städten viele wirtschaftlich instabile und schrumpfende Städte gegenüber. In fast allen Politikfeldern müssen daher neue Ansätze gefunden werden, die den veränderten Herausforderungen gerecht werden.

Stadtentwicklung und Kulturelle Vielfalt in den Städten

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat im Jahr 2003 eine Fachkommission Stadtentwicklung eingerichtet, um die Chancen und die Probleme der deutschen Städte zu identifizieren und Lösungen zu formulieren. In der Reihe „ZukunftsWerkStadt“ stellte die Fachkommission Ergebnisse ihrer Arbeit vor und diskutierte sie mit einer interessierten Öffentlichkeit. Die „ZukunftsWerkStadt2“ befasste sich am 22. April 2005 aus aktuellem Anlass - der Mord an Theo van Gogh und die anschließende Debatte um die Zukunft der multikulturellen Gesellschaft - mit der „Stadt der kulturellen Vielfalt“. Prof. Hartmut Häußermann und Prof. Detlev Ipsen, beide Mitglieder der Fachkommission, erläuterten hierzu ihre Vorstellungen. Die multikulturelle Gesellschaft werde in den Städten gelebt, ja, die Stadt brauche die Zuwanderer, wenn sie ökonomisch und kulturell produktiv bleiben wolle, und die Zuwanderer brauchten die Stadt, um ankommen zu können. Aber dieser Prozess verlaufe nicht konfliktfrei: Menschen mit Migrationshintergrund werden ausgegrenzt und grenzen sich ab. Die Selbstabgrenzung könne produktive Differenz ausdrücken, aber auch eine schwer zu überbrückende Barriere in der Mehrheitsgesellschaft sein. Als Vorbild eines funktionierenden multikulturellen Gemeinwesens stellte Ipsen die kanadische Stadt Toronto vor. Marieluise Beck beschrieb in ihrem darauf folgenden Beitrag die derzeitigen Grenzen der multikulturellen Gesellschaft. Dr. Helmuth Schweitzer, Leiter des Büros für interkulturelle Arbeit Essen, betonte, wie wichtig es sei, eine interkulturelle Orientierung in Institutionen zu verankern.

Die Kommunalpolitische Infothek

Die Kommunalpolitische Infothek (www.kommunale-info.de) der Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Online-Fachzeitschrift und ein Wegweiser durch die Welt der Kommunalpolitik. Sie wurde 1998 ins Leben gerufen, um kommunalpolitisch Aktive bundesweit in ihrer Arbeit zu unterstützen und Interessierte zu politischem Engagement zu ermuntern. Themen des Jahres 2005 waren u.a. die demographische Entwicklung in Deutschland, die Feinstaub-Problematik und Luftreinhaltepläne, Integrationspolitik, erste Erfahrungen mit Hartz IV sowie kommunale Strategien „Weg vom Öl“.

Neben den vielen Fachtexten aus diversen Sachgebieten der Kommunalpolitik bietet die Infothek auch Literaturhinweise, Rezensionen, Internetadressen und ein umfangreiches Glossar. Abonnenten des regelmäßigen Infothek-Newsletter werden zudem per E-Mail über die Neuigkeiten in der Kommunalpolitischen Infothek informiert.

[Das neue Gesicht der Stadt. Strategien für die urbane Zukunft im 21. Jahrhundert. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin, April 2006, 208 Seiten, 8,- Euro. Mit zahlreichen Photos, Abbildungen und Tabellen, ISBN 3-927760-52-8]

[Heinrich-Böll-Haus Langenbroich]

In vielen Ländern der Welt sind Schriftstellerinnen und Schriftsteller politischen Repressionen ausgesetzt - die Freiheit des Wortes gilt nicht viel. Auch ökonomische Zwänge setzen dem künstlerischen Schaffen vielerorts enge Grenzen. Hier setzt die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung an. Das Stipendienprogramm im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich bietet Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit, für eine kurze Zeit ungestört, finanziell abgesichert und frei von staatlicher Kontrolle oder Verfolgung zu arbeiten.

Seit Gründung des Vereins Heinrich-Böll-Haus Langenbroich e.V. im Jahr 1989 waren zahlreiche Künstlerinnen und Künstler zu Gast im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich, dem ehemaligen Wohnsitz der Familie Böll in der Eifel. Sie kamen aus Ländern, in denen die Arbeitsbedingungen politisch und ökonomisch erschwert sind und nutzten ihren Aufenthalt in Deutschland, um kreativ und ungestört zu arbeiten. Das Stipendienprogramm der Stiftung stützt sich auf die bewährte Zusammenarbeit mit dem Verein Heinrich-Böll-Haus Langenbroich und dem Land Nordrhein-Westfalen sowie einem über Jahre entstandenen Netzwerk von Initiativen, die verfolgte Autorinnen und Autoren unterstützen. Das Heinrich-Böll-Haus Langenbroich ist aber nicht nur ein Refugium für Künstlerinnen und Künstler, es ist auch ein Ort internationaler Begegnungen und Veranstaltungen. Bereits Tradition ist das Sommerfest mit Lesungen der Gäste des Hauses und musikalischem Begleitprogramm, das alle zwei Jahre stattfindet. Darüber hinaus bereichern die Stipendiaten die lokale und überregionale Kulturszene, so gab die estländische Autorin Reet Kudu im Mai 2005 auf Schloss Burgau in Düren Einblicke in ihr literarisches Werk, im Juni erfreute der algerische Sänger Ali Ait Ferhat das Dürener Publikum mit Auszügen aus seinem künstlerischen Repertoire und im Oktober stellte Adania Shibli im Stadtkunstverein *urban dialogues* e.V. in Berlin ihre Texte vor.

Stipendiatinnen und Stipendiaten im Jahr 2005

Reet Kudu, Schriftstellerin, Choreographin und Dramaturgin aus Tallinn/Estland (Jahrgang 1949). Nach ihrem

Philologieabschluss an der Universität Tartu arbeitete sie als Redakteurin beim Estnischen Rundfunk. Aufgrund kritischer Äußerungen zur Kulturpolitik der Sowjetunion verlor sie in den 80er Jahren zeitweilig ihre Anstellung. Seit 1984 ist sie als Choreographin, Ballett- und Theaterdramaturgin tätig, zudem verfasste sie zahlreiche Kinder- und Jugendbücher, Novellen und Romane. In ihren Texten thematisiert sie die postkommunistische Ära und deren gesellschaftliche Folgen.

Im deutschsprachigen Raum bislang erschienen: „Erster Sommer mit eigenem Freund“ (Erzählung, veröffentlicht in der Sammlung „Roter Stern zerplatzt“, Ravensburg 1993), "Vollmond und Laterne" (Roman, Viertelverlag, Wien 2006) sowie Essays, Novellen und Romanauszüge in diversen Kulturzeitschriften.

Giselher W. Hoffmann, Schriftsteller aus Windhoek/Namibia (Jahrgang 1958). Hoffmann, Enkel deutscher Einwanderer, arbeitete mehrere Jahre als Berufsjäger in der Kalahari, gründete einen Verlag und leitete ein Safari-Unternehmen. Heute lebt er als freier Schriftsteller in Swakobmund/Namibia. Mit seinen Romanen - er schreibt auf Deutsch - schlägt er Brücken zwischen den Völkern. Er erzählt von den Gwi und der Besiedlung Namibias durch die weißen Siedler („Die Erstgeborenen“, Unionsverlag 2002), vom Massaker an den Herero durch die deutschen Soldaten („Die schweigenden Feuer“, Hammer Verlag 1994), von der Geschichte der deutschen Siedler während des 2. Weltkriegs („Die Verlorenen Jahre“, Edition Köln 2003) und von der Kultur der Himba („Schattenjäger“, Scherz Verlag 2003). Im Jahr 2000 erhielt Hoffmann den Bertelsmann-Romanpreis.

Adania Shibli, Schriftstellerin und Filmemacherin aus Ramallah/Palästina (Jahrgang 1974). Sie studierte Publizistik und Filmregie in Jerusalem und lebt zur Zeit in London, wo sie im Fachbereich Medien und Kulturwissenschaften promoviert. Shibli gehört zur jungen Generation palästinensischer Autorinnen und Autoren, die das Alltägliche und das menschliche Innenleben ins Zentrum ihres Schaffens stellen. Lange Zeit war die palästinensische Literatur aufgrund der Erfahrung von Vertreibung und Besatzung von der Auseinandersetzung mit politischen Themen dominiert worden. Im

Jahr 2000 wurde Shibli für ihre Kurzgeschichte „ar-Riyadiyyat, wa-tahtuha al-hubb wa-tahtuhu al-lugha“ (Mathematik, darunter die Liebe und unter ihr die Sprache) von der Qattan-Stiftung für palästinensische Nachwuchskünstler mit dem ersten Preis ausgezeichnet. 2001 erhielt sie den ersten Preis für ihre Erzählung „Masas“ (Fühlungen) und 2003 für ihren Roman „Kulluna ba'id bi-dhat al-miqdar 'an al-hubb“ (*Wir sind alle im gleichen Maße von der Liebe entfernt*).

László Végel, Schriftsteller und Essayist aus Novi Sad/Serbien-Montenegro (Jahrgang 1941). László Végel gehört der ungarischen Minderheit in Serbien an. Nach dem Studium der ungarischen Literatur und Philosophie in Újvidék/Novi Sad und Belgrad arbeitete er als Kulturredakteur bei verschiedenen Zeitschriften und als Dramaturg beim Fernsehsender von Novi Sad, bis er 1991 im Rahmen der politischen Säuberungen des Milosevic-Regimes entlassen wurde. Von 1994 bis zu dessen Schließung im Jahr 2000 arbeitete er als Geschäftsführer des Büros der Soros-Gesellschaft in Novi Sad. Seinen ersten Roman veröffentlichte László Végel 1968 („Memoiren eines Makros“), seitdem erschienen auf ungarisch und serbisch 6 Romane, 7 Essaybände sowie mehrere Theaterstücke. Im Zentrum seiner literarischen Arbeit stehen der mitteleuropäische Nationalismus, die Xenophobie und deren spezifisch serbische Varianten. Végel war Gründungsmitglied verschiedener Menschenrechtskomitees in Belgrad. Er schloss sich der Sarajevoer Gruppe „Krug 99“ an. Seit 2002 lebt er als freier Schriftsteller in Újvidék/Novi Sad. Für sein literarisches Schaffen erhielt László Végel zahlreiche Auszeichnungen, zuletzt den Ungarischen Staatspreis.

In deutscher Sprache sind bislang verschiedene Essays in der Zeitschrift *Sinn und Form* erschienen.

Neben den Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung waren im Haus Langenbroich auch Künstlerinnen und Künstler zu Gast, die durch den Böll-Fonds des Landes NRW gefördert wurden:

Ali Ait Ferhat, Poet, Komponist und Sänger aus Tizi Ouzou/Algerien (Jahrgang 1957). Sein Künstlername ist „Ideflawen“, ein kabylisches Wort für „Der Schnee“. Seit

beinahe 40 Jahren schreibt, komponiert und singt Ali Ait Ferhat auf Französisch und Kabylisch Lieder über das Volk der Berber, dem er selbst angehört. Bereits während seiner Ausbildung zum Techniker an der Universität in Algier hatte er sich der kulturellen Bewegung der Berber angeschlossen. In seinen Liedern kämpft er gegen das Militärregime in Algier und gegen die muslimischen Fanatiker. Er singt für die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, die Trennung von Staat und Religion, die Anerkennung von Sprache und Identität der Minderheiten, für die Freiheit und gegen die Gewalt.

Francisco Díaz Solar, Übersetzer, Lyriker und Essayist aus Havanna/Kuba (Jahrgang 1946). Francisco Díaz Solar arbeitete als Buchhändler, Straßenverkäufer und Redakteur für Übersetzungen. Seine eigene Lyrik und Kurzprosa ist scharfsinnig analytisch, mit überraschend heiteren oder satirisch-sarkastischen Pointen. Als Übersetzer vorwiegend deutschsprachiger Autoren wagte er sich auch an die scheinbar unübersetzbare radikale Lyrik von Ernst Jandl. Zahlreiche Essays, Aufsätze und Vorträge u.a. über deutsche, österreichische und kubanische Lyriker sind in Kuba, Argentinien und Österreich erschienen.

Bereits im Jahresbericht 2004 vorgestellt wurde

Patrica Suarez, Schriftstellerin aus Bogota/Kolumbien]

[Grüne Akademie]

Die Grüne Akademie ist ein unabhängiges Forum zur Erörterung aktueller wie grundlegender politischer Fragen. Ihre rund 60 ehrenamtlichen Mitglieder treffen sich im zwei- bis dreimonatigen Turnus in „Werkstattgesprächen“ mit Fachleuten aus Wissenschaft und Politik, um über politisch relevante Themen zu diskutieren.

Im März 2005 veranstaltete die Grüne Akademie ein Werkstattgespräch zum Thema „Arbeit der Zukunft – Wie weiter nach Hartz?“. Damit wandte sich die Akademie wohl einem der drängendsten gesellschaftlichen Themen der Gegenwart zu. Volker Wittke, Professor am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen, sah die Bedeutung der Arbeit für den Einzelnen weiter steigen. Als Hintergrund seiner These führte er die veränderten Organisations- und Personalnutzungsstrategien an, die verstärkt auf die Fähigkeiten und Eigeninitiative der Beschäftigten setzten und autonomes Handeln förderten. Sie böten daher Spielräume für Selbstentfaltung in und durch Arbeit. Die Debatte um die „Entgrenzung von Arbeit“ verweist zugleich auf die Zweischneidigkeit dieses Prozesses. Peter Siller, damaliges Mitglied des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, beschrieb den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit, neuer Armut und sozialer Ausgrenzung. Er plädierte u.a. für die gezielte Senkung der Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich, eine duale Einkommenssteuer zur Gegenfinanzierung dieser Umschichtung und einen neuen Anlauf in der Bildungspolitik. Arne Baumann, Referent für Arbeitsmarktpolitik der grünen Bundestagsfraktion, berichtete schließlich aus der Arbeitsmarktdiskussion der grünen Bundestagsfraktion und erläuterte mögliche weitere Reformschritte.

Ein Werkstattgespräch im April beschäftigte sich mit „Rechtsextremismus in Deutschland und Europa“. In Deutschland häufen sich – regional und zeitlich begrenzt – die Wahlerfolge rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien. Auch in einer Reihe von Nachbarländern hat sich eine neue Familie rechter Parteien herausgebildet, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft vorstoßen. Claudia Schmid, Leiterin des Amtes für

Verfassungsschutz des Landes Berlin, ging in ihrem Beitrag den Erfolgsbedingungen für Rechtsextremismus bei gesellschaftlichen Debatten nach. Am Beispiel der Asyldebatte Anfang der 90er Jahre zeigte sie auf, wie Rechtsextremisten jeglicher Prägung sich dem gesellschaftlichen Konsens näher denn je fühlten, nach dem Motto: „Die reden, wir handeln“. Speziell in Ostdeutschland sah Dierk Borstel, Diplom-Politologe und Mitarbeiter im „Zentrum Demokratische Kultur“, das Problem weniger im starken Rechtsextremismus als in der schwächeren demokratischen Kultur. Politische Ansätze müssten daher auf eine Stärkung der demokratischen Kultur ausgerichtet werden, die Bekämpfung des Rechtsextremismus mittels Repression oder täterorientierten Maßnahmen greife hier zu kurz.

Ende 2005 startete die Reihe „Grenzgänge“, eine Kooperation mit dem Menschenrechtszentrum Potsdam, in der eine Verzahnung von geistes- und naturwissenschaftlichen Themen versucht wird. Den Auftakt machte das Thema „Das Ende der Endlichkeit?“. Die Auseinandersetzung mit Leben und Sterben wird in den modernen säkularen Gesellschaften durch einen Kult um Jugend, Schönheit und Alterslosigkeit ersetzt, der seine Entsprechung in der Lifestylemedizin findet. Der Lebenszyklus erscheint als veränderbare Größe, das Sterben wird ausgeblendet. Gegenstand der Diskussion war u.a. das ethische Problem der menschlichen Autonomie bis in den Tod hinein. Muss, wer an ein individuelles Recht auf Selbstbestimmung glaubt, nicht notwendig dafür plädieren, dass jeder Mensch den eigenen Todeszeitpunkt, und zwar notfalls durch Bitte um Sterbehilfe, autonom bestimmen darf? Damit war ein Grundsatzstreit über die Frage entfacht, was genau unter einem menschenwürdigen Sterben zu verstehen sei.

[Die neue rechte Herausforderung. Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Schriften der Grünen Akademie Bd. 5. Berlin, 2005, 72 Seiten

Arbeit der Zukunft. Wie weiter nach Hartz?

Schriften der Grünen Akademie Bd. 4. Berlin 2005, 80 Seiten

Die Verfasstheit der Wissensgesellschaft

Hrsg. von der Grünen Akademie im Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster
2005, 376 Seiten, € 20,50, ISBN 3-89691-619-X

Eine Dokumentation der Veranstaltungen der Grünen Akademie zum Thema
„Wissensgesellschaft“.

www.gruene-akademie.de

[Archiv Grünes Gedächtnis]

Das Archiv Grünes Gedächtnis hat die Aufgabe, die Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen und der Partei Bündnis 90/Die Grünen zu sammeln, zu erschließen, zu bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Neuerwerbungen. Im Zusammenhang mit der Bundestagswahl am 18. September 2005 wurden dem Archiv Grünes Gedächtnis umfangreiche Unterlagen von Abgeordnetenbüros und Arbeitsbereichen der Bundestagsfraktion übergeben, nicht nur aus der abgelaufenen, sondern auch aus früheren Wahlperioden. Die archivische Verzeichnung der Akten der 13. Wahlperiode (1994-1998) kann demnach beginnen.

Findbücher. Archive stehen und fallen mit der Erschließung ihrer Bestände. Die Serie grün eingebundener Findbücher des Archiv Grünes Gedächtnis ist im letzten Jahr durch acht Findbücher zu den Nachlässen von Petra Kelly und Kristin Heyne, zu den Deposita der Bundestagsabgeordneten Uschi Eid, Angelika Köster-Loßack und Christian Simmert, von Peter Bartelheimer und Gina Düllmann sowie zu dem Aktenbestand des Vereins für gesellschaftskritische Sozialwissenschaft gewachsen. Außerdem wurden zwei Findbücher zu den Fotosammlungen des Archivs erarbeitet.

Zeitschriftendatenbank. Die Bibliothek des Archiv Grünes Gedächtnis besitzt Hunderte von grünen Zeitschriften, Zeitschriften der Anti-Atom-Bewegung, der Dritte-Welt-Bewegung und anderen, die einzig in dieser Bibliothek nachgewiesen sind. Um diese Schätze besser nutzbar zu machen, wird unsere gesamte Zeitschriftensammlung in die Zeitschriftendatenbank (ZDB) eingegeben und dadurch online recherchierbar. Diese Arbeit konnte inzwischen zu zwei Dritteln abgeschlossen werden.

Internet-Archivierung. Im Rahmen des im September 2004 begonnenen Projekts der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Archivierung der Internetauftritte der Grünen hat das Archiv Grünes Gedächtnis nicht nur über 200 verschiedene grüne Internetauftritte „gespiegelt“, sondern auch den Bundestagswahlkampf, soweit er im Internet stattgefunden hat, archiviert. Ein zweiter Schwerpunkt des genannten Projekts ist die Archivierung des Content-Management-Systems der Bundestagsfraktion.

Archive von unten. Das Archiv Grünes Gedächtnis hat in den letzten Jahren eine aktive Rolle in der Vernetzung der Archive sozialer Bewegungen übernommen. Dazu zählen Kooperationen mit

einzelnen Archiven und die Organisation eines zweijährig stattfindenden bundesweiten Workshops „Archive von unten“. Beim Archivtreffen im Juni 2005 ging es unter dem Oberbegriff „Produkte von Archivarbeit“ über fachliche und strategische Fragen. Das Archiv Grünes Gedächtnis stellte in diesem Rahmen seine Ausstellungen der Jahre 2003 und 2004 vor: „20 Jahre Bundestagsfraktion 1983-2003“ und „25 Jahre Grün 1979-2004“ sowie die in den Fluren der Heinrich-Böll-Stiftung gezeigte Ausstellung zur Bildersprache der Grünen.

[Preise]

Friedensfilmpreis 2005 für „Turtles can fly“ von Bahman Ghobadi

Am Ende stürzt sie sich von den Klippen, Agrin, die 14-jährige Hauptheldin des Films „Turtles can fly“. Sie glaubt, sie hat ihr Leben gelebt: mit Krieg, Vergewaltigung und einem Kind ihres Vergewaltigers. Zusammen mit anderen Kindern ist sie in einem von der UNO eingerichteten Flüchtlingslager an der irakisch-iranischen Grenze gestrandet. Die Menschen dort leben in großer Armut, die Felder sind vermint - eine ständige Bedrohung für Kinder und Erwachsene. Die Mädchen und Jungen verdienen sich ein paar Groschen beim Minenräumen, viele sind für ihr Leben verstümmelt. Der Film zeigt Kinder, ist aber kein Kinderfilm. Er ist eine Anklage und ein „Film des Schmerzes und der Verstörung“, wie es in der Begründung der Jury hieß, die dem Werk den 20. Friedensfilmpreis der Internationalen Filmfestspiele in Berlin verlieh. Der kurdische Regisseur Bahman Ghobadi, der selbst in einem solchen Flüchtlingslager aufgewachsen ist, hat an Originalschauplätzen und mit Laiendarstellern gedreht. Ihm gelang es, die Lebenswirklichkeit der Kinder auf eine Weise einzufangen, die tief unter die Haut geht und an das Gewissen der Welt rührt.

Das Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro stellte die Heinrich-Böll-Stiftung. Bahman Ghobadi hat es den Kindern in dem Lager gespendet.

Hannah-Arendt-Preis 2005 an Vaira Vīķe Freiberga

Der mit 7.500 Euro dotierte Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken ging im Jahr 2005 an die lettische Staatspräsidentin Vaira Vīķe Freiberga. Mit ihrer Entscheidung würdigte die internationale Jury die Rolle, die Vaira Vīķe-Freiberga als engagierte Vertreterin ihres Landes in der Europäischen Union spielt. Als Frau und Präsidentin eines der kleinen Länder Europas repräsentiere sie eine Stimme und Position, die oft genug im Chor der dominierenden Mächte Europas untergehe. Dies gelte sowohl für ihre dezidierte Kritik an Putins Russland als auch für ihren unerschrockenen Umgang mit der Diktatur im benachbarten Weißrussland. Gleichzeitig habe sie sich immer wieder gegen die Diskriminierung der russischen Minderheit in Lettland ausgesprochen und damit auch Reibungen im eigenen Land provoziert. Wichtige Impulse habe Vaira Vīķe-Freiberga auch der Diskussion über das Verhältnis von Integration und Föderation in der Europäischen Union gegeben.

Der Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken wird seit 1995 vergeben und vom Senator für Bildung und Wissenschaft der

Freien Hansestadt Bremen und der Heinrich-Böll-Stiftung finanziert.

Weitere, von den Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung finanziell unterstützte Preise:

Big Brother Awards - Die Oskars für Datenkraken. Die Preise werden vom Bielefelder FoeBuD e.V. vergeben www.bigbrotherawards.de

„Knastgeflüster“ - der Literatur-Wettbewerb für Gefangene in Schleswig-Holstein. Der Preis wird seit 1997 jährlich von anderes lernen e.V., der Landesstiftung Schleswig-Holstein der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Verein „Hilfe für Gefährdete e.V.“ vergeben.

Medienpreis für die "Kritische Sozialreportage in und über Mecklenburg-Vorpommern". Der Preis wird seit 1997 jährlich von der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Landesbezirk Nord und dem KulturRat Mecklenburg-Vorpommern vergeben.

[Finanzen und Personal]

Für die Förderung und Durchführung von Projekten im In- und Ausland hat die Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2005 Mittel in Höhe von 24.452.757 € verausgabt. Um sinkende Einnahmen aus Bundesmitteln auszugleichen, verstärkte die Stiftung ihre Aktivitäten bei der Einwerbung von Drittmitteln. So wurden im Jahr 2005 durch die EU-Kommission weitere 820.000 € für die Durchführung von Projekten bewilligt. Insgesamt bewirtschaftete die Heinrich-Böll-Stiftung im Zeitraum von 2003 bis 2005 rund 2,6 Mio. € EU-Mittel.

Die Einführung der Bilanzierung nach den handelsrechtlichen Grundsätzen (Jahresabschluss und Lagebericht) systematisiert die Erfassung von wirtschaftlichen Risiken. Damit erhöht sich die finanzielle Transparenz der Stiftung und die Wertigkeit des Testats des Wirtschaftsprüfers. Zugleich ist die Bilanzierung ein wichtiger Baustein einer umfassenden Korruptionsvorsorge.

Die Wirtschaftsprüfung konzentrierte sich auch 2005 auf das interne Kontrollsystem. Verwendungsnachweise und der Bericht des Wirtschaftsprüfers wurden fristgerecht bei den Zuwendungsgebern eingereicht. Positive Ergebnisse in den Prüfungsberichten zeichnen das wirtschaftliche und sparsame Handeln der Stiftung aus.

Engagement, Erfahrung und Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für den Erfolg der Stiftung entscheidend. Neben einer gezielten Personalauswahl legt die Stiftung daher großen Wert auf die Schaffung von motivationsförderlichen Arbeitsbedingungen. Dazu zählen die ausdrückliche Unterstützung von Work-Life-Balance, die Erweiterung von Gestaltungsspielräumen sowohl für eigenständiges Arbeiten als auch für partizipative Arbeitsformen und die in der Stiftung gelebte offene Diskussionskultur.

In den nächsten beiden Jahren entsteht in Berlin-Mitte, Albrechtstraße 1, das neue Domizil der Stiftung mit rund 185 Arbeitsplätzen und einem Konferenz- und Veranstaltungsbereich. Im Jahr 2005 erwarb die Stiftung das 2.106 qm große unbebaute Grundstück. Im Architekturwettbewerb siegte das junge Schweizer Architektenbüro e2a eckert/eckert mit einem ambitionierten Entwurf, der den Werkstattcharakter des Bürogebäudes mit einer schwebenden „Beletage“ als Veranstaltungsbereich kombiniert.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Ich habe den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Heinrich-Böll-Stiftung e. V. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2004 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Meine Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von mir durchgeführten Prüfung

eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Ich habe meine Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Beurteilung bildet.

Meine Prüfung hat mit Ausnahme der folgenden Einschränkungen zu keinen Einwendungen geführt:

Vermögenswerte und Schulden der unselbständigen Auslandsbüros des Heinrich-Böll-Stiftung e.V. werden nicht bilanziert.

Mit dieser Einschränkung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Vereins und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Bernhard Hoffmann, Wirtschaftsprüfer

Einnahmen und Ausgaben 2005

Die Heinrich-Böll-Stiftung e.V. finanziert sich fast ausschließlich aus öffentlichen Zuwendungen. Im Berichtsjahr 2005 haben sich die **Erträge** gegenüber dem Vorjahr geringfügig um rd. 0,8 Mio. € (entspricht 2,3%) auf 36,2 Mio. € gemindert. Kürzungen im Zuwendungsbereich konnten durch erhöhte Zuschüsse der Europäischen Union und anderer Mittelgeber zum Teil kompensiert werden. Hier wird weiterhin der Akquisitionsschwerpunkt der Stiftung liegen.

Auf der **Ausgabenseite** zeigt sich, dass das moderate, mittelfristig angelegte Sparprogramm der Stiftung weiterhin Früchte trägt. So konnten die Personalkosten um 423 T€ (entspricht 5%) gemindert werden. Die Sachausgaben und die Ausgaben für Investitionen konnten gegenüber dem Vorjahr um 286 T€ (entspricht 11%) reduziert werden. Ein Teil dieser Kosteneinsparungen (203 T€ bzw. 17%) wurde für die Ausweitung der politischen Bildungsarbeit im Inland verwendet.

Dem **Vereinsvermögen** konnte wie im Vorjahr ein kleiner Überschuss (rd. 17 T€) zugeführt werden. Das Vereinsvermögen stellt aber weiterhin nur einen marginalen Anteil von etwa 1,7% am Gesamtvermögen dar. Die Bemühungen, durch Fundraising und Aktivitäten im Rahmen eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs, z.B. durch die Gründung einer wirtschaftlich selbständigen Weiterbildungsakademie, das Vermögen zur Risikoabsicherung aufzustocken, werden verstärkt fortgesetzt. Eine ausreichende **Liquidität** war im Jahr 2005 immer sichergestellt.

Internationale Zusammenarbeit

Die Projektmittel für die internationale Zusammenarbeit sind im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr insgesamt leicht gestiegen (um 350 T €). Dabei stieg der Anteil der EU-Mittel an den Gesamtmitteln von 3 % auf 4 %. Bei den Sondermitteln des Auswärtigen Amtes hingegen war ein leichter Rückgang von 2 % auf 1 % festzustellen.

Fachmittel Inland

Fachausgaben Inland

2003	1.203.852 €
2004	1.209.706 €
2005	1.412.892 €.

Die Fachmittel für Inlandsprojekte der politischen Bildungsarbeit konnten in den letzten Jahren sukzessive von 1.215 T€ in 2002 auf 1.413 T€ im Berichtsjahr (also um rd. 200 T€) erhöht werden. Die Hauptfinanzierung erfolgt hierbei aus den Globalmitteln des Bundes, allerdings konnte der Anteil der Drittmittelfinanzierung (Sponsoring, Fundraising u.ä.) von 49 T€ in 2002 auf 143 T€ in 2005 deutlich erhöht werden. Die Akquisitionsbemühungen der Stiftung sind hier weiter systematisiert worden und zielen auf erhöhte Einnahmen in den Folgejahren.

Für die politische Bildungsarbeit auf Länderebene werden jährlich rd. 2,1 Mio. € an die 16 Landesstiftungen weitergeleitet.

Studienwerk

Finanzierung

	Euro
Bmbf	3.157.539
AA	750.230
BMI	298.695
Drittmittel*	16.688
Beiträge	14.417
Deutscher Bundestag	29.100
Summe	4.266.669

* Britta Lohan Gedächtnisstiftung: 12.768 €

Geschwister-Weck-Stiftung: 3.920 €

Im Jahr 2005 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 186 Stipendien neu an begabte deutsche und ausländische Studierende sowie Promovierende aller Fachrichtungen. Es erhält dafür überwiegend Zuwendungen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und vom Auswärtigen Amt (AA). Darüber hinaus beteiligt sich die Stiftung am PraktikantInnenprogramm des Deutschen Bundestages und erhält Drittmittel in geringem Umfang.

Entwicklung der in der Heinrich-Böll-Stiftung Beschäftigten

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der Beschäftigten leicht zurückgegangen. Am 31.12.2005 waren 173 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Inland beschäftigt, das sind 5 weniger als im Vorjahr. Die Zahl der ins Ausland entsandten Beschäftigten hat sich ebenfalls um eine Person verringert.

2005: 173 Inland, 22 Ausland

Anteil von Migrantinnen und Migranten

2005: 13%

Der Anteil von Migrantinnen und Migranten übertraf mit 13 % auch im Jahr 2005 die in der Satzung festgelegte Quote von 10 %.

Fortbildung in der Heinrich-Böll-Stiftung

	2005
Zuwendungsrecht	61
EDV	137
Gender- und Diversity-Training	53
Genderorientierte Veranstaltungs- und Projektplanung	42
Personalführung/Teamentwicklung	22
Zeitplanung/Stressbewältigung	23
Projektaktenführung	20
sonstige Themen	79
Total	437

Fortbildung hat in der Heinrich-Böll-Stiftung einen hohen Stellenwert. Das Angebot an internen Schulungsmaßnahmen hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 292 auf 437 erhöht. Hinzu kamen 101 individuelle Fortbildungen. Die Teilnahme von Männern und Frauen ist ausgewogen und entspricht ihrem jeweiligen Anteil an den Beschäftigten.

Verteilung der Personalkosten

Verteilung der Personalkosten	der	2005 (%)
Vorstands- und Geschäftsführungsbereich	und	7%
Finanzen		9%
Personalabteilung		5%
EDV/Technische Dienste		4%
Öffentlichkeitsarbeit		10%
Inlandsabteilung, Archiv	inkl.	26%
Studienwerk		8%
Internationale Zusammenarbeit		31%

Rund 57% der Personalkosten fließen in unsere Projekte der politischen Bildung und der internationalen Zusammenarbeit. Projektbezogen arbeitet auch das Studienwerk mit einem Personalkostenanteil von insgesamt 8%. Etwa 18% der Personalkosten werden für administrative Aufgaben aufgewandt. Die Personalkosten der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit sind überwiegend der politischen Bildungsarbeit (z.B. Internetauftritt, Lektorat) und der projektbezogenen Auslandsarbeit zuzurechnen.

Anteil Frauen und Männer in den Tarifgruppen

2005	Frauen	Männer
AT	55%	45%
II a	65%	35%
Vb-III	79%	21%
bis Vc	100%	0%

Text: Am 31.12.2005 waren in der Heinrich-Böll-Stiftung 26 % der Beschäftigten Männer und 74 % Frauen. Wie bereits in den Vorjahren ist der Frauenanteil in den oberen und mittleren Fach- und Führungspositionen deutlich höher als in vergleichbaren Institutionen.

Anteil der Teilzeitbeschäftigung

2005: 47%

Vereinbarkeit von Beruf- und Privatleben hat nach wie vor einen hohen Stellenwert in der Stiftung. Dies wird u.a. an dem hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten deutlich.

Entwicklung der in der Heinrich-Böll-Stiftung Beschäftigten

2005: 173 Inland, 22 Ausland

[Gremien]

Stand: März 2006

Mitgliederversammlung

Lukas Beckmann, Kambiz Behbahani, Birgitt Bender, Dr. Maritta Bieberstein von Koch-Weser, Viktor Böll, Dr. Barbara Böttger, Reinhard Bütikofer, Volker Bulla, Gisela Erler, Dr. Gernot Folkers, Jürgen Gneiting, Martin Grimm, Dr. Gasan Gusejnov, Anja Hajduk, Winfried Hammann, Dr. Cilja Harders, Britta Haßelmann, Annette Hecker, Dr. Gudrun Heinrich, Peter Hettlich, Dorothea Höck, Georg Hörnschemeyer, Christiane Howe, Michaele Hustedt, Mechtild M. Jansen, Irmgard Jochum, Ali Kuhlmann, Dr. Hermann Kuhn, Uta Leichsenring, Dr. Matias Mieth, Brigitte Moritz, Edith Müller, Christiane Overkamp, Astrid Rothe, Heide Rühle, Dirk Scheelje, M. Max Schön, Kristina Steenbock, Prof. Dr. Tine Stein, Edda Stelck, Malti Taneja, Dr. Ellen Uberschär, Dr. Elisabeth von Thadden, Alena Wagnerova-Köhler, Henriette Wägerle, Dr. Elisabeth Weber, Dr. Yfaat Weiss, Reinhard Weißhuhn, Volker Wiedersberg

Aufsichtsrat

Barbara Assheuer, Reinhard Bütikofer, Jürgen Gneiting, Anja Hajduk, Christiane Howe, Dr. Andreas Poltermann, Kristina Steenbock, Edda Stelck, Prof. Dr. Tine Stein

Frauenrat

Maren Bock, Gisela Breil, Maria Brosch, Gülay Gaglar, Dagmar Hirdes, Irene Reifenhäuser, Alena Wagnerova-Köhler

Koordinationsgremium des Förderkreises

Christian Holtgreve, Mechtild M. Jansen, Helga Metzner, Eva Quistorp, Edda Stelck

Mitglieder Grüne Akademie

Dr. Gabriele Abels, Tarek Al-Wazir, Biggi Bender, Dr. Mechthild Bereswill, Marianne Birthler, Prof. Dr. Angelo Bolaffi, Prof. Dr. Christina von Braun, Prof. Dr. Claudia von

Braunmühl, Prof. Dr. Hubertus Buchstein, Mercedes Bunz, Prof. Dr. Thomas Christaller, Prof. Dr. Wolfgang Coy, Prof. Dr. Dr. Michael Daxner, Prof. Dr. Simone Dietz, Thea Dückert, Rainer Emschermann, Anke Erdmann, Andrea Fischer, Prof. Dr. Rainer Forst, Ralf Fücks, Karsten Gerlof, Prof. Dr. Arnim von Gleich, Adrienne Göhler, Cristina Gómez Barrio, Prof. Dr. Stefan Gosepath, Dr. Sigrid Graumann, Prof. Dr. L. Horst Grimme, Prof. Dr. Hariolf Grupp, Rebecca Harms, Dr. Dietrich Hermann, Dr. Jeanette Hofmann, Dr. Rahel Jaeggi, Pico Jordan, Dr. Otto Kallscheuer, Bertram Keller, Dr. Cornelia Klinger, Dr. Regina Kreide, PD Dr. Georg Krücken, Prof. Dr. Rainer Kuhlen, Dr. Reinhard Loske, Dr. Willfried Maier, Prof. Dr. Joan Martinez Alier, Christoph Meertens, Johannes Moes, Prof. Dr. Frank Nullmeier, Ralph Obermaier, Prof. Dr. U. K. Preuß, Prof. Dr. Lothar Probst, Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Prof. Dr. Shalini Randeria, Prof. Dr. Jens Reich, Ulrike Riedel, Manuela Rottmann, Krista Sager, Prof. Dr. Thomas Saretzki, Prof. Dr. Birgit Sauer, Joscha Schmierer, Thomas Schramme, Dr. Christine Schwarz, Peter Siller, Prof. Dr. Tine Stein, Rena Tangens, Dr. Beatrix Tappeser, Dr. Ellen Ueberschär, Sybille Volkholz, Prof. Dr. Harald Wagner, Matthias Wagner, Prof. Dr. Helmut Wiesenthal, Dr. Frieder Otto Wolf

AG Zukunftswerkstatt Feminismus

Prof. Dr. Mechthild Bereswill, Juliane Freifrau von Friesen, Gitti Hentschel, Dr. Claudia Neusüß, Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel, Renate Künast, Swantje Helbing, Barbara Unmüßig, Ulrike Allroggen, Daniela Setton

AG Gender in der Friedens,- Sicherheitspolitik und Krisenprävention

Dr. Christine Eifler, Dr. Cilja Harders, Jutta Kühl, Prof. Dr. Ilse Lenz, Daphné Lucas, Dr. Regine Mehl, Ute Scheub, Dr. Cornelia Ulbert, Barbara Unger, Barbara Unmüßig, Gitti Hentschel, Ulrike Allroggen, Johanna Bussemer, Magdalena Freudenschuß

Fachbeirat Nord-Süd

Dr. Muriel Asseburg, Prof. Dr. Marianne Braig, Dr. Achim Brunnengräber, Dr. Tobias Debiel, Ulf Engel, Ingrid Hoven, Lotte Leicht, Sabine Meyer, Roger Peltzer, Dr. Shalini Randeria, Wolfgang Schmitt, Dr. Imme Scholz, Dr. Karl-Heinz Stecher, Dr. Roland Wöhrle-Chon

Fachbeirat Europa/ Transatlantik

Juan Behrend, Prof. Thomas Bremer, Nika Greger, Ulrike Guérot, Dan Hamilton, Milan Horáček, Jost Lagendijk, Helmut Lippelt, Brigitte Luggin, Ulrike Lunacek, Ludwig Mehlhorn, Edith Müller, Winfried Nachtwei, Marc Oliver Pahl, Stefanie Schiffer, Frithjof Schmidt, Joscha Schmierer, Michael Schreyer, Prof. Klaus Segbers, Jan Seifert, Peter Skerry, Jaroslav Šonka, Rainer Steenblock, Elisabeth Weber

Fachbeirat Studienwerk

Theresia Bauer, MdL; Prof. Dr. Timm Beichelt; Prof. Dr. Gudrun Ehlert; Dr. Gernot Folkers; Prof. Dr. Gert Janssen; Prof. Dr. Gerhard Kockläuner; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Sprecher); Christine M. Merkel (Sprecherin); Prof. Dr. Birgit Menzel; Dr. Simone Schwanitz; Dr. Karin Widmeyer; Stipendiatische VertreterInnen: Anna Kutschkau, Eva Johach, Volkan Cidam

Fachkommission Stadtentwicklung

Franziska Eichstädt-Bohlig, Rainer Bohne, Dr. Brigitte Dahlbender, Andreas Feldtkeller, Dr. Klaus-Martin Groth, Klaus Habermann-Nieße, Winfried Hammann, Dr. Christine Hannemann, Prof. Dr. Hartmut Häußermann, Prof. Dr. Ilse Helbrecht, Prof. Dr. Detlef Ipsen, Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, Brigitte Karhoff, Prof. Dr. Dieter Läßle, Maxi Malzahn, Carsten Meyer, Philipp Oswalt, Dr. Thomas Rommelspacher, Carola Scholz, Joachim Stein

Fachkommission Wirtschaftspolitik

Helmut Breiderhoff, Ute Brümmer, Helmut Deeke, Christoph Erdmenger, Günter Faltin, Gisela Färber, Hartmut Fischer, Dagmar Geffken, Gerd Grözinger, Albrecht Graf von Hardenberg,

Jörg Haas, Hannah Hempell, Konrad Kingenburg, Dr. Fred Luks,
Dr. Andreas Renner, Dr. Gerhard Schick, Max Schön, Elmar Sing,
Klaus Stähle, Marcus Stewen, Götz von Stumpfeldt, Franziska
Wolff

[Adressen]

Heinrich-Böll-Stiftung
Rosenthaler Straße 40/41
10178 Berlin
Tel.: 030-285340
Fax: 030-28534109
E-mail: info@boell.de
Internet: www.boell.de

Archiv Grünes Gedächtnis
Eldenaer Straße 35
10247 Berlin
Tel.: 030-28534260
Fax: 030-28534-5260
E-mail: archiv@boell.de

Landesstiftungen

Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg e.V.
Rieckestraße 26, 70190 Stuttgart
Fon: 0711-26339410 Fax: 0711-26339419
E-Mail: info@boell-ba-wue.de
Internet: www.boell-ba-wue.de

Petra-Kelly-Stiftung
Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in Bayern e.V.
Reichenbachstraße 3a, 80469 München
Fon: 089-24226730 Fax: 089-24226747
E-Mail: info@petra-kelly-stiftung.de
Internet: www.petra-kelly-stiftung.de

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Kottbuser Damm 72, 10967 Berlin
Fon: 030-6126074 Fax: 030-6183011
E-Mail: info@bildungswerk-boell.de
Internet: www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
Werkstatt für politische Bildung e.V.
Charlottenstraße 30, 14467 Potsdam
Fon: 0331-2800786 Fax: 0331-292092
E-Mail: info@boell-brandenburg.de
Internet: www.boell-brandenburg.de

Bildungswerk Umwelt und Kultur in der Heinrich-Böll-Stiftung
Plantage 13, 28215 Bremen
Fon: 0421-352368 Fax: 0421-352389
E-Mail: ruedel.boell@t-online.de
Internet: www.boell-bremen.de

umdenken - Politisches Bildungswerk
Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg
Max-Brauer-Allee 116, 22765 Hamburg
Fon: 040-3895270 Fax: 040-3809362
E-Mail: info@umdenken-boell.de
Internet: www.umdenken-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a. M.
Fon: 069-231090 Fax: 069-239478
E-Mail: info@hbs-hessen.de
Internet: www.hbs-hessen.de

Bildungswerk Mecklenburg-Vorpommern in der
Heinrich-Böll-Stiftung
Mühlenstraße 9, 18055 Rostock
Fon: 0381-4922184 Fax: 0381-4922156
E-Mail: post@boell-mv.de
Internet: www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt Niedersachsen
Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover
Fon: 0511-3018570 Fax: 0511-30185714
E-Mail: info@slu-boell.de
Internet: www.slu-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen
Huckarder Straße 12, 44147 Dortmund
Fon: 0231-9144040 Fax: 0231-91440444
E-Mail: info@boell-nrw.de
Internet: www.boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz
Martinstr. 2, 55116 Mainz
Fon: 06131-905260 Fax: 06131-905269
Hauptstraße 21, 67280 Ebertsheim
Fon: 06359-961800 Fax: 06359-807355
E-Mail: mainz@boell-rlp.de, ebertsheim@boell-rlp.de
Internet: www.boell-rlp.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saar e.V.
Talstraße 56, 66119 Saarbrücken
Fon: 0681-583560 Fax: 0681-583536
E-Mail: boell.stiftung@t-online.de

Bildungswerk Weiterdenken in der Heinrich-Böll-Stiftung
Schützengasse 18, 01067 Dresden
Fon: 0351-4943311 Fax: 0351-4943411
E-Mail: info@weiterdenken.de
Internet: www.weiterdenken.de

Mitwelt - Heinrich-Böll-Stiftung in Sachsen-Anhalt e.V.
Leipziger Straße 36 (Eingang Martinstraße)
06108 Halle (Saale)
Fon: 0345-2023927 Fax: 0345-2023928
E-Mail: info@boell-sachsen-anhalt.de
Internet: <http://www.boell-sachsen-anhalt.de>

Bildungswerk „anderes lernen“ - Heinrich-Böll-Stiftung
Schleswig-Holstein
Medusastraße. 16, 24143 Kiel
Fon: 0431-9066130 Fax: 0431-9066134
E-Mail: boell.s-h@t-online.de
Internet: www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen
Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
Fon: 0361-5553257 Fax: 0361-5553253
E-Mail: info@boell-thueringen.de
Internet: www.boell-thueringen.de

Die Büros der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland

AFRIKA

Regionalbüro Ostafrika/ Horn von Afrika

Heinrich Böll Foundation
Forest Road
P.O. Box 10799-00100 GPO
Nairobi, Kenya
Fon: +254-20-3744227/3750329
Fax: +254-20-3749132
E-Mail: nairobi@hbfha.com
Internet: www.hbfha.com

Landesbüro Nigeria

Heinrich Böll Foundation
9b, Omo Osagie St.
off Okotie Eboh St.
S.W. Ikoyi, Lagos
Fon: +234-1-47214 65
E-Mail: info@boellnigeria.org
Internet: www.boellnigeria.org

Regionalbüro Südliches Afrika

Postanschrift:
Heinrich-Böll-Stiftung
Regional Office Southern Africa
PO Box 2472
Saxonwold, 2132
South Africa

Besucheranschrift:
43 Tyrwhitt Avenue
Melrose, 2196
Johannesburg, South Africa
Fon: +27-11-447 8500
Fax: +27-11-447 4418
E-Mail: info@boell.org.za
Internet: <http://www.boell.org.za>

ASIEN

Büro Südostasien

Chiang Mai
Heinrich Böll Foundation
Thailand and Southeast
Asia Regional Office
Heike Löschmann
91/9 Umong Soi 5,
Tambon Suthep, Muang
Chiang Mai 50200
Thailand
Mailing Address:
P.O. Box 119
Chiang Mai University
Post Office
Chiang Mai 50202
Thailand
Fon: +66-53-810430-2
Fax: +66-53-810124
E-Mail: heike@hbfasia.org
Homepage: <http://www.hbfasia.org/>

Büro Pakistan

Lahore
Heinrich Böll Foundation
House 76-B, Nisar Road
Lahore (Cantt.)
Pakistan
Fon: +92-42-666 86 40 +92-42-666 63 22
Fax: +92-42-666 48 99
E-Mail: mailto:info@hbsasia.org
Homepage: <http://www.hbfasia.org/>

Büro Indien

New Delhi
Heinrich Böll Foundation
C - 4/5, Second Floor
Safdarjung Development Area
New Delhi 110016, India
Fon: +91-11-26854405
Fax: +91-11-26516695
E-Mail: clemens@hbfasia.org

Büro Afghanistan

Kabul
Qalai Fathullah
Street 1st (right)
House Number 25
Kabul, Afghanistan
Fon: () 93 70 295 972
E-Mail: jawed@hbfasia.org

Büro Kambodscha

Phnom Penh
c/o Buddhistisches Institut
Unnalom Pagoda
Sothearos Street
P.O. Box 1436
Phnom Penh - Cambodia
Fon: +855-23-210 535
Fax: +855-23-216 482
E-Mail: hbfc@camnet.com.kh
Homepage <http://www.hbfasia.org/>

EUROPA**Büro Türkei**

Istanbul
Heinrich-Böll-Vakfi
Ulrike Dufner
Inönü Cad., Hacı Haným Sk. 10/12
80090 Gümüşsuyu-Istanbul
Türkei
Fon: +90-212 249 15 54
Fax: +90-212 245 04 30
E-Mail: mailto:minfo@hbstr.org

Büro Sarajevo

Sarajevo
Fondacija Heinrich Böll
Dr. Azra Dzajic
Cekalusa 42
71000 Sarajewo
Bosnia i Herzegovina
Fon: +387-33-260 450
Fax: +387-33-260 460
E-Mail: h.boell@bih.net.ba

Büro Mittel-Osteuropa

Prag
Nadace Heinricha Bölla
Eva van de Rakt
Spálená 23
(zadní trakt, vchod Spálená 21)
CZ-11000 Praha 1

Fon: +420-2-51 81 41 73
Fax: +420-2-51 81 41 74
E-Mail: boell@mbox.vol.cz

Büro Mittel-Osteuropa

Warschau
Fundacja Heinricha Bölla
Agnieszka Rochon
ul. Podwale Nr. 13
00-252 Warszawa
Polska
Fon: 0048-22-831 6356
Fax: 0048-22-635 7923
E-Mail: hbs@boell.pl
Homepage: <http://www.boell.pl/>

Büro Russland

Moskau
Jens Siegert
Grusinskij per. 3-231
RU-123056 Moskau
Fon: +7-495-254 14 53
Fax: +7-495-935 80 16
E-Mail: siegert@online.ru
Homepage: <http://www.boell.ru/>

Büro Europa

Brüssel
Heinrich-Böll-Stiftung
Büro Brüssel
Claude Weinber
Rue d' Arlon 15
B-1050 Bruxelles
Fon : + 32 2 743 41 00
Fax : + 32 2 743 41 09
E-Mail: brussels@boell.be
Homepage: <http://www.boell.be/>

Büro Südkaukasus

Tbilisi
Heinrich Böll Foundation
Walter Kaufmann
Tbilisi, Georgia 380079
Radiani St. 5
Fon: +995-32-227705
Fax: +995-32-912897
E-Mail: kaufmann@boell.ge
Homepage: <http://www.boell.ge/>

LATEINAMERIKA

Büro Brasilien

Rio de Janeiro
Heinrich-Böll-Stiftung
Büro Brasilien
Rua da Gloria 190, ap. 701
2024 1180 Rio de Janeiro-Gloria
Fon: +55-21-385 211 04
Fax: +55-21-385 211 04
E-Mail: boell@boell.org.br
Homepage: <http://www.boell-latinoamerica.org/>

Büro Mexiko

Silke Helfrich
Calle José Alvarado 12
Colonia Roma Norte
Código Postal 06700
México D.F.
Delegación Cuauhtémoc
Teléfono y fax: (52) (55) 52 642454
E-Mail: direccion@boell-latinoamerica.org.mx
Homepage: <http://www.boell-latinoamerica.org/>

Büro Mittelamerika

San Salvador
Fundación Heinrich Böll
Residencial Zanzíbar
Pasaje A-Oriente No. 24
San Salvador
El Salvador
Fon: +503 - 274 6812
Fax: +503 - 274 6932
E-Mail: boell.programas@telesal.net
Homepage: <http://www.boell-latinoamerica.org/>

NORDAMERIKA

Büro Nordamerika

Washington
Heinrich Böll Foundation
Washington Office
Helga Flores Trejo
Chelsea Gardens
1638 R Street, NW
Suite 120
Washington, DC 20009, USA
Fon: +1 - 202-462 75-12
Fax: +1 - 202-462 5230
E-Mail: info@boell.org
Homepage: <http://www.boell.org/>

NAHOST

Büro Israel

Tel Aviv
Heinrich Böll Foundation
Tel Aviv Office
Jörn Böhme
Nahalat Binyamin 24
Tel Aviv 65162, Israel
Fon: +03-5167734/35
Fax: +03-5167689
E-Mail: hbstl@boell.org
Homepage: www.boell.org.il/

Büro arabischer naher Osten

Ramallah
Heinrich Böll Foundation
Arab Middle East Office
Christian Sterzing
Tel az-Zaatar St. 6
Ramallah
Postanschrift:
PO Box 38570, Jerusalem 91385
Fon: 972-2-2961121
Fax: 972-2-2961122
E-Mail: boell@palnet.com

Büro mittlerer Osten

Beirut
Heinrich Böll Foundation
Middle East Office
Kirsten Maas
266, Rue Gouraud
Gemmayze, Beirut, Lebanon
Postanschrift:
POBox 175510
Gemmayze, Beirut, Lebanon
Fon: 00961-1-562926
Fon/Fax.: 00961-1-562978
E-Mail: boell@terra.net.lb

[Internet und Magazin]

Politische Bildungsarbeit ist ohne Internet kaum noch denkbar. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung baut ihr Angebot im Netz kontinuierlich aus. Auf www.boell.de - der Homepage der Stiftung - waren im Jahr 2005 neben tagesaktuellen Informationen wieder zahlreiche Hintergrundmaterialien zu finden. Für manche Themen wurden umfangreiche Textsammlungen erstellt, darunter Dossiers zum Beschäftigungs-, Außen- und Sicherheitspolitik, zur Atomenergie oder zum Thema Demokratie in Russland. Da insbesondere die englischen Seiten zunehmend Besucher verzeichnen, wird die Stiftung ihr englischsprachiges Angebot weiter ausbauen und so ihr internationale Profil stärken.

Anlässlich der vorgezogenen Bundestagswahlen startete die Heinrich-Böll-Stiftung im August 2005 ein Autorenforum im Netz. Unter www.wahltagebuch.de präsentierte sie pointierte Kommentare, Analysen, Polemiken und Glossen zur Bundestagswahl aus der Perspektive von Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Kunst, darunter Andrea Fischer, Claus Leggewie, Nathan Sznajder, Juli Zeh, Claus Offe und Annett Gröschner. So entstand ein fortlaufendes politisches Feuilleton im Netz und ein zivilgesellschaftlicher Spiegel zum Parteienwahlkampf. Das Projekt endet am 23. September, wenige Tage nach der Bundestagswahl, um noch Gelegenheit für eine Reflexion des Ergebnisses und seiner politischen Folgen zu geben.

Der erste „Weblog“ der Stiftung war gut besucht. Grund genug, zum Ende des Jahres anlässlich der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong wieder ein ähnliches Projekt aufzulegen, mit tagesaktueller Berichterstattung rund um das Konferenzgeschehen.

Böll-Thema - das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung

Böll.Thema - das politisch-kulturelle Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung - erscheint dreimal im Jahr. Jedes Heft bietet zu einem aktuellen Schwerpunkt eine Auswahl an Texten bekannter internationaler Autorinnen und Autoren. Die Stiftung will damit Debatten anregen und Denkanstöße liefern, auch über das grüne Spektrum hinaus.

Bisher erschienen:

Böll.Thema - In Gottes Namen? Frauen und Fundamentalismus

Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2006, 34 Seiten, € 4,-

Böll.Thema - Gezeitenwechsel? Was war, was bleibt, was wird

Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2005, 34 Seiten, € 4,-

Böll.Thema - Alles eins? Globale Zukunft für Kultur und Demokratie

Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2005, 34 Seiten, € 4,-

Böll.Thema - Wer kriegt was? Die Zukunft der Gerechtigkeit

Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung.
Berlin 2005, 34 Seiten, € 4,-

Sie können das Magazin abonnieren (3 Ausgaben pro Jahr zu insgesamt 12 Euro)

Ihre Ansprechpartnerin: Evelyn Hartig, thema@boell.de

[FÖRDERN UND SPENDEN]

WIR DANKEN UNSEREN FÖRDER/INNEN UND SPENDER/INNEN

Viele Menschen unterstützen die Heinrich-Böll-Stiftung durch Mitgliedsbeiträge im Förderkreis oder durch Spenden. Auch durch ehrenamtliche Tätigkeiten als Referent/innen, als Vertrauensdozent/innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums helfen sie, unsere Ziele zu verwirklichen. Nur so können wir unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland trotz der Kürzungen öffentlicher Mittel qualifiziert fortsetzen und weiterentwickeln.

SCHRIFTSTELLERINNEN UND KÜNSTLERINNEN FÖRDERN

Dem Aufruf der beiden Literaturnobelpreisträger Günter Grass und Imre Kertész, das Stipendienprogramm im Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich zu unterstützen, sind viele Menschen gefolgt. Wir hoffen auch weiterhin auf Unterstützung. Denn mit Ihrer Spende können wir internationalen Autor/innen und Künstler/innen für einige Monate einen Aufenthalt im Heinrich-Böll-Haus, dem früheren Domizil des Schriftstellers, ermöglichen. Dort können sie ungestört arbeiten, denn oft sind ihre heimatlichen Arbeitsbedingungen prekär, vielfach herrschen politische Zensur und Verfolgung. Mit Ihren Spenden und Patenschaften wollen wir auch in Zukunft das Stipendienprogramm auf sichere Beine stellen.

SO KÖNNEN SIE DIE HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG UNTERSTÜTZEN

In der Broschüre *Spuren hinterlassen* geben wir sachliche Informationen rund um die Themen „Erben, Vererben, Stiften“. Wir zeigen, wie Sie Partner oder Partnerin der Heinrich-Böll-Stiftung werden können. Gemeinsam mit uns können Sie Ihre demokratischen Ideale und Ihr politisches Engagement dauerhaft weiterführen und an die nächste Generation weiterreichen. Gerne schicken wir Ihnen die Broschüre zu und beantworten Ihre Fragen.

Ihre Ansprechpartnerin:

Regine Walch, Tel: 030-285 34-112, Fax:-119, walch@boell.de, www.boell.de/spenden

Förderkreis

Wie in jedem Jahr, gab es für unsere Fördermitglieder auch 2005 besondere Gelegenheiten, sich zu treffen. So zum Beispiel bei Veranstaltungen der Reihe „Galeriegespräche: Der Förderkreis lädt ein“, in der Fördermitglieder als Referent/innen ihre vielfältige Fachkompetenz zur Verfügung stellen. Im Jahr 2005 waren es: György Dalos, Tom Koenigs, Jens Siegert und Dr. Elisabeth Weber. Weitere Höhepunkte waren

die Jahresversammlung am 27. August 2005 im Foyer des Kölner Schauspielhauses zum Thema „Wahl 2005“ mit Kerstin Müller, Anne Lütkes und Barbara Unmüßig sowie die Begegnungsreisen nach Brüssel und Südafrika.

Der Förderkreis unterstützt die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und hilft bei Projekten, die nicht mit öffentlichen Mitteln finanziert werden dürfen. Er fördert schnell und unbürokratisch kulturelle Projekte und Künstler/innen und unterstützt politisch bedrängte Menschenrechtsaktivist/innen.

Die Mitglieder zahlen einen Jahresbeitrag von 92 Euro, ermäßigt 46 Euro und Schüler/Studierende 25 Euro. Sie erhalten den „Info-Brief“ mit aktuellen Informationen zu den Aktivitäten der Stiftung und des Förderkreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen, wie der Petra-Kelly-Preisverleihung. Und jedes Jahr gibt es für unsere Fördermitglieder die Möglichkeit, an einer Begegnungsreise zu unseren Projektpartnern ins Ausland teilzunehmen.